Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Bericht über die ... Versammlung des Badischen Forst-Vereins

1905

urn:nbn:de:bsz:31-400658

Visual Library

1, Gr.
V 30

Bericht

über die

47. Versammlung

des

Badischen Forst-Vereins

zu

Lahr

am

21., 22. und 23. Mai 1905.

Freiburg i. Br.
C. A. Wagners Universitätsbuchdruckerei
1905.

OZ
A 686, 47, 1905

Bericht

über die

47. Versammlung

des

Badischen Forst-Vereins

zu

Lahr

am

21., 22. und 23. Mai 1905.



Freiburg i. Br.
C. A. Wagners Universitätsbuchdruckerei
1905.

1956 nr. 1012a

OZA 686, 47, 1905

Landesbibliothek
Karlsruhe

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Eröffnung der Verhandlungen — Begrüßungen	1
Jahresbericht	5
Rechnungsabhör	10
Zeit und Ort der nächsten Versammlung	13
Vortrag über „die Forstschutzfrage in Baden“	16
Berichterstatter: Oberförster Jäger-Donaueschingen	
Mitberichterstatter: Forstmeister Mangler-Buchen	
Besprechung	50
Resolution	70.88
Vortrag über „die Behandlung der Eiche im Forstbezirk Lahr“ (Forstmeister Könige-Lahr)	73
Bericht über die Waldbegehungen vom 22. und 23. Mai 1905 (Oberförster Paravicini-St. Blasien)	89
Teilnehmerverzeichnis	100
Mitgliederverzeichnis	103
Verhandlungsgegenstände der nächsten Versammlung	111

47. Versammlung des Badischen Forstvereins in Lahr.

Vorsitzender: Forstrat Könige.
Schriftführer: Oberförster Dr. Barth.

Vorsitzender: Meine Herren! Leider ist auch in diesem Jahr unser verehrter erster Vorsitzender nicht in der Lage, die Versammlung leiten zu können, weil er infolge seiner angegriffenen Gesundheit genötigt ist, fern zu bleiben und zurzeit in einem Sanatorium der Schweiz weilt. Er läßt die Versammlung herzlich grüßen. Anläßlich dieser Mitteilung ist es mir eine große Freude, Ihnen eine soeben eingelaufene Mitteilung Seiner Exzellenz des Forst- und Domänendirektors, Herrn Dr. Reinhard, bekannt zu geben, wonach Herrn Forstmeister von Teuffel der Titel „Forstrat" verliehen worden ist. (Bravo.)

Ich begrüße hiermit die Versammlung im Namen des Vereins und freue mich über die zahlreiche Beteiligung. Es sind nicht nur unsere Mitglieder aus Baden erschienen, sondern wir begrüßen auch eine Anzahl lieber Gäste aus den Nachbarländern.

So heiße ich vor allem Herrn Geh. Oberforstrat Thaler aus Darmstadt willkommen. Es gereicht uns zu großer Freude, daß wir einen Vertreter der so tätigen und ausgezeichneten Hessischen Forstverwaltung in unserer Mitte sehen und wir

hoffen, daß die Beratung über unser heutiges Hauptthema durch seine Mitteilungen über den Stand der Forstschutzfrage in Hessen wesentlich gefördert wird. Ferner begrüßen wir Kollegen aus der preußischen Provinz Hohenzollern, die uns schon voriges Jahr die Ehre ihrer Gegenwart zu teil werden ließen und deren Wiedererscheinen ein Zeichen ist, daß es ihnen bei uns gefallen hat. Die Herren aus Elsaß, die wir gestern unter uns hatten, sehe ich heute nicht mehr; sie sind scheint's schon abgezogen, weil sie selbst Vereinsversammlung haben.

Als Vertreter einheimischer Behörden haben wir die Ehre zu begrüßen Herrn Forstrat Wittmer, Mitglied der Großh. Forst- und Domänendirektion, Herrn Oberkirchenrat Ganz, Mitglied des ev. Oberkirchenrats, Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Clemm, Vorstand des Großh. Bezirksamtes Lahr, und Herrn Oberbürgermeister Dr. Altfelix von hier. Letzteren bitte ich unsern Dank an die Stadt Lahr entgegenzunehmen für die Liebenswürdigkeit, mit der wir hier empfangen wurden und mit der uns dieser schön und sinnig geschmückte Raum zur Verfügung gestellt worden ist, und auch dafür, daß die Stadtverwaltung den Besuchern der Versammlun gden Führer der Stadt Lahr hat übermitteln lassen.

Allen ein herzliches Willkommen!

Oberbürgermeister Dr. Altfelix: Sehr geehrte Herren! Auf die freundlichen Begrüßungsworte, die Sie den Gästen von hier, der Person des Herrn Geh. Regierungsrats und mir gewidmet haben, möchte ich im Namen dieses Herrn und des Stadtrats herzlichen Dank aussprechen, desgleichen für Ihre freundliche Einladung. Es war uns außerordentlich wertvoll, diese Einladung zu erhalten; denn wir bringen diesen Beratungen ein lebhaftes Interesse entgegen, was sich darauf gründet, daß wir als Regierungs- und Gemeindebeamte ja auch zu Ihnen in Beziehungen stehen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich noch einer andern Aufgabe entledigen.

Sie haben die Freundlichkeit gehabt, der Stadt Lahr für das wenige, das sie Ihnen geboten hat, Dank zu sagen. Ich meinerseits halte es für meine Pflicht und Aufgabe, wenn ich Ihnen Dank entgegenbringe.

Es hat uns mit lebhafter Freude erfüllt, als uns Herr Forstmeister Könige mitteilte, Sie hätten beschlossen, Ihre Versammlung hier in Lahr abzuhalten. Wir sind in Lahr verhältnismäßig nicht verwöhnt mit derartigen Versammlungen, und ich darf hier wohl auch bemerken, was mir gestern einer der Herren gesagt hat, es läge wohl ein Grund, daß die Versammlung nicht so stark besucht sei, darin, daß eben Lahr etwas abseits liegt. Ich verfehle nicht, diese Bemerkung zu machen, da sie einen wunden Punkt unserer Verkehrsverhältnisse betrifft.

Wir freuen uns, daß Sie uns doch gefunden haben. Wir bringen Ihnen volle Sympathie entgegen. Es ist diese schon darin begründet, daß wir mit Ihrem Beruf in naher Beziehung stehen. Der Forstmann, der Wald sind für die Gemeinde, aber auch für die Allgemeinheit, für das Publikum von Bedeutung. Der Wald ist ein Wort, das sehr schwer in die Wagschale fallen muß für die Gemeindewirtschaft. Besitzt die Gemeinde keinen Wald, so ist das bedauerlich; wenn sie aber einen besitzt, so ist er für sie von großer Bedeutung, da er den städtischen Voranschlag wohl zu „schmälzen“ in der Lage ist. Das wissen wir sehr wohl zu schätzen, und wir sind dankbar dafür, wenn die Herren das verstehen, und sind erfreut, wenn die Einnahmequellen durch den Wald sich steigern.

Im übrigen hat der Begriff „Wald“, „Förster“ etwas so Ideales an sich, daß wenn eine solche Versammlung tagt, sie allgemeine Sympathie für sich hat. Ist doch der Wald eine Gelegenheit der Erholung für Tausende von Menschen, und gerade hier in Lahr wissen wir wohl zu schätzen, was wir an unserem Wald besitzen, wo wir an Sonntagen Tausende

sehen können, die sich erholen. Wir sind außerordentlich dankbar dafür, daß unsere Herren Oberförster verstehen, diese Annehmlichkeiten des Waldes hervortreten zu lassen, insbesondere sind wir Ihnen zu großem Danke verpflichtet für die Art, wie Sie den Wald verwalten.

Ich darf Ihnen darum ein allgemeines herzliches Willkommen entbieten und darf wünschen, daß Ihre Verhandlungen förderlich sind und Sie angenehme Erinnerungen mitnehmen. (Bravo.)

Forstrat Wittmer (Karlsruhe): Meine Herren! Als Vertreter der Großherzoglichen Staatsforstverwaltung überbringe ich Ihnen die Grüße der Großh. Forst- und Domänendirektion, deren Chef, Exzellenz Geheimrat Dr. Reinhard, es sehr bedauert, aus Gesundheitsrücksichten an der diesjährigen Tagung des Vereins nicht teilnehmen zu können.

Des weiteren möchte ich dem lebhaften Wunsche Ausdruck verleihen, daß der erste Vorsitzende unseres Vereins, der fern in der Schweiz zur Wiederherstellung seiner Gesundheit weilt, in Bälde wieder neu gekräftigt und in alter Gesundheit in die Heimat zurückkehre. Über die Ehrung, die unserem verdienstvollen ersten Vorsitzenden heute zu teil wurde, bin auch ich hocherfreut!

Endlich wünsche ich dieser Tagung des Vereins, die gestern mit einer Besichtigung eines Teiles der Stadtwaldungen einen vielversprechenden Anfang genommen hat, namens der Großh. Forst- und Domänendirekton einen guten Fortgang und hoffe, daß die Verhandlungen dem Verein und unserer Heimat zum Segen gereichen. (Bravo.)

Vorsitzender: Ich spreche namens des Vereins dem Herrn Vertreter der Großh. Forst- und Domänendirektion, wie auch jenem der Stadt Lahr warmen Dank aus für die herzlichen Wünsche und die freundlichen Begrüßungsworte, die Sie uns zu teil haben werden lassen. Was insbesondere

die Stadt Lahr anlangt, kann ich nicht umhin zu sagen, nach dem Eindruck, den wir bei unserer gestrigen Exkursion bekommen haben, weiß die Stadt wohl, was sie an ihren Waldungen hat, und trägt durch die Pflege, die sie ihnen angedeihen läßt, wesentlich zur Hebung der Schönheit der Gegend bei, zugleich die eigenen wirtschaftlichen Interessen fördernd. Ich gehe nun über zur Erstattung des Jahresberichtes.

I. Jahresbericht.

Seit der letzten Versammlung hat die badische Forstverwaltung und mit ihr unser Verein einen schweren, schmerzlichen Verlust erlitten.

Geheimrat Krutina, vorsitzender Rat der forstlichen Abteilung in der Forst- und Domänendirektion, ist am 1. November vorigen Jahres im 76. Lebens- und 53. Dienstjahr nach kurzer Krankheit verschieden.

Mit ihm ist ein weithin in die deutsche forstliche Welt ragender Waldrechter dahingegangen, der auch noch im hohen Greisenalter, seine Äste über von ihm erzogenen, froh aufwachsenden Jungwuchs breitend, den Eindruck größter Leistungsfähigkeit und Lebenskraft machte.

Wenn Geheimrat Krutina auch die Versammlungen unseres Vereins nicht häufig besuchte und sich in seinen alten Tagen für die neueren Bestrebungen, die sich in unserem Verein geltend machten, nicht mehr besonders erwärmen konnte, so haben wir dennoch alle Ursache, dieses Mannes in dankbarer Verehrung zu gedenken.

Um die Bedeutung Krutinas für die badische Forstverwaltung und seine Verdienste um sie und deren Angehörige richtig würdigen zu können, darf man nicht den Maßstab seiner Tätigkeit während der letzten Greisenjahre anlegen, sondern man muß die Arbeit seiner Mannesjahre dazu in erster Linie heranziehen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Und mit welcher Umsicht, Beharrlichkeit, Kraft und Gewandtheit, verbunden mit der größten persönlichen Bescheidenheit, hat Krutina damals in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts unter den denkbar ungünstigsten und schwierigsten Verhältnissen die von ihm für richtig erkannten Verwaltungsziele verfolgt und erreicht. Wie gelang es ihm, durch seine unermüdliche Arbeitskraft und Arbeitsbereitschaft, seinen praktischen Blick in allen Verwaltungsfragen und sein Anpassungsvermögen an die Bedürfnisse und Wünsche der allgemeinen Staatsverwaltung sich allmählich Ansehen und Achtung und schließlich volle Autorität bei den maßgebenden Regierungskreisen zu erringen, und wie hat er diese seine Stellung bei den persönlich bescheidensten Ansprüchen immer und immer wieder in den Dienst der Förderung der forstlichen Interessen und der Forstbeamten gestellt.

Und wenn die Forstverwaltung heute in ihrer Bedeutung von Regierung und Volksvertretung richtiger gewürdigt und in ihrer Behandlung den übrigen Zweigen der Staatsverwaltung allmählich gleichgestellt worden ist, so verdanken wir dies in erster Linie dieser, sich über ein Menschenalter hinaus erstreckenden Tätigkeit des Geheimrats Krutina. War aber in den letzten Jahren in der Entwicklung der forstlichen Verhältnisse nach großen Gesichtspunkten in Baden scheinbar eine Ruhepause eingetreten, so ist dies in den Naturgesetzen begründet, wonach jeder Mensch nur ein bestimmtes Maß von Arbeit leisten kann und das Alter sich lieber dem liebevollen Ausbau des Vorhandenen, selbst Geschaffenen widmet, als sich neue Ziele steckt.

Immerhin aber wird auch, wer den Geheimrat Krutina nur in diesem letzten Abschnitt seiner Tätigkeit gekannt hat, der in solchem Alter seltenen Arbeitslust und Arbeitskraft und der großen Geschäftserfahrung, womit er seinem Dienst an der leitenden Stelle der badischen Forstverwaltung bis in die

letzten Tage oblag, seine volle Bewunderung nicht versagen können.

Alles in allem genommen war Krutina wohl der bedeutendste, tätigste, einflußreichste und verdienstvollste Beamte, den die badische Forstverwaltung in den letzten vierzig Jahren besessen, und ein Mann, der auch an der Spitze einer größeren Verwaltung seiner Aufgabe voll gewachsen gewesen wäre.

In all seinen Tagen aber war er ein entschiedener Vertreter und Förderer des reinen Oberförstersystems, d. h. einer tunlichst selbständigen und selbstverantwortlichen Stellung der Forstamtsvorstände, und oft hat er mit Selbstentsagung die Konsequenzen aus dieser Überzeugung gezogen. Und schon dieserhalb legen wir auf seinem Grab ein grünes Reis nieder.

Möge die badische Forstverwaltung auch fernerhin gleich tüchtige, zielbewußte Männer in ihrer Mitte und an ihrer Spitze haben, die das Werk der Mannesjahre des Verstorbenen in dessem Sinne fortführen und weiterentwickeln, und sie wird bald wieder dort stehen, wohin sie ihrer Vergangenheit nach hingehört, d. h. an der Spitze der deutschen Forstverwaltungen.

Bei der Beerdigung des Verstorbenen hat der Verein durch den Vorstand als Zeichen dankbarer Verehrung am Grab einen Kranz niederlegen lassen.

Ferner ist verstorben unser langjähriges Ehrenmitglied Oberforstrat W. von Probst in Stuttgart und ebenso in hohem Alter der Forstmeister J. Wetzel in Triberg, in früheren Jahren ein eifriger Besucher unserer Versammlungen.

Wir werden den Verstorbenen ein treues und dankbares Gedenken bewahren.

Ich fordere Sie auf, zu ihrer Ehrung und zu ihrem Gedächtnis sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Ausgetreten ist Herr Forstmeister a. D. Hamm in Bruchsal.

Der Mitgliederstand war im

	Juni 1904	1905
Ehrenmitglieder . . .	11	10
Ordentliche	217	219
darunter Staatsbeamte*)	(190)	(192)
	228	229
Zunahme somit		1

Der Versammlungsbericht des Jahres 1904 ist in bisheriger Weise Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog, den Prinzen des Großherzoglichen Hauses, den in Betracht kommenden Staatsbehörden, Gönnern des Vereins, hervorragenden Fachgenossen und andern Forstvereinen überreicht, sowie an alle Teilnehmer der Versammlung geschickt worden.

Die dafür eingetroffenen Dankschreiben und Empfangsanzeigen liegen hier auf.

Die Einladungen zur heutigen Versammlung sind ebenfalls in dem bisher üblichen Umfang erfolgt. Ihr Nichterscheinen haben unter freundlichen Wünschen für den guten Verlauf der Verhandlungen angezeigt: Ihre Exzellenzen der Herr Präsident des Großh. Finanzministeriums Becker, der Herr Forst- und Domänendirektor Dr. Reinhard, sowie Landforstmeister von Berg in Straßburg und Oberforstinspektor Coaz in Bern. Auch der vorsitzende Rat der forstlichen Abteilung, Herr Oberforstrat Schweickhard, läßt sein Nichterscheinen entschuldigen, indem er augenblicklich mit seiner greisen Mutter deren 90. und seinen 63. Geburtstag feiert.

Endlich habe ich Ihnen noch aus dem inneren Leben des Vereins zwei bedauerliche Mitteilungen zu machen.

Unser bisheriger Rechner, Herr Forstrat Fels, hat sich mit seiner Berufung in das Forstkollegium infolge der damit

*) Im weiteren Sinne, also Staats-, Hof- und Gemeindeforstbeamte.

verbundenen größeren dienstlichen Inanspruchnahme genötigt gesehen, sein Vereinsamt niederzulegen. Herr Forstassessor Dr. Eichhorn war auf Ersuchen des Vorstandes so freundlich, für ihn bis auf weiteres einzutreten.

Ferner hat unser hochverehrter erster Vorsitzender sich infolge seiner angegriffenen Gesundheit genötigt gesehen, die Leitung des Vereins abzugeben und mich beauftragt, Ihnen dies durch Verlesung folgenden Schriftstückes zur Kenntnis zu bringen:

„An
die 47. Versammlung des badischen Forstvereins.

Da mein Gesundheitszustand mir verbietet, den Vorsitz des badischen Forstvereins weiterhin zu führen, so bin ich genötigt, mein Amt niederzulegen. Ich kann aber aus diesem Amt nicht scheiden, ohne dem Verein meinen aufrichtigen, herzlichen Dank zu sagen für das Vertrauen, das mir entgegen gebracht wurde, und für die viele Nachsicht und das freundliche Entgegenkommen, womit mir meine Aufgabe so wesentlich erleichtert, möglich gemacht worden ist.

Das Wesentliche war das feste Zusammenhalten der Fachgenossen, das in uns allen rege Gefühl der Zusammengehörigkeit, womit jeder sein Bestes tat zur Förderung der gemeinsamen Interessen, des fachlichen Wissens, des Austausches der Erfahrungen und des freundschaftlichen Verkehrs.

Daß dieses treue Zusammenhalten stets fortdauere, und somit der badische Forstverein stets fortblühe und gedeihe, das ist mein inniger Wunsch!

Freiburg, den 18. Mai 1905.

von Teuffel."

Meine Herren! Sie alle werden ebenso wie der Landesausschuß nur mit Gefühlen des tiefsten Bedauerns und der Wehmut diesen uns allen so sympathischen und in seiner selbstlosen Wirksamkeit für den Verein vorbildlichen Mann nach

einer dreizehnjährigen, so verdienstvollen Tätigkeit die Stellung an unserer Spitze verlassen sehen.

Alle Versuche, ihn zu halten, scheiterten an seinem Pflichtbewußtsein und den hohen Anforderungen, die er an sich selbst stellen zu müssen glaubte. Wir wünschen aus vollem Herzen, daß er bald seine Gesundheit wiedererlangen und in altgewohnter Frische in unserer Mitte erscheinen möge.

Ich fordere Sie auf, zum Zeichen unseres Dankes für seine vielen Verdienste um den Verein sich von Ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

II. Rechnungsabhör.

Vorsitzender: Unser Rechner, Herr Forstassessor Dr. Eichhorn, hat mir am 19. d. M. brieflich mitgeteilt, daß sein Vater plötzlich gestorben und er genötigt sei, alsbald ins Elternhaus zu eilen, so daß er mir nicht einmal mehr die Rechnungsmaterialien schicken könne.

Die Rechnung kann hiernach heute nicht geprüft werden. Der Landesausschuß schlägt Ihnen vor, diese Prüfung nachträglich vornehmen zu lassen und zwar durch die Herren Hofjägermeister von Merhart und Professor Dr. Hausrath, beide in Karlsruhe, welche dem Vorstand dann über den Befund Mitteilung zu machen hätten. Die eigentliche Entlastung des Rechners hätte dann bei der nächstjährigen Versammlung zu geschehen.

III. Neuwahl des Rechners.

Vorsitzender: Mit der Neuwahl des Rechners wäre auch jene des ersten Vorsitzenden zu behandeln. Es ist Ihnen bekannt, daß die dreijährige Amtszeit aller Vorstandsmitglieder im nächsten Jahre abläuft, daß also bei der nächsten Versammlung die Neuwahlen stattzufinden haben. Der Landesausschuß schlägt vor die Verhältnisse bis dorthin so zu belassen, daß die Stelle des ersten Vorsitzenden offen gelassen wird und der zweite als

Stellvertreter des ersten Vorsitzenden dessen Geschäfte mit übernimmt.

Da niemand ums Wort bittet, so nehme ich an, daß Sie mit dem Vorschlag einverstanden sind.

Den gleichen Vorschlag hat der Landesausschuß Ihnen zu machen bezüglich des Rechners. Er schlägt Ihnen vor, daß Sie die von seiten des Landesausschusses angeordnete Versehung der Rechnerstelle durch Herrn Dr. Eichhorn für die Dauer des Restes der Amtsperiode, also bis zur nächsten Landesversammlung, gutheißen.

Wenn niemand sich zum Wort meldet, nehme ich an, daß auch dieser Vorschlag angenommen ist.

Ich mache also darauf aufmerksam, daß bei der nächsten Hauptversammlung Neuwahlen für alle Ämter stattzufinden haben. Ich bitte, daß man sich in den Gruppen zunächst ausspricht, wen man für die einzelnen Posten in Vorschlag bringen will, so daß wir bei der nächsten Landesausschußsitzung, das wäre im Dezember, ungefähr einen Überblick über die Vorschläge haben.

Dabei möchte ich bemerken, daß auch ich, nachdem ich dann sechs Jahre für den Verein, oft an recht exponierter Stelle, tätig gewesen bin, bitten möchte, bei den Neuwahlen von meiner Person absehen zu wollen. Nachdem der Verein jetzt in dem Sattel sitzt, sind, um ihn ersprießlich weiter zu führen, hier frische und ganze Kräfte nötig, und ein Wechsel in der Leitung erscheint mir erwünscht. Also ich bitte, das in Betracht zu ziehen.

IV. Einzug der Vereinsbeiträge.

Vorsitzender: Nach unserer Satzung sollen die Vereinsbeiträge an den Rechner eingesandt und erst die, welche nicht einkommen, durch Postnachnahme erhoben werden.

Herr Forstassessor Dr. Eichhorn schrieb mir, daß sich dieser Zahlungsmodus als unzweckmäßig erwiesen habe, bei 30 %

mußte Postnachnahme stattfinden, auch Irrtümer seien entstanden. Er halte grundsätzlich das Erheben der Beiträge durch Nachnahme für das beste.

Nun haben wir voriges Jahr schon beschlossen, man sollte wie früher die Beiträge mit der Versendung des Berichtsheftes durch Postnachnahme erheben. Ich glaube, es wird im Sinne der großen Mehrzahl sein, wenn die Sache in dieser Weise geregelt wird. Soll man den Beitrag einsenden, so übersieht, vergißt, verschiebt man die Sache. Wird aber der Beitrag durch die Post geholt, so ist alledem vorgebeugt und glatte Rechnung.

Der Landesausschuß stellt also den Antrag, den Rechner zu ermächtigen, künftig bei Versendung des Jahresberichts den Jahresbeitrag per Postnachnahme zu erheben. (Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

V. Vertretung im Forstwirtschaftsrat des Deutschen Forstvereins.

Vorsitzender: Es hat bekanntlich jeder deutsche Forstverein mit einer bestimmten Anzahl Mitgliedern das Recht der Vertretung im deutschen Forstwirtschaftsrat. Bisher war Vertreter des Badischen Forstvereins der erste Vorsitzende, Herr Forstmeister von Teuffel. Er hat, solange er gesund war, die Versammlungen des Forstwirtschaftsrates ziemlich regelmäßig besucht, und zwar immer auf seine Kosten. Er hat niemals eine Rechnung eingereicht. Sein Stellvertreter war Forstmeister Rau. In den letzten Jahren, seitdem Forstmeister von Teuffel leidend ist, war der Badische Forstverein im Forstwirtschaftsrat meist nicht vertreten. Nun ist aber der Landesausschuß der Ansicht, daß eine Vertretung durchaus im Interesse des Vereins liegt, und glaubt, daß man auf ein Recht, das man besitzt, nicht verzichten soll. Anderseits kann aber dem Vertreter des Vereins nicht zugemutet werden, daß er den

zwei Forstwirtschaftsrats-Versammlungen, die alljährlich stattfinden, auf eigene Kosten beiwohnt; denn diese sind nicht gering. Es ist an und für sich für jeden schon ein Opfer, wenn er die Zeit daran rückt. Man kann von dem Vertreter nicht verlangen, daß er auch noch die Geldausgaben ganz auf sich nimmt; der Landesausschuß schlägt Ihnen daher folgende Ordnung vor:

1. Vertreter des Badischen Forstvereins im deutschen Forstwirtschafsrat ist der erste Vorsitzende und in dessen Verhinderungsfalle der zweite. Sind beide verhindert, so kann der erste Vorsitzende ein anderes Mitglied zur Vertretung bevollmächtigen.

2. Der Vertreter erhält für das Anwohnen der Sitzungen Entschädigung der Fahrtkosten und die für die Mitglieder des Forstwirtschaftsrates ausgeworfenen Tagegelder aus der Vereinskasse ersetzt.

Die Tagegelder für die Mitglieder des Forstwirtschaftsrates, soweit sie vom Deutschen Forstverein bezahlt werden, betragen 15 M. Es wird sich also für unsern Verein um eine jährliche Ausgabe für das Anwohnen der beiden Forstwirtschaftsratssitzungen von 150 bis 200 M. handeln. Der Verein hat einen Kassenvorrat von 1400 M. und wird wohl diesen Betrag zur Wahrung seiner Interessen bei dem Deutschen Forstverein aufwenden können. Wünscht zu dieser Frage jemand das Wort?

Da dies nicht der Fall, so nehme ich an, daß Sie mit den Vorschlägen des Landesausschusses einverstanden sind.

VI. Sonstige Vereinsangelegenheiten.

1. Zeit und Ort der Hauptversammlung für 1906.

Vorsitzender: Wir haben Ort und Zeit für die nächste Hauptversammlung zu bestimmen.

Was die Zeit anlangt, so haben wir bei unserer Hauptversammlung in Baden den Grundsatz aufgestellt, daß wir im

Frühjahr tagen wollen, wir haben dies dann 1904 in Konstanz getan und tun es auch heuer wieder. Es ist nun die Frage, ob wir im nächsten Jahre die gleiche Zeit beibehalten wollen. Wir haben das Frühjahr aus dem Grunde gewählt, weil im Spätjahr immer die deutsche Forstversammlung ist, und zu dieser Zeit die Kassen der Mitglieder durch Sommerreisen meist schon in Anspruch genommen waren, während im Frühjahr dort eher ab und zu eine angenehme relative Stauung vorhanden ist. (Heiterkeit.)

Es ist nun die Frage, ob die Mehrheit der Anwesenden dafür ist, daß wir die Versammlung, so wie in den letzten zwei Jahren auch im Jahre 1906, um diese Zeit, also Ende Mai oder Anfang Juni abhalten wollen.

Wenn niemand dagegen spricht, glaube ich, daß die Versammlung einverstanden ist.

Als Ort käme nach unserer Übung das nächste Mal ein solcher des Unterlandes daran, nachdem die beiden letzten Versammlungen im Ober- und Mittelland waren. Es wäre dies der Landesteil zwischen Wertheim und Karlsruhe. Hinter Heidelberg, glaube ich, ist kein Ort zu finden, wo wir eine gut besuchte Versammlung zusammenbringen könnten. In Heidelberg wird in wenigen Jahren die deutsche Forstversammlung tagen. Wir sollten deshalb zunächst für unsere Versammlungen von diesem Ort absehen.

Es käme dann noch Bruchsal, Karlsruhe und Ettlingen in Betracht. Der Landesausschuß ist zur Überzeugung gekommen, daß Karlsruhe der geeignetste Ort für die nächste Versammlung ist, zumal dort der Verein noch nie getagt hat. In Karlsruhe selbst und der nächsten Umgegend ist eine größere Anzahl Mitglieder wohnhaft. Auch sind die Waldungen in der Umgebung Karlsruhes sehr geeignet zu den Exkursionen im Anschluß an das in Aussicht genommene Thema: „Die Bedeutung der Weichhölzer."

Der Landesausschuß schlägt Ihnen darum vor, Karlsruhe für den nächsten Versammlungsort zu wählen. (Der Antrag wird angenommen.)

2. Denkmal für den verstorbenen Finanzminister Buchenberger.

Vorsitzender: Wie Sie wissen, ist im vorigen Jahre unser Finanzminister Exzellenz Buchenberger gestorben, der ein eifriger Förderer der forstwirtschaftlichen Interessen und ein warmer Freund unseres Vereins war und in einem sehr herzlichen Verhältnis zu uns Forstbeamten stand. Es hat sich nun ein Ausschuß aus allen Klassen der in Betracht kommenden Kreise gebildet, um diesem verdienten und bedeutenden Mann ein Grabdenkmal zu errichten.

Dieser Ausschuß hat auch den Forstverein zu einem Beitrag aufgefordert. Der für das Denkmal erforderliche Betrag ist schon beisammen und dazu noch ein Überschuß, im ganzen etwa 5000 M. Weitere Beiträge wären also zur Ausführung des Denkmals nicht nötig, aber immerhin sind solche noch sehr erwünscht, um über die zum Denkmal nötigen Mittel hinaus auch noch eine entsprechende Summe zur Verfügung zu haben, die eine weitere würdige Verwendung im Sinne des Verstorbenen ermöglicht.

Der Landesausschuß schlägt Ihnen vor, einen Beitrag des Vereins von 200 M. zu dem Buchenberger-Denkmal zu bewilligen. (Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

3. Krutina-Denkmal.

Vorsitzender: Wie schon in der gestrigen geschlossenen Sitzung mitgeteilt, sind die Mittel für das Denkmal des verstorbenen Geheimrats Krutina zusammengebracht.

Es ist beabsichtigt, einen Grabstein in Form eines Granitblockes mit dem Bronzerelief des Verstorbenen durch einen namhaften Künstler errichten zu lassen.

Ferner soll jedem, der einen Beitrag zu dem Denkmal gegeben, eine Photographie des Verstorbenen in Visitenkartenformat zugestellt werden.

Endlich ist auf vielseitigen Wunsch beabsichtigt, auch ein größeres Bild des Geheimrats Krutina zu billigem Preis erhältlich zu machen. Die Kosten der ersten Aufnahme eines großen Brustbildes sollen aus dem Denkmalfonds bestritten werden, so daß jeder, der es wünscht, eine Vervielfältigung desselben um mäßigen Preis erwerben kann.

Es ist aber zweifelhaft, ob die vorhandenen Mittel auch dazu ausreichen.

Der Landesausschuß beantragt, der Badische Forstverein wolle zur Deckung der Kosten für Herstellung dieses Bildes, soweit dazu die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, einen Betrag bis zu 150 M. auf seine Kasse übernehmen. (Der Antrag wird angenommen.)

VII. Die Forstschutzfrage in Baden.

Berichterstatter: Oberförster Jäger (Donaueschingen).

Sehr verehrte Herren! Zum vierten Male in verhältnismäßig kurzer Zeit hat der Badische Forstverein den Forstschutz und die Forstschutzbediensteten zum Gegenstand seiner Beratungen gemacht.

Zum ersten Male wurde die Sache behandelt hier in Lahr im Jahre 1877. Die Frage lautete damals, „ob zur Verbesserung unserer Forstschutzverhältnisse gesetzlicher Zwang gegenüber den Gemeinden und Körperschaften anzustreben sei und wie hierbei zu verfahren wäre".

Der Berichterstatter, Herr Forstmeister Hamm, verlangte damals für die Forstbehörde erweiterte Befugnisse bei der Anstellung der Gemeindewaldhüter und die Disziplinargewalt über dieselben einschließlich der Entlassungsbefugnis, die zwangsweise Einteilung aller Waldungen durchs ganze Land in schickliche

Hutdistrikte und gesetzlich normierte Gehalte in Höhe von 2—5 M. pro Hektar, die Einführung des Titels „Forstwart" für alle Forstschutzbediensteten und die Gestellung von Uniformen durch die Waldeigentümer.

Allseitig wurde das Vorhandensein eines Verbesserungsbedürfnisses anerkannt; eingehender besprochen aber wurde nur die Hauptfrage, die Frage der Hutdistriktsbildung. Die Vertreter der oberen Forstbehörde bezeichneten es als unmöglich, daß die Regierung mit der Bildung von Hutdistrikten rein nach Zweckmäßigkeitsgründen vorgehen könne, da ein derartiges Verfahren gegen die Grundsätze der Selbstverwaltung verstoßen würde, und verwiesen die diesbezüglichen Vorschläge des Herrn Berichterstatters in das Gebiet „der frommen Wünsche".

Die Versammlung, aus deren Mitte heraus unter anderem die Vereinigung von Waldhut und Feldhut als in der Regel nicht wünschenswert und der Soldatenberuf als Vorstufe für den Forstschutzdienst als nicht geeignet erklärt worden war, gelangte zu keinem Ergebnis und vertagte die Beratung auf die nächste Sitzung, die im Jahre 1879 in Stockach stattfand.

Die Fragestellung wurde geändert und lautete nun: „Welche Maßnahmen erscheinen geboten zur Verbesserung der Forstschutzverhältnisse gegenüber den waldbesitzenden Gemeinden, Körperschaften und Privaten? Was sollte nebstdem geschehen, um die praktische Ausbildung der Forstschutzbeamten für den technischen Betrieb zu fördern?" Die Berichterstattung hatte wieder Herr Forstmeister Hamm.

In der Zwischenzeit der zwei Beratungen war das Gesetz vom 25. Februar 1879 über das Forststrafrecht und Forststrafverfahren in Kraft getreten und die Zeit der Forstfrevel, die Zeit, „wo es wahrscheinlich war, daß einer sich beim Frevel billiger beholzen könne als beim ehrlichen Ankauf", war vorüber. Es war mit der Zeit dazu gekommen, daß der Wald einen ganz andern Wert bekommen hatte, daß die Technik der Wald-

wirtschaft eine kompliziertere geworden war, daß die akademisch gebildeten Forstbeamten keine Zeit und keine Lust mehr hatten, auch die allerunterſten Dienstgeschäfte selber zu besorgen, d. h. daß eben auch hier wie überall die ökonomische Lehre der Arbeitsteilung sich mehr und mehr Geltung verschafft hatte. Durch all dies war der Waldhüter in erster Linie technischer Gehilfe des Oberförsters und Verwaltungsgehilfe des Waldbesitzers geworden, von dem man eine gewisse Initiative und Selbständigkeit innerhalb seines Hutdistriktes erwarten durfte und mußte, und seine Polizeitätigkeit war an die weniger wichtige, zweite Stelle gerückt.

In der Stockacher Versammlung wurde der Gedanke der Trennung von Waldhut und Waldwirtschaft deshalb endgültig zu Grabe getragen, und in Verfolgung der Idee der geänderten Stellung der Waldhüter wurde ausdrücklich betont, daß die Forstbehörden von nun an noch viel weniger als seither schlechte Waldhüter sich dürften aufzwingen lassen.

In Übereinstimmung mit dem Herrn Berichterstatter hielt die Versammlung an dem Verlangen nach der zwangsweisen Hutdistriktsbildung und der gesetzlichen Gehaltsnormierung fest, beanspruchte für die Forstbehörde die alleinige Ausübung der Dienstpolizei über die Waldhüter und forderte deren Ausbildung in mehrwöchentlichen praktischen Kursen in Lehrforstbezirken, obligatorisch für die Domänen- und Gemeindewaldhüter, fakultativ für die Privatwaldhüter.

Die obere Forstbehörde war auf jener Versammlung nicht vertreten; die Beschlüsse blieben ohne Folgen.

Wohl hat, wie aus dem von der Großh. Domänendirektion an die Forstämter gegebenen Erlasse vom 2. Januar 1891 ersichtlich ist, bei der Zentralforstbehörde die ernstlichste Absicht bestanden, eine Änderung der Vorschrift des § 182 Abs. 1 des Forstgesetzes*) herbeizuführen und auf Grund der von den

*) „Verschiedene Eigentümer, Gemeinden, Körperschaften oder Private, deren Forstbesitz nach seiner Lage eine gemeinschaftliche Aufsicht

Forstämtern eingeforderten Vorschläge hat sie im Jahre 1891 einen Plan schicklicher Hutdistriktsbildung mit Unterstellung gesetzlich normierter Gehälter für das ganze Land ausgearbeitet. Dieser scheint jedoch zu dem Ergebnis geführt zu haben, „daß die durch Zusammenlegung von Hutdistrikten zu machenden Ersparnisse bei weitem nicht hinreichend sein würden zur Deckung des unvermeidlich in Aussicht zu nehmenden Mehraufwandes", und man ließ die Angelegenheit beruhen, „da es aussichtslos erschien, daß man den Waldbesitzern, insbesondere den in erster Reihe in Betracht kommenden kleinen Landgemeinden werde größere Opfer zumuten und ihnen gleichzeitig ihre Rechte schmälern können".

Zum dritten Male bildete die Forstschutzfrage den Beratungsgegenstand unseres Vereins im Jahre 1893 in Gernsbach. Berichterstatter war der jetzige Herr Forstrat Wittmer, und gefragt wurde, „in welcher Hinsicht unsere Waldhuteinrichtung der Verbesserung bedürfe und welche Änderungen zu wünschen seien".

Der Vollständigkeit halber erwähne ich, daß in der Zeit zwischen der zweiten und dritten Beratung die vollbeschäftigten Domänenwaldhüter durch das Beamtengesetz und die Gehaltsordnung vom Jahre 1888 pensionsberechtigte Beamte geworden waren, und wenn sie auch den allerunterſten der geschaffenen Abteilungen (K 32, 34) mit nur 520 bis 620 bzw. bis 800 M. Gehalt nebst Wohnungsgeld zugeteilt waren, so waren sie doch einen ganz wesentlichen Schritt vorwärts gekommen.

Im übrigen war alles beim alten.

Dem Forstgesetz vom Jahre 1833, das mit Ausnahme des Nachtrags vom Jahre 1854, die Wahl der Privatwaldhüter durch die Gemeinderäte betr., unverändert in Geltung ist, liegt bekanntlich das Prinzip zu Grunde, daß der Wald-

zuläßt, können mit Genehmigung des Forstamts zur Aufstellung und Bezahlung eines gemeinschaftlichen Waldschützen zusammentreten" ꝛc.

eigentümer für die Hut seiner Waldungen zu sorgen habe. Die Wahl und Besoldung der in hinreichender Zahl zu bestellenden Hüter, welche nur volljährig und guten Rufes sein müssen, überläßt das Gesetz folgerichtig dem Waldbesitzer, bei den Gemeinden und Körperschaften vorbehaltlich der üblichen Bestätigung durch die Bezirksämter, denen auch die Disziplinargewalt zugestanden ist, und zwar einschließlich der Entlassungsbefugnis. Der Herr Berichterstatter der Gernsbacher Versammlung erkannte zunächst die Klagen über die vielfach ganz ungenügende Qualifikation der Waldhüter als berechtigt an und leitete diese zurück auf die meist mangelnde Vorbildung und den vielfach durchaus unzureichenden Gehalt. Er bezeichnete die Art der Anstellung und Entlassung der Gemeindewaldhüter und das Disziplinarverfahren als Mißstände und konstatierte, daß die Forstschutzbediensteten bei der Bevölkerung in dem Ansehen und in der Achtung nicht ständen, in dem sie kraft der ihnen zukommenden Aufgaben stehen könnten und sollten.

Der Herr Berichterstatter kam wieder zum Schluß, daß die Schäden nur zu heilen seien durch Abänderung des Gesetzes in der Richtung der obligatorischen Hutdistriktsbildung und Gehaltsnormierung, der Vorbildung der Waldhüter in praktischen Kursen, der Anstellung und Disziplinierung durch die Forstbehörde, der Titeländerung.

Es schwebten ihm dabei die gerade damals in Hessen in gleicher Sache spielenden Vorgänge vor, wo zweimal ein Gesetzentwurf, der dem Staate das Recht einräumen sollte, sämtliche Waldungen des Großherzogtums nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse in Forstwarteien einzuteilen, glücklich bis vor den Landtag gelangt war, dort aber beide Male glatt unter den Tisch fiel, so daß die hessische Forstverwaltung fernerhin allen Bemühungen in der Richtung nach Verstaatlichung der Waldhut oder auch nur nach obligatorischer Hutdistrikts-

zusammenlegung entsagte und auf anderem Wege zu einem befriedigenden Ende zu kommen suchte und später auch kam.

Der Herr Berichterstatter hat die Möglichkeit der baldigen Verwirklichung seiner in 20 Paragraphen zusammengestellten Vorschläge selber stark in Zweifel gezogen, indem er zu Anfang und zu Ende seines Berichtes ausdrücklich betonte, daß die Zeiten für forstliche Organisationsänderungen nicht günstig seien, immerhin aber sei auch hier das Sprichwort anwendbar: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg."

Das war dann auch die Ansicht der Versammlung; sie hatte sich die Vorschläge des Herrn Berichterstatters zu eigen gemacht und in einer einstimmig gefaßten Resolution „die Besserung der auf die Dauer unhaltbaren Waldhutverhältnisse" für dringend wünschenswert erklärt, die Abänderung des Forstgesetzes in der Richtung der Ermöglichung zwangsweiser Hutdistriktsbildungen wenigstens in geeigneten Fällen als in erster Linie dringend notwendig bezeichnet und einen Pressefeldzug beschlossen.

Auch diese Resolution ist ohne Folge geblieben; aber ganz erfolglos waren die Arbeiten des Vereins darum doch nicht.

In der durch das Gesetz vom 9. Juli 1894 geschaffenen neuen Gehaltsordnung erhielten wenigstens die etatmäßigen Domänenwaldhüter den schon von Herrn Forstmeister Hamm im Jahre 1877 auf der Versammlung dahier für alle Waldhüter in Anspruch genommenen Titel „Forstwart" und Gehälter von 600—800 bzw. 700—1100 M. nebst Wohnungsgeld.

Im Jahre 1896 wurde mit der Abhaltung der so sehr ersprießlichen, auf der Stockacher Versammlung im Jahre 1879 vom damaligen Herrn Berichterstatter erstmals begehrten Forstwartskurse begonnen — in neun Kursen sind seither 106 Forstwarte, also die Hälfte aller (wir haben 210), 28 Waldhüter der Gemeinden und Körperschaften und drei der Grundherren aus-

gebildet worden. Der erfolgreiche Besuch der Kurse ist für die Forstwartsanwärter obligatorisch gemacht, den Waldhütern der Gemeinden und der Privaten stehen dieselben unter leichten Bedingungen offen; die Abhaltung von Wiederholungskursen dürfte nur die Frage kurzer Zeit sein.

Im Jahre 1900 endlich wurde auf dem Wege der Änderung der Dienstweisung den Forstämtern das Recht eingeräumt, gegen alle Forstschutzbedienstete Verweise und Geldstrafen bis zu 10 M. auszusprechen, unbeschadet der den Bezirksämtern verbleibenden Disziplinargewalt; und im nämlichen Jahre wurde auch die Uniformierungsfrage im Sinne früherer Forstvereinsvorschläge neu geregelt.

Ich glaube, wir würden heute nicht schon wieder über die Forstschutzfrage verhandeln, wenn nicht im Spätsommer des Jahres 1903 die forstliche Welt von Walldürn*) her so dringend an deren endliche Lösung gemahnt worden wäre.

Nach allem, was vorausgegangen, ist es nicht recht verständlich, daß so viele der Herren Kollegen immer und immer noch an der Idee der Durchführbarkeit der Verstaatlichung der Waldhut festhalten, und wenn ich zunächst diesen Gegenstand in meinen Bericht aufgenommen habe, geschieht es deswegen, weil ich versuchen möchte dazu beizutragen, daß wir endgültig über die Verstaatlichungsfrage hinwegkommen.

Man sagt: „Die Forstschutzbediensteten sollten heutzutage, wo alle Staatsverwaltungen der Welt nicht nur dem Walde als Ganzem, sondern sogar einzelnen Bäumen einen so starken Schutz angedeihen lassen, eben auch Staatsbeamte sein"; und man denkt sich, daß wenn der Staat in der Erkenntnis der Tatsache, „daß alles, was zur Vervollkommnung des Waldes dient, auch zum Besten des Landes, zum Besten der Bevöl-

*) Die Waldhüter des Großh. Forstamts Walldürn hatten eine Petition an den Landtag vorbereitet, in welcher die Verstaatlichung der gesamten Waldhut verlangt worden war.

kerung diene", die Waldhut verstaatlicht, dies natürlich nicht auf vermehrte Kosten der Waldbesitzer, sondern nur auf Kosten des Staates geschehen könne; und man hält gerade jetzt, wo der Staat den Waldsteuer-Kapitalanschlag von 260 Millionen Mark auf 585 Millionen Mark zu erhöhen im Begriffe steht, die Zeit zur Durchführung der Aktion für günstig: „der Staat brauchte ja nur die Mehreinnahmen aus der Waldsteuer für die Zwecke der Waldhut verwenden"! Dem ist entgegen zu halten, daß wir nicht wissen, ob der Staat die neue Waldsteuereinschätzung zu erheblichen Mehreinnahmen benützen will, keinenfalls aber dürfen wir eine solche auf unsern Wunschzettel setzen, wenn wir wollen, daß die Waldbesitzer die Kosten der Organisationsänderung nicht tragen sollen.

Der zur Durchführung der Verstaatlichung der Waldhut benötigte Mehraufwand aber berechnet sich auf 575 000 M., wenn man bei den beförsterten Waldungen mit dem vom Ärar gemachten Aufwand von ca. 3.30 M. pro ha und bei den Privatwaldungen mit der Hälfte dieses Satzes rechnet.

Der Stand der Frevelbetätigung kann das Verlangen nach Änderungen im System der Waldhut m. E. nicht begründen.

Es sind in den Jahren 1898/1902 durchschnittlich jährlich pro Waldhüter 7 Anzeigen eingekommen, in der Baar nur 1, im Schwarzwald nur 2, im untern Rheintal 20 pro Kopf, und der Wert der Entwendungen hat sich schätzungsweise auf im ganzen 4000 M. pro Jahr, also auf nicht ganz 2 M. pro Waldhüter belaufen, während von den Waldbesitzern jährlich 991 304 M. allein für die Waldhütergehälter aufzubringen sind.

Durch Waldbrände sind in derselben Zeit durchschnittlich jährlich in je 84 Fällen je 42 ha Wald im Werte von 9000 M. vernichtet worden, und es entfällt also auf einen Waldhüter eine abgebrannte Fläche von nicht ganz 2 a im Werte von

4 M.; es handelte sich wohl in der Regel um Kahlflächen oder junge Kulturen.

Aus diesen Zahlen folgt doch wohl, daß soweit der eigentliche Forstschutz in Betracht kommt, das herrschende System der kleinen Hutdistrikte mit den in fast allen Orten ansässigen Hütern, das unterstützt ist einerseits von der Strenge des Gesetzes und dessen strenger Handhabung, anderseits aber auch von dem moralischen und volkswirtschaftlichen Hochstand des Volkes, genügend gut funktioniert.

Man sagt ferner: „Der Waldhüter muß unabhängig vom Waldbesitzer gestellt sein, da er ja den Wald auch gegen diesen selber zu behüten hat", und man denkt hierbei vornehmlich an die Privatwaldbesitzer, „deren kurzsichtiger Profitwut der Wald, der zum Nutzen und Segen des ganzen Volkes als ein Ganzes geschont zu werden verdiene, nicht geopfert werden dürfe". Das sind Schlagwörter von geringem praktischen Werte. Eigentliche Schutzwaldungen haben wir nicht, und der Schwerpunkt der Staatsaufsicht über die Privatwaldungen liegt nicht darin, daß der Staat vorschreiben will oder kann, wie, wann und wo der Private seinen Wald erntet, als vielmehr nur darin, daß er Garantien verlangt dafür, daß die abgeernteten Flächen wieder gehörig aufgeforstet werden; und auch diese letztere Sache ist nicht mehr so sehr tragisch zu nehmen in der Zeit der ganz erheblichen Waldvermehrung, in der Zeit, in welcher der Wald ein erstklassiges Wirtschaftsobjekt geworden ist, in der wenige mehr so rückständig sind, daß sie den Wald nicht mindestens ebenso pfleglich behandeln wie ihren übrigen Grundbesitz. Schlechte Haushalter gibt es überall, aber ihretwegen wird ernstlich niemand die Privatwaldwirtschaft strenger herannehmen wollen, als es jetzt schon der Fall ist.

Gerade weil der Dienst der Waldhüter heute anerkanntermaßen nicht mehr lediglich oder vornehmlich in der Hut der Waldungen vor Diebstählen und Beschädigungen beruht, son-

dern in erster Linie in waldwirtschaftlichen Betätigungen, darf der Waldhüter heute auch mehr denn je ein Gehilfe des Waldbesitzers sein.

Der Vertreter der Fürstlich Fürstenbergischen Standesherrschaft erklärte seinerzeit bei den Beratungen in Lahr und in Stockach, daß wenn der Staat das Waldhutpersonal stellen, also die Waldhut verstaatlichen würde, die Standesherrschaft sofort mit der Anstellung von eigenem Unterpersonal vorgehen würde, was praktisch der Trennung von Schutz und Wirtschaft und einer erheblichen Kostenvermehrung gleichkäme.

Ähnliches wäre von den Gemeinden zu erwarten, welche die Verstaatlichung der Waldhut mit der weiteren Ausbildung des Waldmeistersystems beantworten würden, unter welchem die Entwicklung der Sache der Waldhüter jetzt schon entschieden leidet.

Wieder andere sagen: Man müsse viel verlangen, um etwas zu erreichen. Das dem großen Kanzler in den Mund gelegte Rezept, daß, wer sicher von Berlin nach Rummelsburg kommen wolle, eine Fahrkarte nach Eydtkuhnen lösen müsse, hat sich sicher schon manchmal bewährt, aber es dürften dann jeweils nur Geld- und nicht Prinzipienfragen auf dem Spiele gestanden haben.

Die Verstaatlichung der Waldhut müßte endlich als ein schwerer Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden empfunden werden, die heute weniger denn je gewillt sind, von ihren Rechten auch nur ein Jota wegzugeben, die verlernt haben, als Unmündige behandelt zu werden oder unter Vormundschaft gestellt zu sein. Wir dürfen nicht vergessen, daß die völlige Durchführung des Prinzips der Selbstverwaltung eine der ersten und vornehmsten Sorgen S. K. H. des regierenden Großherzogs war. — Sie hat, wie dies zu Anfang des vorigen Jahrhunderts in Preußen der Fall war, in Baden in den fünfziger Jahren zur Wiedergeburt des Staates ganz

wesentlich beigetragen, sie hat das Volk die Leiden der Revolution vergessen machen und es zur wirtschaftlichen und politischen Betätigung wieder aufgerichtet, und nur auf der stets erweiterten Grundlage der Selbstverwaltung haben die Gemeinden und Städte die außerordentlich hohe produktive Kraft erlangen können, die wir sie heute entwickeln sehen. Die Idee der Selbstverwaltung ist liberaler Herkunft, und sie ist gegründet auf den berechtigten Wunsch des Bürgertums, im eigenen Hause so viel als möglich selbst zu walten und dadurch am besten am allgemeinen Wohle mitzuarbeiten. Wenn es richtig ist, daß die Macht der Staatsaufsichtsbehörden den Gemeinden gegenüber ebenso weitgehender als diskretionärer Natur ist, dann ist dies doppelt richtig bei den Staatsforstbehörden und hier um so mehr geboten, strenge die Grenzen für die eingeräumte Macht einzuhalten und auch den Schein zu meiden, als ob unser Bestreben auf eine Vermehrung unserer Machtbefugnisse der Selbstverwaltung gegenüber abhebe.

Tatsächlich ist ja auch keine der vorausgegangenen Vereinsversammlungen zum Verlangen nach der Verstaatlichung der Waldhut gelangt; man hat sich vielmehr immer begnügt mit dem Wunsche, es möge ermöglicht werden, Waldhutpersonal zu gewinnen, das seine ganze Zeit und seine ganze Kraft dem Dienste zu widmen imstande ist, und es möge zu diesem Behufe im § 182 des Forstgesetzes das Wort „können“ in das Wort „müssen“ verwandelt werden.

Der Erfüllung dieses bald dreißigjährigen Wunsches stehen dieselben Gründe entgegen wie der Verstaatlichung. Es kommt dazu, daß das Verlangen ausschließlich nach solchen Waldhütern, die ihre ganze Zeit und ihre ganze Kraft dem Dienste widmen — strenge genommen — eine Übertreibung ist.

Der forstliche Betrieb steht in der Regel im engsten Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Betriebe; die Hochsaison in dem einen bedingt Arbeitsruhe in dem andern, und

die stille Zeit im Walde muß auch der Waldhüter anderwärts ausfüllen können — am besten, wenn er selbst einen angemessenen landwirtschaftlichen Betrieb hat.

Dies unterstellt wohl auch der größte Waldbesitzer in Baden, das Großh. Domänenärar, bei seinen Forstwarten und bekundet es augenscheinlich dadurch, daß es auch in der allerneuesten Zeit seine Forstwartshäuser zum Betrieb kleinerer Landwirtschaften einrichtet. Würde das Ärar dies nicht tun bzw. den landwirtschaftlichen Nebenbetrieb nicht zulassen, dann müßten die für die Gr. Forstwarte ausgeworfenen Gehälter auch jetzt noch als durchaus ungenügende bezeichnet werden.

Tatsächlich wird wohl allseits bei uns in Baden noch daran festgehalten, daß die besten Forstwarte bzw. Waldhüter diejenigen werden, welche von früher Jugend als Holzhauer und Waldarbeiter bzw. Landwirte beschäftigt waren, die eine wenn auch kleine Hofraite und einige Grundstücke ihr eigen nennen, auf denen sie mit Hilfe ihrer Frauen und Kinder wenigstens einen Teil ihrer Nahrungsmittel selbst zu ziehen in der Lage sind. Solche Leute können erfahrungsgemäß im Dienste befriedigendes leisten und können auch noch am ehesten mit den selbst nach wesentlichen Erhöhungen klein bemessenen Besoldungen auskommen.

Im Grunde genommen kann es der Forstbehörde auch einerlei sein, wie groß oder wie klein ein Hutdistrikt ist, wie viel oder wie wenig voll beschäftigt ein Waldhüter ist, wenn er nur den an ihn zu stellenden Anforderungen genügt.

Das aber ist eben vielfach nicht oder immer noch nicht der Fall; das forstliche Unterpersonal genügt vielfach den forstamtlicherseits billigerweise zu stellenden Anforderungen immer noch nicht und einen Vergleich mit dem Unterpersonal anderer Verwaltungszweige und fremder Forstverwaltungen vermag es sehr oft nicht auszuhalten. „Wir brauchen andere Leute", ist die vielfach immer noch

gehörte Klage; ohne hinreichende Besoldung und Versorgung sind diese aber nicht erhältlich. Das heißt, es ist eben auch bei uns in Baden die Forstschutzfrage von Haus aus eine Geldfrage und keine Organisationsfrage. Zugegeben werden muß, daß die erstere mit Hilfe der letzteren — wenigstens teilweise und vorübergehend — gelöst werden kann, wofür das Großherzogliche Forstamt Schönau i. W. ein klassisches Beispiel ist.

Nach dem Stande vom Jahr 1903 sind in Baden 2245 Forstschutzbedienstete vorhanden gewesen; in 15 Jahren sind 87 Stellen — das sind durchschnittlich jährlich 6 oder 0.03% — eingegangen, und es ist wichtig zu sagen, daß die ganze Abnahme bei den Gemeindewaldhütern liegt.

Von den Forstschutzbediensteten sind 45% (1011) als vollbeschäftigt, 33% als mit Waldhut vorwiegend und 22% als nur nebenbei beschäftigt bezeichnet; eine wesentliche Änderung in dieser Verteilung ist gegen früher nicht bemerklich.

Militärdienst geleistet haben 70.4% (1581) gegen 65.8% im Jahre 1895. Die Aufnahmslisten machen nicht selbst, teils weil sie hierzu nicht imstande sind, teils weil die Waldmeister oder Ratschreiber dies besorgen, 26.1% (587), eine Zahl, die der nur nebenbei mit der Waldhut beschäftigten Personenzahl annähernd entspricht.

Die durchschnittliche Hutdistriktsgröße beträgt für alle Waldhüter 250 ha; sie ist unter Mittel im Bauland mit nur 165, im oberen Rheintal mit 205, im unteren Rheintal mit 227, am See mit 236 ha; über Mittel im Odenwald mit 306, in der Baar mit 371 und im Schwarzwald mit 417 ha.

Der Aufwand an Gehalt nebst Wohnungsgeld, aber ohne Gebühren und Dienstkleider beträgt für alle Forstschutzbediensteten: 991 304 M., das sind 1.75 M. pro Hektar gegen 1.60 M. im Jahr 1895 und 441 M. pro Kopf gegen 384 M. im Jahr 1895. — Die durchschnittlich jährliche Gehaltszunahme hat 2% betragen.

Das Waldhutpersonal besteht zurzeit aus:

225 Großh. Forstwarten einschl. jener der Zivilliste, aus
118 Domänenwaldhütern,
1295 Gemeinde- und Körperschaftswaldhütern,
234 Waldhütern der Grund- und Standesherren und
374 Waldhütern der Privaten.

2246

Das Großh. Domänenärar macht nach der Statistik vom Jahr 1903 für Zwecke der Waldhut einen Gesamtaufwand von 3.30 M. pro Hektar; in 20 Jahren hat es seinen Aufwand um 50% mit über 100 000 M. erhöht, und trotzdem steht es damit in der Reihe der deutschen Staatsforstverwaltungen nur höher als Bayern (mit 2.50 M.), aber tiefer als z. B. Preußen und Elsaß-Lothringen mit 3.40 M., Württemberg mit 3.70 M. Hessen mit 3.80 M. und Sachsen mit 4.80 M. Das Großh. Domänenärar müßte, um beispielsweise mit Hessen auf gleiche Stufe zu kommen, seinen Aufwand für Waldhut um weitere 50 000 M. erhöhen.

Unsere etatmäßigen Forstwarte (225) mit Einschluß jener der Zivilliste hüten nur 15.5% aller Waldungen; sie haben Hutdistrikte von 100—850 ha — durchschnittlich 388 ha — und beziehen an Gehalt und Wohnungsgeld rund 1000 M. (2.62 M. pro Hektar).

Unsere nur vertragsmäßig angestellten Domänenwaldhüter (118) hüten 6% aller Waldungen — 11 423 ha Domänenwald, 13 180 ha Gemeinde- und Körperschaftswald und 10 233 ha Privatwald.

Das Ärar bezahlt die Domänenwaldhüter mit 3.05 M. pro ha um 14% höher als die Forstwarte.

Die Domänenwaldhüter haben Hutdistrikte von durchschnittlich 300 ha, wovon 6 ha bis 277 ha Domänenwald sind und sie beziehen eine durchschnittliche Gesamt-Jahresvergütung

von ca. 600 M. d. h. 40 % weniger als die Forstwarte, obgleich die von ihnen gehütete Fläche nur um 29 % kleiner ist.

Die Domänenwaldhüter haben keinen Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge; guttatsweise wird ihnen auf eine jährlich zu erneuernde, begründete Bittschrift hin eine nach den Dienstjahren und der gehabten Besoldung bemessene Unterstützung im Falle der Vertragsauflösung zugewendet.

Wir haben in Baden 1344 waldbesitzende Gemeinden; von diesen haben zurzeit 16.7 % (225) keine eigenen Waldhüter.

Waldbesitzende Körperschaften gibt es 294, von diesen haben 70 % (206) keine eigenen Waldhüter.

Die Gemeinden und Körperschaften bezahlen an die Waldhüter zurzeit ca. 507 236 M. oder 1.84 M. pro Hektar, das sind 42.4 % weniger als die etatmäßigen Forstwarte pro Hektar aus der Staatskasse beziehen.

Der Aufwand, den die einzelnen Gemeinden für die Waldhut pro Hektar machen, ist wesentlich verschieden. Die Verschiedenheiten sind auch für die Landesteile noch nachweisbar, und sie betragen — im großen und ganzen in der umgekehrten Reihenfolge der Hutdistriktsgrößen — in der Baar und zwar außer der Reihe nur 1.33 M., im Schwarzwald 1.69 M., im Odenwald 1.78 M., im unteren Rheintal 1.96 M., am See 1.99 M., im Bauland 2.03 M. und im oberen Rheintal 2.11 M.; der Unterschied zwischen Baar und Oberrheintal beträgt 37 %.

Unsere Städte mit eigenen Forstämtern wenden für Gehälter zurzeit auf: Villingen 1.46 M., Baden 2.30 M., Heidelberg 2.64 M. und Freiburg 2.79 M. pro Hektar bei Hutdistriktsgrößen von bzw. 740, 475, 395 und 375 ha und Gehältern von bzw. 1080, 1100, 1045 und 1064 M. Keine der genannten Städte hat den Waldhütern einen Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge zuerkannt,

angeblich weil den Städten auch die Entlassungsbefugnis über dieselben nicht zustehe.

Die durchschnittliche Jahresvergütung aller vollbeschäftigten Gemeindewaldhüter beträgt jetzt 590 M. bei 360 ha Hutdistriktsgröße, und jener aller Gemeindewaldhüter überhaupt 428 M. bei 256 ha Hutdistriktsgröße; die Gehälter sind gegen jene des Jahres 1895 um 22.6% bzw. 20.2% gestiegen.

Die Körperschaften erhöhten in derselben Zeit ihren vollbeschäftigten Waldhütern die Jahresvergütungen von 508 M. auf 670 M., also um 28% bei 367 ha Hutdistriktsgröße.

Die Standes- und Grundherren haben ihren vollbeschäftigten Waldhütern das Gehalt von 588 M. im Jahr 1895 auf jetzt 613 M. bei 319 ha Hutdistriktsgröße, also nur ganz unwesentlich (4.2%) erhöht; mit 1.65 M. pro Hektar bezahlen sie nicht so gut wie die Gemeinden und wesentlich schlechter wie der Staat.

Die Fürstlich Fürstenbergische Standesherrschaft mit 31 909 ha Wald gibt nach den Mitteilungen des Reichsforstvereins vom Jahr 1903 für Waldhut beispielsweise nur 1.40 M. pro Hektar aus, also 135% weniger wie das Großh. Domänenärar. Die Fürstlich Fürstenbergischen vollbeschäftigten Waldhüter haben dabei Gehälter von 550—830 M. bzw. 600—950 M. und Dienstkleider. Sie gelten nicht als fürstliche Beamte; sie erhalten deshalb weder Wohnungsgeld, noch haben sie Anspruch auf Ruhegehalt oder Hinterbliebenenfürsorge; letztere beide werden nur guttatsweise, wenn auch nach festen Sätzen, gewährt. Die fürstlichen Waldhüter werden dem Waldarbeiterstande entnommen und erhalten keine besondere Vorbildung.

Es will mir scheinen, als ob die Fürstlich Fürstenbergischen Forstunterbeamten an der Besserung ihrer Stellung arbeiteten und als ob die Gründung des oberbadischen Forstbedienstetenn-

vereins mit dem Sitz in Donaueschingen, der sich „die Pflege vaterländischer Gesinnung, die Wahrung der Standesinteressen, die Förderung der Wohlfahrt und der Berufsfreudigkeit der Mitglieder und die Fürsorge für deren Witwen und Waisen" zur Devise gemacht hat und mit der Zeit die Forstschutzbediensteten des ganzen Landes umfassen will, ihrer Initiative entsprungen sei. Bis jetzt sind diesem Verein 500 Mitglieder beigetreten.

Die Privaten endlich wenden für die Waldhut nur 69 Pfg. pro Hektar auf, immerhin aber ist auch bei den vornehmlich mit Privatwaldhut vollbeschäftigten Waldhütern eine Zunahme von 433 M. auf 493 M. Jahreslohn (13.8 %) zu konstatieren.

Der Vorstand des Badischen Forstvereins hat schon vor zwei Jahren die Aufmerksamkeit der Mitglieder auf das im Jahr 1901 im Großherzogtum Hessen veröffentlichte Gesetz gelenkt, durch welches in Hessen alle Forstwarte in den Kommunal-, abnormalen Domanial- und in den Privatforstwarteien gesetzlichen Anspruch auf Gehalt, Pension und Hinterbliebenenfürsorge erhalten haben.

Das in Frage stehende hessische Gesetz hat auf die Lösung der schwierigen Frage der Organisation ganz verzichtet und hat sich begnügt, die brennende Frage der Dienstbezüge zu lösen. Die Forstwarte der Grund- und Standesherren läßt es außer acht, die „staatlich angestellten" Forstwarte berührt es nur insofern, als die Gehalte, Zulagen, Ruhegehalte, Sterbequartale, Witwen- und Waisengelder der nur „staatlich bestätigten" Forstwarte nach den ihrigen bemessen werden.

Eine Fläche von 300 ha Wald bildet die gesetzliche Grenze zwischen der normalen und der nach wie vor zugelassenen nicht normalen hessischen Forstwartei. Etwa vorhandener Privatwald wird hierbei nur mit der halben Fläche gerechnet.

Die gemischten Forstwarteien mit 25—300 ha Domanialwald heißen in Hessen auch „Großh. Forstwarteien". Der Domanialfiskus hat sich für diese Stellen das volle Anstellungsrecht vorbehalten, und die Besoldung und Pensionierung erfolgt nach den Sätzen der staatlich angestellten Forstwarte oder nach jenen der nur staatlich bestätigten, je nachdem der vorhandene Domanialwald mehr oder weniger als 150 ha groß ist.

Der Regierungsentwurf zu dem in Frage stehenden Gesetze verlangte ursprünglich für alle Forstwarte auf normalen Forstwarteien die gehaltliche Gleichstellung mit den Großh. Forstwarteien nach den Bestimmungen des staatlichen Besoldungsgesetzes. Die Kammer erkannte zwar als erstrebenswertes Ziel für die Forstwarte aller Waldungen den gleichen Bildungsgrad und die gleiche Besoldung an. Sie ermäßigte aber, bis der erstere erreicht sei, das Höchstgehalt der nur „staatlich bestätigten" Forstwarte normaler Forstwarteien auf 70 % von dem der „staatlich angestellten" Forstwarte. Jenes der Forstwarte nicht normaler Forstwarteien bemaß sie in der Weise, daß das für die normale Forstwartei berechnete Gehalt zunächst nach Maßgabe der Fläche gemindert wird, dann aber wieder eine Erhöhung um 50, 30 bzw. 10 % erfährt — unter Fixierung von Höchstgehalten von 520, 880 M. und 1200 M. —, je nachdem die Forstwartei nur bis zu 100, 200 bzw. 300 ha groß ist; und zwar all dies nicht abstrakt, sondern mit Überlassung der Gehaltsfestsetzungen an die Kreisausschüsse, die auf Antrag des Waldeigentümers, des Kreisamtes oder der oberen Forstbehörde in jedem Einzelfalle bei der Entscheidung die Fähigkeit des Forstwarts, die Leistungsfähigkeit des Waldeigentümers, die Ertragsfähigkeit des Waldes, die Preishöhe der Lebensmittel und auch den Grad der Notwendigkeit eigener Waldhut bzw. die Möglichkeit nachbarlicher Zusammenlegungen zu berücksichtigen haben. Dadurch wird oder soll der Grundsatz der Selbstverwaltung gewahrt werden.

Alle Gemeinden mit Ausnahme jener, welche durch eigene Einrichtungen die Forstwarte und ihre Angehörigen ausreichend zu schützen imstande sind — Darmstadt, Offenbach, Gießen und Alzey haben hiervon Gebrauch gemacht — die kleinen Privatwaldbesitzer und der Fiskus für seine nicht zu normalen Domanialforstwarteien gehörigen Waldungen (3708 ha) hat das Gesetz zu einer in der Selbstverwaltung der Waldbesitzer stehenden Kasse verbunden, welche die den staatlich bestätigten Forstwarten zustehenden Ruhegehalte, Sterbequartale, Witwen- und Waisengelder zahlt und die Beiträge von den Waldeigentümern nach Verhältnis des pensionsberechtigten Einkommens der Forstwarte aufbringt.

Zur Durchführung des Gesetzes leistet der hessische Staat einen jährlichen Zuschuß von 20 000 M., von welchem zurzeit 5000 M. bedürftigen Gemeinden und 15 000 M. der Verbandskasse zufließen.

Das Gesetz wurde von der Kammer mit allen gegen eine Stimme angenommen, und damit hatte in Hessen ein Kampf seinen Abschluß erreicht, der 20 Jahre lang die Gemüter der interessierten Kreise mit Recht erregt hatte.

Das Gesetz, dessen Durchführung überall anstandslos von statten ging, hatte nach den Mitteilungen in den Fachzeitschriften zur Folge, daß die Gehälter der Forstwarte sehr erheblich mitunter bis auf das doppelte in die Höhe gingen, daß alsbald Pensionierungen in recht stattlicher Anzahl vorgenommen werden konnten, die um so leichter vor sich gingen, als den Pensionierten an Ruhegehalt vielfach mehr zufiel, als sie früher an Besoldung erhalten hatten, daß die Berufsfreudigkeit und Zuverlässigkeit der Forstwarte sich besserten und daß bei den kleinen waldbesitzenden Gemeinden das Bedürfnis zum Zusammenschluß mit andern zwecks Bildung normaler Forstwarteien sich geltend machte.

Die staatlich angestellten Forstwarte beziehen in Hessen

1200 M. Anfangs- und 1500 M. Höchstgehalt. — Die staatlich bestätigten Forstwarte beziehen beispielsweise

bei 100 ha	Wald	370	bzw.	460	M.
„ 200 „	„	630	„	780	„
„ 300 „	„	840	„	1060	„

Anfangs- bzw. Höchstgehalt und im Durchschnitt pro Kopf zurzeit 690 M. bei 252 ha Hutdistriktsgröße (d. h. 2.74 M. pro Hektar) gegenüber 428 M. und gleicher durchschnittlicher Hutdistriktsgröße bei den badischen Gemeindewaldhütern (38% mehr!). In der hessischen Genossenschaftskasse sind 445 Forstwarteien mit 307103 M. Gehalt vereinigt. Die Kasse erhebt zurzeit eine Umlage von 11 M. pro 100 M. Gehalt und zahlt jährlich 40000 M. Ruhegehalte, Sterbequartale, Witwen- und Waisengelder aus.

Es ist noch zu sagen, daß in Hessen gleichzeitig mit dem Gesetz über die Dienstbezüge eine Verordnung über die Ausbildung der Forstwarte veröffentlicht worden ist, welch letztere für alle Domanial-, Kommunal- und Privatforstwarte — wiederum ohne jene der Privatwaldbesitzer I. Kl. — das Bestehen einer Vorprüfung, den Besuch der staatlichen Forstwartsschule und das Bestehen einer Fachprüfung obligatorisch macht.

Alle jüngeren Leute, welche in Hessen Forstwart werden wollen, werden zur Ableistung ihres Militärdienstes in das 1. hessische Infanterie-Regiment Nr. 115 in Darmstadt eingestellt. Für diese Leute sind Lehrkurse eingerichtet, die alle Fächer umfassen, die ein Forstwart kennen muß. Die Lehrkurse bestehen aus einem Vorbereitungskurs, der vom Regiment erteilt wird und die gründliche Ausbildung der Aspiranten in den Elementarfächern — Lesen, Rechtschreiben, Schönschreiben und Rechnen — bezweckt, und aus einem forstlichen Fachkurs. Der Fachkurs, zu dem auch Nichtmilitärpersonen zugelassen werden können, wird außerhalb der Kaserne vornehmlich auf

Exkursionen durch Forstbeamte erteilt an allen Samstag Nachmittagen von Anfang November bis Ende Mai. (Die dem Regiment angehörigen Kursteilnehmer müssen nach vollendetem zweiten Dienstjahr beim Regiment kapitulieren.)

In der Fachprüfung werden von den Forstwartsanwärtern verlangt: Kenntnisse in Forstbotanik, Waldbau, Forstbenutzung, Wegbau, Insektenkunde, Forstschutz, Jagd- und Fischerei, die Kenntnis der einschlägigen Strafgesetzgebung und der Versicherungsgesetze. Die gestellten Fragen sind vielfach derart, daß sie auch einer höheren Prüfung noch Ehre machen würden.

Die Abhaltung der Forstwartskurse kostet das Land jährlich nur 1200 M., während in Baden für den gleichen Zweck 3200 M. aufgewendet werden.

Der Landesausschuß ist nun der Meinung, daß wir sehr froh sein könnten, wenn wir in Baden erreichen würden, was in Hessen erreicht worden ist. Es ist den Gruppen zur Vorbereitung eine Mitteilung zugegangen, in welcher in der knappen Form von Leitsätzen zusammengestellt wurde, was erreichbar scheint; am Wortlaut derselben wurde seither nichts geändert, mit Ausnahme des bei Ziff. 6 ausdrücklich zu erwähnenden Vorbehalts der Fixierung von gruppenweisen Höchstgehalten. Erläuternd ist zu den Leitsätzen zu bemerken: Die Bezeichnung „Waldhüter" sollte in Wegfall kommen; die dienstlichen Funktionen sind dieselben bei den Gemeindewaldhütern wie bei den Großh. Forstwarten. Es erscheint deshalb nur billig und eigentlich selbstverständlich, daß allen, mindestens aber doch allen voll und vorwiegend mit Forstschutz beschäftigten Bediensteten der Titel Forstwart verliehen wird — damit auch hier die Regel nicht ohne Ausnahme sei, mag derselbe den rund 500 nur nebenbei mit Forstschutz beschäftigten Personen vorenthalten bleiben. Daß die Titulatur belanglos sei, ist m. E. nicht zuzugeben.

Aus der unbestrittenen Tatsache, daß ein tüchtiger Forstschutzbediensteter das Waldvermögen ganz wesentlich zu vermehren vermag, und aus der weiter oben erwähnten Tatsache, daß an alle Forstschutzbediensteten die gleichen Anforderungen gestellt werden müssen, dürfte unschwer zu schließen sein, daß auch alle eine gleiche, gute Vorbildung genießen sollten. Zugegeben kann ja auch hier wieder werden, daß die nur nebenbei mit Forstschutz beschäftigten Personen vorerst Dispens erhalten können.

Die Bezeichnung „staatlich bestätigter Forstwart" soll dessen Träger einerseits von den staatlich angestellten, anderseits von den gesetzlich ganz außer acht zu lassenden Forstwarten der Grund- und Standesherren abheben. Die staatliche Bestätigung würde durch die Zentralforstbehörde zu erfolgen haben.

Wenn wir nach hessischem Muster aber mit Unterstellung der derzeitigen Gehälter unserer Großh. Forstwarte die Bezüge der staatlich zu bestätigenden Forstwarte gesetzlich regeln wollten, dann würde den Gemeinden und Körperschaften zunächst nur für Gehälter ein Mehraufwand von nieder gerechnet rund 170 000 M. = 0.60 M. pro Hektar und 110 M. pro Waldhüter erwachsen; für Gewährung von Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge käme — bei Unterstellung einer Umlage von 10 M. pro 100 M. Gehalt — ein aus 680 000 M. aufzubringender Betrag von 68 000 M. hinzu, so daß die Mehrbelastung für die Gemeinden und Körperschaften sich auf im ganzen 238 000 M. = 0.86 M. pro Hektar belaufen würde. Das wäre gegen seither ein Mehr von 46 % — dabei ist unbeachtet gelassen, daß durch dem Gesetze folgende Hutdistriktszusammenlegungen wieder Minderungen eintreten würden, daß die Beiträge zur Krankenkasse und zur Alters- und Invalidenversicherung mit rund 30 000 M. in Wegfall kämen und daß neben den idealen Forstwarten für die Waldmeister kein Platz

mehr und auch kein Aufwand mehr nötig wäre. Der von den kleinen Privatwaldbesitzern in Aussicht zu nehmende Mehraufwand berechnet sich auf im ganzen annähernd 34 000 M. = 0.27 M. pro Hektar.

Das Großh. Domänenärar hätte für seine gemischt gehüteten Domänenwaldungen an Gehalt schwerlich mehr aufzuwenden als seither, wohl aber hätte es aus den 35 000 M. betragenden Vergütungen der Domänenwaldhüter einen Beitrag von 3500 M. zur Verbandskasse zu leisten, was gegen seither, wo für Unterstützungen des nicht etatmäßigen Personals und ihrer Hinterbliebenen ein Satz von nur 7.50 M. pro Kopf = 885 M. budgetmäßig vorgesehen ist, ein Mehr von 2615 M. ausmachen würde.

In einer in Baden für die Zwecke der Ruhegehaltsbezahlung und Hinterbliebenenfürsorge zu errichtenden Verbandskasse wären rund 400 000 ha Wald (70 %) zu vereinigen mit 746 000 M. Gehalt, und der vom badischen Staat zur Durchführung des Gesetzes zu zahlende jährliche Beitrag würde ca. 50 000 M. betragen müssen.

Mit der Publizierung eines Gesetzes, das dem hessischen nochgebildet wäre, hinter diesem aber infolge unserer wesentlich niedrigeren Forstwartsgehälter in seinen Wirkungen wesentlich (um 50 %) zurückbliebe, wäre ein Gesamtmehraufwand von 325 000 M. bzw. ohne den Staatszuschuß von 275 000 M. verbunden = 0.69 M. pro Hektar aller in Mitleidenschaft zu ziehenden Waldungen.

Diese Zahlen dürfen uns, wenn wir ernstlich reformieren wollen, nicht erschrecken, namentlich nicht im Hinblick auf das vom Domänenärar in Aufwand und Erfolg gegebene gute Vorbild, und ich wollte dieselben auch nicht abschwächen durch den Abzug der genannten in Aussicht zu nehmenden Ersparnisse, um so weniger, als diese mehr oder weniger problematischer Natur sind, während erfahrungsgemäß neue Normen die nur

kursorisch berechneten Beträge mehr oder weniger weit zu übersteigen pflegen.

Wenn wir konstatieren können, daß die interessierten Kreise den Wert des Waldes wohl zu würdigen wissen, dürfen wir auch der Hoffnung Raum geben, daß sie sich der Einsicht nicht verschließen werden, daß die Weiterentwicklung des Waldes im engsten Zusammenhang steht mit der Weiterentwicklung der Waldwartung; daß alles, was für diese geschieht, dem Walde selbst zu gute kommt und aus diesem in die Taschen der Waldbesitzer zurückzufließen geeignet ist; daß, was in dem kleineren Nachbarstaate möglich war, in bescheideneren Grenzen doch wohl auch in dem waldreichen Baden durchführbar sein wird.

Ich kann mir nicht versagen noch anzufügen, daß m. E. das Bestreben nach sozialer und beruflicher Erhöhung der Forstunterbeamten mit ökonomischer Arbeitsteilung und das Bestreben nach Verkleinerung der Forstämter des guten zu viel ist, wenn wir nicht Zustände herbeiführen wollen, wie sie in Sachsen zu sein scheinen, wo die oberen und die unteren Beamten sich im Wege stehen.

Mit der Annahme einer Resolution ist nicht viel getan, aber vorerst alles, was unserseits getan werden kann. Wenn wir uns heute in üblicher Weise auf die von mir am Schlusse der Leitsätze vorgeschlagene oder auf eine aus Ihrer Mitte redigierte Resolution einigen, tun wir das nicht, weil wir uns irgendwelchen Illusionen hingeben, sondern um nach der Beratung wiederum die berufene Meinung der Mehrheit festzulegen und als ein videant consules kundzugeben.

Gestatten Sie mir zum Schlusse noch, daß ich allen, welche mich bei der Ausarbeitung meines Berichtes — durch Beantwortung meiner Anfragen — in so freundlicher und eingehender Weise unterstützt haben, hier meinen allerbesten Dank abstatte. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.)

Mitberichterstatter: Forstmeister Mangler (Buchen).

Geehrte Herren, werte Kollegen! Die erschöpfende Behandlung des Themas durch den Herrn Berichterstatter, die Ihren lebhaften Beifall gefunden hat, gestattet und gebietet mir, mich kurz zu fassen.

Mit den Leitsätzen und der vorgeschlagenen Resolution des Herrn Berichterstatters einverstanden, erübrigen mir nur einige allgemeine Bemerkungen zu der für die badische Forstwirtschaft so ungemein wichtigen Frage, der wichtigsten, die zurzeit für sie aufgeworfen werden kann.

An der Bewaldung Badens sind beteiligt:

der Staat mit rund	18 %,
die Gemeinden und Körperschaften mit .	50 %,
die Privaten mit	32 %;

von den letzteren sind etwa 12 % standes- und grundherrlich, welche für unsere Frage zunächst nicht in Betracht kommen, so daß die sonstigen Privatwaldungen mit 20 % der Gesamtbewaldung eine ansehnliche Rolle spielen und unsere heutige Verhandlung somit — die Domänenwaldungen scheiden in der Hauptsache auch aus — 70 % des badischen Waldbestandes berührt. Die Aufgabe des Waldes in volkswirtschaftlicher, sozialer und ethischer Hinsicht, sowie im Haushalte der Natur hat also in Baden, ungleich andern deutschen Ländern, in denen der Staatswald vorwiegend ist, vorzugsweise der Gemeinde- und Körperschaftswald in Verbindung mit dem Privatwald, zu erfüllen.

Diese Erkenntnis ist es wohl gewesen, welche — wenige Jahrzehnte nach der Entstehung des heutigen badischen Staates aus verschiedenen Territorien, die in Hinsicht bisheriger Waldbehandlung und ihres Waldzustandes in ungleichartigster Verfassung waren —, weitblickende Staatsmänner und Volkswirte zur Erlassung des noch heute geltenden Forstgesetzes bewogen

hat, das die sämtlichen Gemeinde- und Körperschaftswaldungen unter Beförsterung nahm.

Diese staatliche Bevormundung in der Verwaltung des meist wesentlichsten Teiles des Gemeindevermögens mag auffallen an Gesetzgebern, die zwei Jahre vorher, im Jahre 1831, die freie Gemeindeordnung erlassen hatten. Dieser Eingriff in die Gemeindeautonomie mag namentlich dort unwillig empfunden worden sein, wo die Waldungen bisher sich nicht der gleichen staatlichen Fürsorge erfreut hatten wie in den alten badischen Markgrafschaften.

Die Beschränkung in der Nutzungsfreiheit und der Zwang zur Verbesserung des verwüsteten Waldes mag von dem individualistischen Unabhängigkeitssinne schwer genug ertragen worden und die den Gemeinden angesonnenen Ausgaben für Holzzucht in abgelegenen, verkehrsarmen Gegenden, in denen vorhandenes Holz wertlos war, als Last der Willkür empfunden worden sein.

Wie ist es nun heute, nach 70jähriger Wirkung eines heilsamen Gesetzes? Wird sie noch als Last empfunden, die Beförsterung? Da und dort sicherlich. Überall aber ist sie als absolute Notwendigkeit von segensreicher Folge anerkannt.

Der holzreiche, zuwachsfrohe Gemeindewald ist die Stütze der Gemeindeökonomie, die Zuflucht der Gemeinden in schwieriger Lage, und ermöglicht Fortschritte, die nur der Wohlstand sich leisten kann.

Eisenbahn- und Straßenbau, Wasserleitungen und Schulhäuser in früher armen Gegenden, sie wachsen mit heraus aus der großen Sparbüchse des Gemeindewaldes.

Eine Gemeinde, die heute wenige Hektar 60—70jährigen Fichtenwaldes, der seinerzeit auf Ödung unter Flüchen gepflanzt worden ist, niederlegt, um eine der genannten Wohltaten ins Leben zu rufen, sie segnet den zielbewußten Willen,

der die kurzsichtigen Großeltern gezwungen hat, zu tun, was sie zum mindesten für unnötig, vielfach sogar noch für schädlich hielten.

Die Beförsterung der Gemeindewaldungen kann also mit ihren Erfolgen in der Hauptsache zufrieden sein. Sie werden freudig oder widerwillig, aber sie werden anerkannt. — Man muß sich wundern, daß diese Beförsterung so gute Erfolge erzielen konnte, trotzdem sie ein recht unvollkommenes Wesen ist.

Sie ist nämlich ein Individuum mit klugem Haupte, robustem Rumpfe und — verkümmerten Gliedmaßen. Figürlich gesprochen, denn es soll damit nicht behauptet werden, daß der Gemeindewaldhüter nicht meist besser zu Fuße sei und kräftigere Arme habe als sein oft nur zu vollkommener Chef.

Es will damit gesagt werden: die badische Forstorganisation hat hinsichtlich der Bewirtschaftung der Gemeindewaldungen eine ungenügende Unterlage.

Es fehlen die ihrer Aufgabe vollkommen gewachsenen Unterbeamten, die zulänglichen Vollzugsorgane; keine andere Verwaltung im weitverzweigten Staatsdienst ist in gleich dürftiger Lage.

Wenn die Gemeindewaldungen noch nicht überall auf gleicher Höhe stehen wie der Domänenwald, wie mancher Privatwald des Großbesitzes, so ist ein Hauptgrund hiervon eben die Unzulänglichkeit des Waldhutpersonals.

Warum aber leisten diese, meist vom besten Willen beseelten und an ihrem Dienste hängenden Männer nicht das, was eine gute, fortgeschrittene, auf der Höhe der Zeit stehende Forstwirtschaft von ihnen verlangen muß?

Es fehlt die rechte Berufsfreudigkeit, und sie fehlt, weil das Amt den Mann nicht nährt, nicht vollständig nährt.

Die Waldhüterfrage ist eine Magenfrage. Ihre Lösung hängt, wie fast jede Reform, jeder Fortschritt vom Gelde ab.

Gebt dem Manne genügende Bezahlung, verbunden mit Sicherheit seiner Stellung, und ihr werdet schauen, was aus ihm herauszuholen ist, so wie er ist, ohne theoretische Unterweisung. Von einem Ärmsten in der Gemeinde, der pro Jahr 250—400 M., in seltenen Fällen 500—600 M. und darüber Lohn erhält, pro Arbeitstag also 0,60 bis höchstens 2 Mk. bezieht mit der Aufmunterung, jederzeit ohne Angabe eines Grundes entlassen werden zu können, kann besonderes nicht erwartet werden. Er muß anderwärts noch zu erwerben suchen, sei es in eigener Landwirtschaft, was noch der beste Fall ist, oder im Taglohn, und man muß froh sein, wenn es bei diesem redlichen Nebenverdienst sein Bewenden hat. Das tötet die Berufsfreudigkeit. Der Mann muß von seinem Berufe ganz besessen sein, er muß in ihm leben und weben und darf keine andern Götter nebenher haben, wenn er Gutes leisten soll.

Wie ist nun diese Berufstüchtigkeit zu schaffen? Durch das eine, einzige Mittel genügender Bezahlung. Der Lohn des badischen Gemeindewaldhüters im ganzen muß ausgerechnet gerade doppelt so hoch sein, als er es ist. Das müssen wir hier rücksichtslos feststellen, es hinausrufen ins Land, daß es die Gemeinden vernehmen und diejenigen, die für gute Verwaltung des Gemeindevermögens verantwortlich sind. Woher die Mittel zu nehmen sind? Aus dem Walde! — Intensiver Betrieb, wie er mit einem guten Personal möglich ist, z. B. vernünftige Plenterdurchforstung, geben im jetzigen Walde schon die Mittel, tüchtige Forstwarte zu schaffen, von den einstens infolge guter Verjüngungen noch reicher fließenden Einkünften gar nicht zu reden.

Auf welchem Wege ist diese Gehaltsverbesserung zu erreichen?

Auf dem des § 181 unseres Forstgesetzes sicherlich nicht.

Es ist ein unerquickliches Ringen zwischen Forstamt und Gemeinde vor dem Forum des Bezirksamtes, um eine Auf-

besserung des vielleicht im Jahre 1850 letztmals festgesetzten Lohnes um 50—100 M. zu erreichen, und jedermanns Sache ist dieses Markten und Feilschen nicht. Dabei kann man den Gemeinderäten nicht einmal böse sein; sie müssen mit der Stimmung der Gemeindeglieder rechnen; diese aber stehen, zumal in ländlichen Gemeinden, durchweg, wenn auch unbewußterweise, auf dem Standpunkt des Manchestermannes, der den Arbeitslohn durch Angebot und Nachfrage der Arbeitsuchenden regeln lassen will. In der Gemeinde aber sind immer welche, die den Waldhüterdienst billiger übernehmen, die es überhaupt für gerecht halten, wenn die „Gemeindeämtlen" unter den Bürgern nach Würdigkeit und Bedürftigkeit umgehen und nicht ein einziger lebelang an der Krippe steht. Dazu kommt noch, daß der Waldhüterlohn jetzt schon vielfach der höchste Gehalt ist, den ein Gemeindebeamter bezieht, Bürgermeister und Ratschreiber nicht ausgeschlossen.

Also auf dem Wege des jetzigen § 181 des Forstgesetzes wird es nichts; es muß die Gesetzgebung dran und diesem Paragraphen einen präzisen Inhalt hinsichtlich der Höhe des Gehaltes geben.

Regierung und Landstände müssen sich des Falles annehmen.

Das haben auch die Gemeindewaldhüter einiger Forstbezirke des Hinterlandes gefühlt, als sie vor einigen Jahren den Entschluß faßten, sich zur Abwechslung einmal vertrauensvoll an Regierung und Landstände zu wenden. Ich bedauere es, daß aus der Petition nichts geworden ist; sie hätte jedenfalls schätzbares Material ergeben, und irgend einmal und von irgendwem muß der Katze die Schelle angehängt werden. — Man muß also nach 70 Jahren wieder dran, man muß logisch werden und die Konsequenz des Gesetzes von 1833 ziehen und sagen:

Wer die Beförsterung will, muß auch das Mittel dazu wollen; man muß dem sonst gesunden Manne zu gelenken

Armen und Beinen helfen, man muß dem Forstamte gute Vollzugsorgane geben, man muß ein auskömmlich bezahltes Waldhutpersonal mit Beamtenstellung schaffen. Wie das zu machen ist? Darüber brauchen wir uns nicht den Kopf des Gesetzgebers zerbrechen; der von 1833 hat sich sicherlich auch nicht an die Praktiker gewendet. Wo ein Wille ist, ist ein Weg; nach Rom führen sogar viele.

Einer Zeit, welche die soziale Gesetzgebung geschaffen hat, wird es nicht schwer fallen, die Beförsterung der Gemeindewaldungen, die im sozialen Dienste der Gegenwart und der Zukunft steht, so auszugestalten, daß sie den gesteigerten Anforderungen einer verfeinerten Technik gewachsen bleibt und damit steigende Werte zu erzeugen im stande ist.

Einen sehr schönen Weg hat man im benachbarten Großherzogtum Hessen mit dem Gesetze vom 17. Januar 1901 gebahnt.

Meine Herren, unser Nachbarland Hessen hat mit die beste Forstverwaltung Deutschlands. Mit dem ehemaligen Nassau und Churhessen hat es, soviel ich mich erinnere, $1^1/_2$ Jahrzehnte vor Baden die Beförsterung seiner Kommunalwaldungen eingeführt; eine Reihe in Wissenschaft und Praxis führender Forstmänner sind aus ihm hervorgegangen. Gute volkswirtschaftliche Witterung hat Hessen erwiesen, als es als erster Mittelstaat dem Zollverein mit Preußen beitrat, und guten volkswirtschaftlichen Sinn hat es auch mit seinem Gesetz über die Dienstbezüge der Forstwarte gezeigt. Dieses Gesetz sichert dem staatlich bestätigten Forstwarte in Kommunalforstwarteien, in abnormen Domanialforstwarteien und Privatforsteien, welche Privatwaldungen II. Klasse, d. h. alle nicht standes- oder grundherrlichen Privatwaldungen enthalten, Gehalt, Pension und Hinterbliebenenversorgung.

Der Gehalt wird auf Antrag des Waldeigentümers, des Kreisamtes oder der obern Forstbehörde — ich betone das „obern" — vom Kreisausschuß festgesetzt.

Es sollen bei dieser Festsetzung alle einschlägigen Verhältnisse in Betracht gezogen werden, als da sind: Arbeitslast und Fähigkeit des Forstwartes, Leistungsfähigkeit des Waldeigentümers, Ertragsfähigkeit des Waldes, insbesondere aber auch die Möglichkeit, sich durch eine zweckmäßige Vereinigung mit anderem kommunalen, privaten oder staatlichen Waldbesitze Erleichterung zu verschaffen. Hiermit löst sich die Frage der Zusammenlegung verschiedener Waldungen ganz von selbst.

Solange diese Gehaltsfestsetzung nicht stattgefunden hat, gilt als Gehalt des Forstwartes ein Betrag von 70% der im Gesetze bestimmten Gehaltsbezüge. Dabei ist der Höchstgehalt dieser Forstwarteien mit wenigstens 300 ha Fläche in gleicher Weise wie für die Domanialforstwarte normiert. Die Gehälter dieser habe ich nicht bei der Hand. Wie ausgiebig aber die Gehalte durchweg bemessen sind, geht aus der Bestimmung hervor, daß der Anfangsgehalt eines Forstwartes, dessen Forstwartei 200—300 ha umfaßt, 1200 M. nicht übersteigen darf und er bei Forstwarteien von 100—200 ha höchstens 880 M. und bei solchen unter 100 ha höchstens 520 M. betragen soll.

Diese Gehalte werden auf die Waldbesitzer im Verhältnis der Flächengröße ihres Anteiles an der Forstwartei umgelegt; hierbei werden die Privatwaldungen nur mit der Hälfte der Fläche in Rechnung gestellt.

Der Einnehmer der Gemeinde, in welcher der Waldhüter wohnt, zahlt den Gehalt in Monatsraten vorschüßlich aus.

Der Ruhegehalt berechnet sich nach den für Domanialforstwarte normaler Forstwarteien jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen. —

Zur Aufbringung der Mittel für Ruhegehalte und Hinterbliebenenversorgung werden die Gemeinden, Körperschaften, Privaten ꝛc. des ganzen Landes zu einem Kassenverband vereinigt, dem die Zahlung der Ruhegehalte, Sterbegelder, Witwen- und Waisengelder obliegt.

Zur Durchführung des Gesetzes leistet die Staatskasse einen jährlichen Zuschuß von 20 000 M., aus dem schwächeren Gemeinden Beiträge zu den Forstwartsgehalten gewährt werden; der hierfür nicht verwendete Teil fließt der Genossenschaftskasse für Ruhegehalte ꝛc. zu.

Das ist ein prächtiges Gesetz, das mit einem die Gemeindewaldhut mustergültig regelt, das mich mit Neid erfüllt.

Was aber Hessen sich leisten kann, vermag Baden auch, in dessen Waldbestand der Gemeindewald eine größere Rolle spielt als in Hessen, und der zum wenigsten keine geringeren Reinerträge liefert.

Nach welcher Richtung wir bei Übernahme dieses Gesetzes Änderungen eintreten lassen müßten, will ich nicht näher untersuchen. Unsympathisch ist mir im hessischen Gesetze der Kassenverband für die Pension und Hinterbliebenenversorgung.

Es ist dies ein bureaukratisches Gebilde, das viel Ausgaben verursacht, die entbehrlich sind, und das ich vermissen möchte.

Die nach dieser Richtung erforderlichen Zahlungen soll die Staatskasse leisten und die Aufwendungen durch Zuschlag zur Beförsterungssteuer, der dann auch die Privatwaldungen in dieser Richtung zu unterwerfen wären, zurückerheben.

Auch die Aufbringung des Gehaltes der Forstwarte möchte ich anders regeln.

Zunächst sollen für die Umlegung des Gehaltes auf die am Hutdistrikt beteiligten Waldbesitzer nicht die Waldflächen, sondern deren Steueranschläge den Maßstab abgeben; sodann soll der Staat einen Teil der Waldhutkosten tragen, wie er auch jetzt schon einen wesentlichen Teil der Beförsterungskosten trägt, da die Gemeindewaldhüter, wie jetzt so auch künftig, in der Anwendung des Forststrafrechtes und der Forstpolizei Organe der Staatsgewalt sind, und die

Gemeinden — wie jetzt schon, so künftig — bei der Anstellung ihrer Waldhüter einer gewissen Beschränkung unterliegen.

Das große volkswirtschaftliche Interesse, welches das Gesamtvolk an möglichst großer Wertserzeugung auf der der Waldwirtschaft überlassenen vaterländischen Erde hat, rechtfertigt diese Aufwendung aus allgemeinen Staatsmitteln. Die Anstellung des Waldhüters hätte auf Vorschlag des oder der Gemeinderäte der in Frage kommenden Gemarkungen unter Vorbehalt der Bestätigung der Großh. Forstdirektion durch das Bezirksamt zu geschehen.

Die Vorgeschlagenen müssen gewissen Anforderungen hinsichtlich des Alters, der Gesundheit und der Volksschulbildung genügen, sollen vorzugsweise der landwirtschaftlichen Bevölkerung entstammen und in allen Waldarbeiten praktisch bewandert sein. Forstliche, in der Forstwartsschule zu holende Vorbildung kann meines Erachtens wenigstens zunächst nicht verlangt werden.

Dagegen wäre die Berechtigung zu Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung der nach Erlaß des Gesetzes zur Anstellung kommenden Waldhüter von erfolgreichem Besuche der Forstwartsschule abhängig zu machen. Die vorhandenen Waldhüter dürfen natürlich durch Neuordnung der Dinge nicht geschädigt werden; sie sollen in den Genuß der neuen Gehälter kommen.

Wie es aber mit dem Ruhegehalt und der Hinterbliebenenversorgung der älteren Waldhüter zu halten ist, wird maßgebenderen Erwägungen, als sie hier angestellt werden können, zu überlassen sein.

Zum Schlusse noch wenige Worte über den Titel der Forstunterbeamten. Da ist zu sagen: Waldhüter ist ein Anachronismus! Es ist ein erfreuliches volkswirtschaftliches und ethisches Bild, zu sehen, wie seit 1879 der Forstdiebstahl abgenommen, an den meisten Orten fast ganz aufgehört hat.

Der Grund dieser erhebenden Erscheinung ist nur zum kleinen Teil in dem Forststrafgesetze von 1879 gelegen; die Hauptursache liegt

1. in dem gehobenen Wohlstande unserer Bevölkerung, herrührend aus Steigerung des Arbeitslohnes und der Arbeitsgelegenheit;
2. in dem Entgegenkommen gegen die Bedürfnisse der Bevölkerung an Kleinnutzholz aller Art seitens der Wirtschaft durch Handabgaben. —

Im Jahre 1904 sind im Forstbezirke Buchen mit rund 14000 ha Waldfläche 36 Forststraftaten, darunter 12 unbedeutende Forstdiebstähle. Es mag in der Nähe größerer Städte in dieser Richtung nicht so günstig liegen. Im allgemeinen darf aber getrost behauptet werden: die Waldhut, d. h. der Schutz des Waldes gegen Eigentumsverletzung spielt im Pflichtenkreis der Waldhüter eine untergeordnete Rolle; als solcher kann der Waldhüter neben den fast überall verflossenen Nachtwächter rangiert werden.

Der Wald ist weniger zu behüten gegen Diebstahl, er ist vielmehr zu hegen und zu pflegen; es ist seiner zu warten.

Leitung und Beaufsichtigung des Holzhauereibetriebes mit der finanziell so wichtigen Holzsortierung, sorgfältige Überwachung der Saat und Pflanzung im Walde, verbunden mit Pflanzenerziehung, Wartung der jungen Hege durch fleißiges Reinigen von Unholz, Unterstützung des Wirtschafters in der Ausführung von Weganlagen, sowie Pflege derselben und manches mehr ist die Aufgabe des Gemeindewaldhüters ebensosehr, wie des staatlichen Forstwartes. Beide unterscheiden sich in den an sie gestellten Anforderungen lediglich durch nichts; nur in der Anerkennung ihrer Leistungen in materieller und idealer Hinsicht werden sie verschieden behandelt.

Die Versagung des Titels „Forstwart" an den Gemeindewaldhüter ist Mangel an Konsequenz und Unterschätzung des Gemeindewaldes in seiner überwiegenden Bedeutung in der Waldwirtschaft unseres Landes.

Mit der erstrebten materiellen Besserstellung der Gemeindewaldhüter, um deren Lage die Staatsaufsichtsbehörde über den Gemeindewald sich bisher zu wenig bekümmert hat, wird ja wohl auch der gebührende Titel kommen — Name aber ist Schall und Rauch! Ohne Verbesserung des Gehaltes ist der Titel „Forstwart" ein Stein statt Brot!

Ist aber auskömmliche und gebührende Bezahlung des Gemeindewaldhüters in der einen oder andern Weise sicher gestellt, so wird der „Gemeindeforstwart" seinem zutreffenden Titel Ehre machen und durch treue und sachverständige Wahrung des ihm anvertrauten hohen Gutes seinem unmittelbaren Arbeitgeber reichlich lohnen und in der Volksgesamtheit wie im Forstbeamtenstande ein erfolgreich dienendes Glied sein. (Allseitiger Beifall.)

Vorsitzender: Ich glaube, im Sinne der Versammlung zu sprechen, wenn ich den beiden Berichterstattern den wärmsten Dank abstatte und die größte Anerkennung ausspreche für die ausgezeichneten und sich gegenseitig ergänzenden Ausführungen, mit welchen die beiden Herren die Frage eingeleitet und behandelt haben. Wir gehen nun zur Besprechung der Frage über.

Geheimer Oberforstrat Thaler (Darmstadt): Hochgeehrte Herren! Zunächst habe ich dem Herrn Mitberichterstatter besten Dank auszusprechen für das Lob, welches er der hessischen Forstverwaltung zu spenden die Freundlichkeit hatte. Wenn er damit sagen wollte, daß wir in Hessen bestrebt sind, nach Kräften unser Fach zu fördern, so nehme ich dies dankbar an. Dabei darf aber nicht verkannt werden, daß in Hessen immer noch ein weites Arbeitsfeld vor uns liegt, wenn auch in der

Frage der Gehaltsregulierung der Gemeinde-, Stiftungs-, Korporations- und Privatwaldsforstwarte, die wir unter der Bezeichnung Kommunalforstwarte zusammenfassen, Hessen heute einen Schritt vor Baden voraus hat. Wie Ihnen bekannt, ist schon im Jahre 1901 ein Gesetz über die Anstellung der staatlich bestätigten (Kommunal-)Forstwarte erschienen. Wenn ich mir erlaube, in die Verhandlungen der heutigen Versammlung einzugreifen, so geschieht dies infolge des badischerseits geäußerten Wunsches, von den Erfahrungen, die wir mit unserem Gesetze seit dessen Inkrafttreten gemacht haben, Mitteilung zu erhalten.

Die beiden Herren Vorredner haben in ihren Vorträgen eine so eingehende Kenntnis des hessischen Gesetzes bewiesen, dasselbe so ausführlich erörtert, daß mir eigentlich wenig zu sagen übrig bleibt. Insbesondere wurden durch die Ausführungen des Herrn Oberförster Jäger die Grundzüge des Gesetzes in so klarer Weise mitgeteilt, daß ich nur weniges hinzuzufügen habe. Herr Jäger teilte auch mit, daß man in Baden schon seit Ende der 1870er Jahre eine zweckmäßigere Organisation der Hutdistrikte und eine angemessene Gehaltsregulierung der Forstwarte angestrebt habe. — In dieselbe Zeit fällt der Beginn unserer auf das gleiche Ziel gerichteten Bestrebungen in Hessen.

Die Lage der Kommunalforstwarte war in früherer Zeit eine so traurige, daß eine gesetzliche Änderung und Regelung der Gehalte dringend geboten erschien. Zum Belege hierfür will ich nur ein Beispiel aus meiner früheren Amtstätigkeit mitteilen.

Als ich noch Oberforstmeister in Oberhessen war, erhielt ich eines Tags ein Schreiben aus einer oberhessischen Stadt, in welchem mitgeteilt wurde, daß die Witwe des Försters N., die nach dem Ableben ihres Mannes wegen Mittellosigkeit in das städtische Armenhospital geschafft worden war, jetzt voll-

ständig erblindet und deshalb nicht mehr, wie seither, in der Lage sei, sich ihren Unterhalt durch Stricken zu beschaffen. Ich sah die Akten des Försters nach und fand, daß er fünfzig Jahre der Stadt mit Auszeichnung gedient hatte. In hohem Alter wurde er als dienstunfähig ohne Ruhegehalt entlassen. Er geriet in Armut und nach seinem Tode hungerte die Witwe im Armenhospital. Eine von mir an die Stadt gerichtete Bitte um Unterstützung der Witwe blieb ohne Erfolg, und auch von der höheren Verwaltungsbehörde konnte, mangels verfügbarer Mittel, der Witwe nur ein bescheidener Notpfennig verschafft werden. — Bei einem Gehalt von 200—300 M. hatte der Forstwart früher eine tägliche Einnahme von 60 bis 80 Pfg., also weniger als der Tagelöhner, den er beaufsichtigte, der damals schon 2 M. und mehr verdiente. Eine Alters- und Witwenversorgung wurde den Kommunalforstwarten nicht gewährt. — Das entsprach und entspricht nicht dem sozialen Zuge der Zeit, der heutigen auf Alters- und Unfallfürsorge gerichteten Gesetzgebung des Reichs. — Die erste Vorlage der hessischen Regierung an die Stände erfolgte auf Grund einer Territorialorganisation, durch welche sämtliche Kommunalwaldungen des Landes (teilweise mit Einschluß isoliert gelegener Domanialwaldteile) in Forstwarteien geteilt wurden.

Da hierdurch vielfach, bei geeigneter Lage der Waldungen, mehrere kleine Forstwarteien zu einer Forstwartei zusammengezogen werden konnten, so wäre, wenn die Vorlage die Genehmigung der Stände gefunden hätte, eine Aufbesserung der Forstwartgehalte ohne wesentliche Mehrbelastung der Gemeinden zu ermöglichen gewesen. Die Regierungsvorlage stieß aber auf den entschiedenen Widerspruch der Gemeinden, welche befürchteten, der Staat wolle mehr als seither in die Verwaltung der Gemeindewaldungen eingreifen und die Gemeinden würden das Recht verlieren, bei Neubesetzung einer Forstwart-

stelle den Kandidaten vorzuschlagen. Auch die Stände befürchteten bei Einführung der Territorialorganisation einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und lehnten die Vorlage ab, obschon sich bei den Kammerverhandlungen zeigte, daß die Abgeordneten eine Besserung der Gemeindeforstwartgehalte bis zur Maximalhöhe von 7/10 des Gehalts der Domanialforstwarte für wünschenswert erachteten.

Bei einer später bei den Ständen eingereichten Regierungsvorlage wurde von Organisation zunächst abgesehen und nur eine neue Gehaltsregulierung auf Grund eines Höchstgehalts von 7/10 des Gehalts der Domanialforstwarte, im übrigen nach Maßgabe der Flächengröße der zurzeit vorhandenen Forstwarteien bemessen, in Vorschlag gebracht. Diese Vorlage nahmen die Stände fast einstimmig an. Sie erhielt am 1. Februar 1901 Gesetzeskraft.

Die Domanialforstwarte beziehen in 7 Klassen einen alle drei Jahre um 50 M. aufsteigenden Gehalt von 1200, 1250, 1300 bis 1500 M. Der Höchstgehalt des Kommunalforstwartes kann also bei entsprechender Flächengröße (300 ha und mehr) der Forstwartei 7/10 des Gehalts der Domanialforstwarte erreichen.

Bei einer Normalgröße der Forstwartei von 300 ha und dem Anfangsgehalt der Domanialforstwarte von 1200 M. berechnet sich der Grundgehalt einer Kommunalforstwartei von der Größe x ha zu $\frac{x \times 1200}{300}$ M. Nach Art. 4 des 1901er Gesetzes erfolgt zu diesem Grundgehalt ein Zuschlag von

50 % bei weniger als 100 ha Waldfläche
30 % zwischen 100 und 200 ha „
10 % „ 200 „ 300 ha „

Die Summe des oben berechneten Grundgehalts und des Zuschlags wird nach Art. 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 17. Ja-

nuar 1901, nach welchem die Anfangsgehalte (Grundgehalte), bei einer Waldfläche

von 200 ha bis 300 ha . . . . 1200 M.
„ 100 ha „ 200 ha . . . . 880 „
„ weniger als 100 ha . . . . 520 „

nicht übersteigen dürfen, reduziert. Reduzierter Gehalt = (a).

Die Dienstalterszulage für eine dreijährige Aufrückungsfrist berechnet sich auf $\frac{\text{Gehalt} \times 50}{1200} = (b)$. Hiernach: Summe a + b = Gesamtgrundgehalt, welcher nach Art. 2 letzter Absatz des 1901er Gesetzes auf 70 % ermäßigt wird. Also wirklicher Gehalt — abgerundet $\frac{a + b}{70}$ = ... (ganze) Mark beträgt.

Man mußte bei Feststellung dieser Gehaltssätze zunächst davon ausgehen, daß für die Kommunalforstwarteien je nach ihrer Größe ein angemessener Gehaltssatz unterstellt und dann eine Berechnungsweise gefunden wurde, welche zu diesem Gehaltssatze führt. Hierdurch ist das Rechnungsverfahren etwas umständlich.

Nach Einführung des Gesetzes haben sich bereits einige Gemeinden mit kleinem Waldbesitz nach dem Ableben der Forstwarte bereit erklärt, ihre Waldungen mit angrenzenden Waldungen anderer Gemeinden der Kostenersparnis halber zu einer Forstwartei zu vereinigen, und es wird auf diesem Wege wohl mit der Zeit die Territorialorganisation, welche von der Regierung in erster Linie geplant war, erreicht werden.

Bezüglich der Berechnung der Pensionen, Witwen- und Waisengehalte, Sterbequartale und bezüglich des Staatszuschusses teile ich noch nachfolgende Notizen mit:

Sämtliche Gemeinden, Körperschaften, öffentliche Anstalten und Besitzer von Privatwald II. Klasse, für deren Waldungen (staatlich bestätigte oder jetzt Kommunal-)Forstwarte angestellt

sind, sowie Privatwaldbesitzer I. Klasse, auf deren Waldungen das Gesetz vom 17. Januar 1901 auf ihren Antrag von den Großh. Ministerien des Innern und der Finanzen für anwendbar erklärt worden ist, sind zu einem Kassenverband — der Genossenschaftskasse für staatlich bestätigte Forstwarte — vereinigt.

Die Waldflächen, welche zu Kommunal-Forstwarteien gehören, umfassen nach dem Stand am 1. April 1902:

Domanialwald	3708,33 ha
Kommunalwald	87697,42 ha
Privatwald I. } Klasse . .	20930,31 ha
„ II. }	
Sa.	112336,06 ha

Die Genossenschaftskasse gewährt den Kommunal-Forstwarten bzw. deren Angehörigen folgende Bezüge:

1. Ruhegehalte wie bei den Staatsbeamten [vom Dienstjahre

1.— 5. 40 % des Gehalts,
5.—10. je 2 % mehr (also bei 10 Dienstjahren 50 %),
10.—30. „ 1½ % „ („ „ 30 „ 80 %),
30.—40. „ 1 % „ („ „ 40 „ 90 %),
50. an das volle Gehalt].

2. Sterbequartale [ein Viertel des jährlichen Gehalts bzw. Ruhegehalts (das Witwen- und Waisengeld wird erst nach Ablauf des Sterbequartals bezahlt)].

3. a) Witwengeld [30 % des Ruhegehalts, welchen der Forstwart bezogen hat oder bezogen haben würde, wenn er am Tage seines Ablebens in den Ruhestand getreten wäre, mindestens 216 M. (falls nicht eine Ermäßigung eintreten muß, da Witwen- und Waisengeld zusammen nicht mehr betragen dürfen als der Ruhegehalt)].

b) Waisengeld [1. wenn die Mutter noch lebt, für jedes Kind (unter 18 Jahren) ein Fünftel des Witwengeldes, 2. wenn die Mutter nicht mehr lebt (oder kein Witwengeld bezieht, z. B. wenn sie wieder verheiratet ist)

für 1 Kind . . . . . zwei Drittel des Witwengeldes
„ 2 Kinder je . . . . . ein Halb „ „
„ 3 oder mehr Kinder je . ein Drittel „ „

(Witwen- und Waisengeld zusammen dürfen nicht mehr als der Ruhegehalt betragen)].

Die Verhältnisse der Genossenschaftskasse sind durch das Regulativ vom 1. April 1901 geregelt (vgl. Reg.-Bl. Nr. 28 v. 1901). Die Bedürfnisse der Genossenschaft werden durch Zuschüsse des Staates und durch Umlage auf die Waldbesitzer gedeckt.

I. Zuschüsse des Staats.

Unter Kapitel 101 Titel 8 der Hauptvoranschläge von 1901 an sind je 20 000 M. zur Durchführung des Gesetzes vom 17. Januar 1901 in Ausgabe vorgesehen.

Aus diesen 20 000 M. können nach Art. 13 Abs. 2 dieses Gesetzes durch Vereinbarung der Großh. Ministerien des Innern und der Finanzen Gemeinden, die bedürftig sind, oder wenn besondere Billigkeitsgründe dafür sprechen, Beiträge zu den Forstwartgehalten gewährt werden. Der hierfür nicht verwendete Teil der 20 000 M. soll nach Art. 13 Abs. 3 des genannten Gesetzes in die Genossenschaftskasse für staatlich bestätigte Forstwarte abgeführt werden.

Von den fraglichen 20 000 M. wurden der Genossenschaftskasse zugeführt:

für 1901 der ganze Betrag mit . . 20 000,— M.
„ 1902 „ „ „ „ . . 14 385,59 „
„ 1903 „ „ „ „ . . 14 750,— „
„ 1904 kann annähernd der gleiche Betrag wie für 1903 in Betracht gezogen werden.

II. Die Umlage betrug für 1 M. Forstwartgehalt 11 Pfg., kann aber für die Folge auf 10 Pfg. jährlich festgesetzt werden.

Die Gesamtgehalte der Kommunal-Forstwarte betragen zurzeit 307 115 M. 47 Pfg., die Umlage hiernach 33 782 M. 70 Pfg.

Von der Teilnahme an der Genossenschaftskasse und der Zahlung von Umlagen zu derselben sind Gemeinden befreit, welche auf ortsstatutarischem Wege eine gleiche oder nach Ansicht des Ministeriums des Innern gleichwertige Fürsorge für Ruhegehalte der Forstwarte und für deren Hinterbliebene betätigen. Zurzeit sind dies Darmstadt, Offenbach, Gießen.

Die Ausgaben für die Genossenschaftskasse werden sich für 1905 bei den Hauptrubriken mutmaßlich wie folgt gestalten:

Ruhegehalte	30 000 M.
Witwengeld	6 732 „
Waisengeld	1 000 „
Sterbequartale	2 000 „
	Sa. 39 732 M.

Die Mehreinnahme gegen die Ausgaben dient zur Ansammlung von Betriebskapital und Reservefond.

Die Höhe der Umlage ist von Anfang an so bemessen worden, daß auch nach Eintritt des Beharrungszustandes (in welchem die Gesamtausgaben, wie auf Grund der Sterblichkeitsstatistik ermittelt wurde, etwa 53 000 M. betragen würden) eine Erhöhung der Umlage nicht erforderlich werden wird. Es kann sogar, wie bereits erwähnt, mit einer Herabsetzung auf 10 Pfg. für 1 M. Forstwartgehalt gerechnet werden, da durch Vereinbarung der Regierung mit den Landständen die Strafanteile aus Forststrafen, welche seit Inkrafttreten des Gesetzes vom 17. Januar 1901 nicht mehr an die Kommunalforstwarte gezahlt werden, der Genossenschaftskasse zugewiesen worden sind.

Über die Flächen sämtlicher Gemeinde-, Körperschafts- usw. Privatwaldungen II. Klasse wird ein Kataster geführt, auf Grund dessen die Ausschläge erfolgen. Vielleicht hätte es sich empfohlen, das Gesetz auf kleine Waldungen, welche den größeren Waldkomplexen so entfernt liegen, daß sich ein Zusammenfassen nicht ermöglichen läßt, nicht auszudehnen und den Forstschutz hier an den Feldschützen zu übertragen. Im großen und ganzen sind wir indessen mit dem Erfolg des Gesetzes, welches den Kommunalforstwarten eine angemessene Aufbesserung brachte, sehr zufrieden, und die Gemeinden, denen hie und da die Gehalte anfangs zu hoch erschienen, sind jetzt auch zufrieden.

Was die Forstwartprüfung anlangt, so möchte ich noch feststellen, daß wir in Darmstadt eine Forstwartschule haben. Es wird dort jährlich eine Prüfung abgehalten. Ich habe hier einige Prüfungsprotokolle aufgelegt und bitte die Herren, welche sich für die Frage interessieren, diese Prüfungsakten anzusehen. Ich halte diese Prüfungen für nötig, weil der Forstwart an Ansehen in der Gemeinde gewinnt, wenn er eine staatliche Prüfung bestanden hat.

Zum Schluß möchte ich dem Wunsche Ausdruck geben, daß die badischen Herren Fachgenossen mit ihren Bestrebungen einen guten Erfolg, so wie wir in Hessen, haben mögen. (Allgemeiner Beifall.)

Vorsitzender: Ich gestatte mir namens des Vereins, Herrn Geh. Oberforstrat Thaler den herzlichen Dank für seine interessanten Mitteilungen wie überhaupt für das große Entgegenkommen der hessischen Forstverwaltung auszusprechen, daß sie uns ermöglichte, ihre für uns so wichtigen Erfahrungen mit dem hessischen Gesetz durch einen berufenen Interpreten kennen zu lernen.

Forstrat Wittmer: Auch ich möchte den Herren Referenten freundlichen Dank sagen für ihre klaren Ausführungen, ins-

besondere aber auch Herrn Geh. Oberforstrat Thaler aus Darmstadt danken für die eingehenden Mitteilungen über die in Hessen bei der Neuordnung der Waldhutfrage getroffenen Einrichtungen und gewonnenen Erfahrungen.

Meine Herren! Wenn ich mich Ihnen vorhin als Vertreter der badischen Forstverwaltung vorgestellt habe, so bitte ich Sie, jetzt einen Augenblick von dieser Eigenschaft abzusehen. Ich habe keinen Auftrag, zur Sache zu sprechen; ich bringe nur meine persönlichen Anschauungen zum Ausdruck.

Sie wissen, daß die Bestrebungen hinsichtlich der Neuordnung der Waldhutverhältnisse in Baden recht alte sind. Das staatliche Forstschutzpersonal hat im Laufe der zwei letzten Jahrzehnte, insbesondere durch den Erlaß des Beamtengesetzes, eine wesentlich verbesserte Stellung gegen früher erhalten. Nur im Zusammenhang mit einer allgemeinen Änderung der Gehaltsordnung könnte hier eventuell weiter Wandel geschaffen werden; das aber gerade jetzt anzustreben, ist weder zeitgemäß, noch ist es Gegenstand unserer Beratung. Ich werde mich deshalb, wie auch die Herren Referenten, auf die Verbesserung der Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Gemeindewaldhüter beschränken.

Ich selbst habe Gelegenheit gehabt, auf der Gernsbacher Versammlung im Jahre 1893 die Waldhutfrage zu behandeln, die Anschauungen, die ich dort vertrat, und die zum Teil heute wiederholt worden sind, halte ich im wesentlichen aufrecht. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß tatsächlich die Verhältnisse der Gemeindewaldhüter in Baden einer Änderung bedürftig sind.

Die wachsende Bedeutung, die insbesondere der Gemeindewald für unser Land hat und immer mehr gewinnt — der Herr Oberbürgermeister hat dies vorhin zutreffend hervorgehoben — muß uns Veranlassung geben, auch derer zu gedenken, die als Organe der Forstämter in erster Reihe berufen

sind, den Wald zu hüten und zu pflegen und die eine wesentliche und unentbehrliche Stütze der Betriebsleitung geworden sind. Im Interesse der Waldeigentümer ist eine intensive Waldwirtschaft dringend geboten; die Voraussetzung der letzteren ist aber ein gutes Unterpersonal, welches auf die Dauer nur erhalten werden kann durch Sicherstellung und genügende Bezahlung. Nicht unterlassen möchte ich aber hervorzuheben, daß auch unsere Gemeindewaldhutverhältnisse in den letzten 20 Jahren eine Verbesserung erfahren haben und daß wir heute schon eine große Zahl sehr tüchtiger Gemeindeforstschutzbeamten besitzen.

Die Verbesserung in den Gemeindewaldhutverhältnissen ist in erster Reihe der Einsicht vieler Gemeinden, zumal der Städte zu verdanken, die freiwillig die Bezahlung der Waldhüter meist angemessen erhöhten. Zur Verbesserung der Waldhutverhältnisse hat auch erheblich die seit 10 Jahren bestehende Einrichtung der Forstwartkurse beigetragen, die auch den Gemeinden offen stehen; viele große und kleine Gemeinden haben ihre Gemeindewaldhüter bisher schon dem Kurse zugeführt.

Einschaltend möchte ich hier auf eine vorhin ergangene Bemerkung erwidern, daß eine Fortentwicklung der Forstwartkurse wohl noch möglich ist; die gewünschten Wiederholungskurse stehen übrigens nicht etwa in Aussicht, sondern sind bereits ins Leben gerufen. Nicht unterlassen möchte ich aber, zu betonen, daß ich nicht daran denke, unsern Forstwarten und Gemeindewaldhütern durch die Kurse eine weitgehende forstliche Ausbildung, wie dies in einzelnen Ländern der Fall ist, zu vermitteln; die Erfahrungen, die anderorts mit einem halbgebildeten Unterpersonal gemacht wurden, sind nicht derart, daß sie nicht beachtet werden sollten. Ich bemerke, daß der Forstwartkurs acht Wochen dauert; der Unterricht legt den Schwerpunkt auf eine gründliche Ausbildung im Lesen, Schreiben und Rechnen; dann werden die Grundlagen des Wald-

und Waldwegbaues gelehrt und die Kenntnis der Dienstweisung verlangt. Wenn wir unser Gemeindeforstschutzpersonal dem Waldarbeiterstand entnehmen und darauf bedacht sind, die intelligentesten und tüchtigsten Arbeiter auszuwählen, wenn wir diese in den Forstwartkursen ausbilden, dann, glaube ich, bekommen wir — gute Bezahlung vorausgesetzt — ein Personal, mit dem der Forstamtsvorstand seine Aufgabe zu erfüllen vermag; auch werden wir in der Folge von einem halbgebildeten und unzufriedenen Personal verschont bleiben.

Es sind also, wie gesagt, schon beachtenswerte Verbesserungen der Gemeindewaldhutverhältnisse in den letzten Jahren erfolgt und ich zweifle nicht daran, daß wir in absehbarer Zeit noch einen Schritt weiter kommen. Ob dies auf dem Wege sein wird, den Hessen eingeschlagen hat, oder in jener Form geschieht, die von Herrn Forstmeister Mangler angedeutet worden ist, kann heute nicht entschieden werden. Die fortgeschrittene Gemeindeautonomie kann bei der Regelung der vorwürfigen Frage jedenfalls nicht unbeachtet bleiben, und es erscheint deshalb eine Lösung als ausgeschlossen: die Verstaatlichung der Gemeindewaldhut. Auch Hessen hat früher diesen Weg einzuschlagen versucht, aber ohne Erfolg. Wer unsere Verhältnisse in Baden kennt, wird nicht im Zweifel sein, daß auch wir auf dem Wege der Verstaatlichung zu keinem Resultate kämen.

Meine Herren! Viel gewonnen wäre schon, wenn auf der Grundlage des heutigen Gesetzes die Bestätigung eines vollbeschäftigten Gemeindewaldhüters durch die Verwaltungsbehörde nur dann erfolgen dürfte, wenn dieser den Forstwartkurs mit Erfolg besucht hat und wenn ferner die genannte Behörde befugt wäre, den Minimalgehalt für den vollbeschäftigten Waldhüter zu bestimmen. Dieser Minimalgehalt sollte etwa den Bezügen eines staatlichen Forstwarts II. Gehaltsklasse entsprechen. Es dürfte im Hinblick auf die Fortschritte, die

die Forstwirtschaft seit Erlassung des Forstgesetzes, d. i. seit dem Jahre 1833, gemacht hat, nicht unmöglich sein, auch im Rahmen des bestehenden Gesetzes die Bestätigung eines Waldhüters von einem Befähigungsnachweise zu seinem Amte abhängig zu machen; hinsichtlich der Möglichkeit einer amtlichen Festsetzung der Bezahlung des Gemeindewaldhüters besteht kein Zweifel.

Könnte eine generelle Entscheidung nach dieser Richtung getroffen werden, so wäre die sehr erwünschte Zusammenlegung vieler kleiner Hutdistrikte nicht minder, wie die im Interesse der Waldwirtschaft der Waldeigentümer gelegene Hebung des gesamten Waldhüterstandes die sichere Folge. In dieser Lösung wäre Hinterbliebenenversorgung und Ruhegehalt nicht inbegriffen, aber ein tüchtiger Schritt vorwärts könnte gemacht werden ohne das Erfordernis einer Gesetzesänderung.

Meine Herren! Soweit ich in der Sache tätig sein kann und darf, werde ich bemüht sein, die Bestrebungen, die der Verein im Interesse der Verbesserung unserer Gemeindewaldhutverhältnisse schon sehr lange verfolgt, zu einem befriedigenden Erfolg zu führen. (Lebhafter Beifall.)

Kgl. Forstmeister Lent (Sigmaringen): Meine Herren! Gestatten Sie mir, daß ich als Ihr Nachbar aus Hohenzollern auch hier zur Sache kurz das Wort nehme.

Die Gemeindeforstwartfrage ist nicht nur für Baden, sondern ebenso auch für die Hohenzollernschen Lande und unser gemeinsames Nachbarland Württemberg in gleicher Weise wichtig. Hier wie dort sind die jetzigen Verhältnisse dringend abänderungsbedürftig.

Ich hatte voriges Jahr Gelegenheit, in der Württemberger Jahresforstversammlung über diesen Gegenstand mit einem dortigen Kollegen zu sprechen. Auf meine Frage, was denn für wissenschaftliche Anforderungen bei der Anstellung eines Gemeindeforstwarts gestellt würden, gab er mir zur Antwort: „Daß sie nicht saufen."

In Hohenzollern war bis zum Jahre 1902, dem Jahre, wo wir ein neues Gesetz erlangten, hinsichtlich der Anstellung der Gemeindeforstwarte überhaupt kaum etwas vorgeschrieben. Die Gemeinden betrachteten die Forstwartstellen vielfach als Versorgung für mehr oder weniger arbeitsunfähige Ortsarme. Manche Gemeinden haben auch an die Mindestfordernden die Forstschutzdienststellen vergeben. Als ich das Forstreferat bei der Sigmaringer Regierung übernahm, kam u. a. ein Fall vor, daß eine Gemeinde einen alten Mann von 60 Jahren, der bis dahin als Schneider sein Brot verdient hatte, zum Forstwart wählte. Ich ging zu der Gemeinde, um mit ihr darüber zu verhandeln, und fragte sie, wie sie dazu komme. Ja, sagte man, „die Jungen, die sollen schaffen".

Mittlerweile haben wir das grundlegende Gemeindeforstgesetz vom 22. April 1902 bekommen. Das gibt uns die Mittel an die Hand, eine allmähliche Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Es wird von den Gemeinden verlangt, daß sie für den Schutz ihrer Waldung durch genügend befähigte Forstschutzbeamte zu sorgen haben, wobei ihnen das freie Wahlrecht zusteht. Die Bestätigung der Gewählten liegt dem Regierungspräsidenten ob. Die Waldungen der Gemeinden sollen in den Fällen, wo sie zur Anstellung eines eigenen Forstschutzbeamten zu klein sind, d. h. wo die Gemeinden nicht leistungsfähig genug sind, um das Gehalt für einen wirtschaftlich unabhängigen Forstschutzbeamten aufzubringen, zu gemeinschaftlichen Schutzbezirken zusammengelegt werden.

Freilich setzt gerade bei dieser Forderung ein erheblicher Widerstand der Gemeinden ein. Jede Gemeinde will ihren eigenen Beamten haben, eine Erfahrung, die auch bei Bildung anderer Zweckverbände (Hebammenbezirke, Fleischbeschaubezirke) vor einiger Zeit gemacht werden mußte.

Zum Glück steht jetzt aber das Gesetz den dahingehenden Bestrebungen zur Seite. In mehreren Fällen haben die Amts-

ausschüsse, die zur Sache gehört werden sollen, sich bereits für Zusammenlegungen ausgesprochen. Was unter der vom Gesetz ausdrücklich verlangten „genügenden Befähigung" eines Forstschutzanwärters zu verstehen sei, mußte erst im Verwaltungsweg festgelegt werden. Zu dem Zwecke hat der Regierungspräsident eine Prüfungsordnung erlassen. Wenn sich einer zum Forstwartdienst meldet, soll er sich nach diesen Bestimmungen einer Prüfung unterwerfen, wenn Zweifel über seine Befähigung vorliegen.

Wie späterhin die Sache geregelt werden soll, steht noch dahin. Die Heranbildung von Forstlehrlingen für den Gemeindeforstschutz ist allerdings in die Wege geleitet. Zurzeit werden sie in älteren Jahren, bis zum Alter von 28 Jahren, angenommen. Es sind Leute, die zumeist schon Beziehungen zum Walde gehabt haben.

Die Forstschutzfrage ist, wie mehrfach gesagt wurde, auch eine Magenfrage. Sie ist es bei uns in Hohenzollern auch. Wir suchen durch Dienstverträge die Stellung der Forstwarte zu sichern. Eine Pensionsberechtigung ist für sie gesetzlich nicht festgelegt. Die Gemeinden weigern sich bis jetzt, sie aus freien Stücken zu bewilligen, mit dem Hinweis darauf, daß die Bürgermeister auch nicht pensionsberechtigt seien. Solange aber der Bürgermeister es nicht ist, wird es der Forstwart nicht leicht werden. Wohl aber hat in fast allen Fällen erreicht werden können, daß die Forstwarte ausschließlich auf Kosten der Gemeinden bei gemeinschaftlichen Forstschutzbezirken in der höchsten Klasse der Altersversicherung versichert werden.

Lebenslängliche Anstellung ist im Gesetz nicht vorgesehen; aber in die Verträge wird die Klausel aufgenommen, daß die Gemeinden nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten kündigen dürfen. Damit sind die Forstwarte zufrieden; denn sie können darauf rechnen, daß sie wahrscheinlich auf Lebenszeit im Dienst bleiben, wenn nicht besondere, in ihrer eigenen Person liegende Verhältnisse eintreten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ich wollte diese Dinge nur anführen, weil ich glaubte, daß Sie einiges davon bei Ihren gleichen Bestrebungen interessieren möchte. (Bravo!)

Oberkirchenrat Ganz (Karlsruhe): Erlauben Sie mir, meine Herren, Ihnen meinen und der Oberkirchenbehörde besten Dank dafür auszusprechen, daß Sie mir die Möglichkeit gegeben haben, Ihren Verhandlungen beizuwohnen.

Die vorliegende Frage hat mich sehr interessiert, und zwar, wenn ich auch nicht Forstaufsichtsbeamter bin, so doch als Vertreter einer Verwaltungsbehörde, der ein namhafter Waldbesitz untersteht. Da muß ich nun sagen, daß ich es von jeher als ein Mißverhältnis empfunden habe, daß wir unsere Waldhüter wohl bezahlen können, daß wir aber sehr übel daran sind, wenn es sich um die Frage handelt, was soll und kann für die Sicherung ihrer Alters- und Hinterbliebenenversorgung geschehen.

Ich habe immer auf die Notwendigkeit hingewiesen, diese Versorgung unseres Waldhutpersonals möglichst tatsächlich so zu gestalten, wie sie das Domänenärar unter gleichen Verhältnissen hat. Aber das läßt sich bei den beschränkten Mitteln, mit denen auch wir zu rechnen haben, schwer durchführen. Je länger je mehr wird es unser Bestreben sein, unser Personal nicht bloß in der aktiven Zeit, sondern auch in der Ruhezeit und bezüglich der Hinterbliebenen, soweit möglich, besser und sicherer zu stellen.

In diesem Sinne habe ich mit großem Interesse Ihre Verhandlungen verfolgt und kann nur hinzufügen, daß es mir eine Genugtuung wäre, wenn Ihre Bestrebungen in dieser Frage von Erfolg begleitet wären. (Bravo!)

Vorsitzender: Wir dürfen es als ein günstiges Zeichen begrüßen, daß der Vertreter eines unserer größten Körperschafts-Waldeigentümer, des evangelischen Kirchenärars, ein so großes und wohlwollendes Interesse an dieser Frage betätigt.

Oberförster Krautinger (Säckingen): Meine Herren! Wenn wir die vorliegende Frage jetzt wieder aufgegriffen und

zur Beratung gestellt haben, so geschah dies aus dem Grunde, weil die ganze forstliche Welt des Landes den Druck stärker und stärker empfindet, daß wir uns bezüglich des Forstunterpersonales in einer Zwangslage befinden, aus der wir endlich einen Ausweg finden müssen.

Der Hauptträger der Verantwortung für die Waldzustände ist stets der Oberförster, und der kann diese Verantwortung nur dann tragen, wenn die Glieder des Betriebes, die seine Aufträge zu vollziehen haben, eine genügende, ihren Aufgaben entsprechende Ausbildung erhalten haben. Dies ist größtenteils in unserem Lande nicht der Fall, und es muß eine Änderung hierin baldigst erstrebt werden, wenn nicht große Unzuträglichkeiten entstehen sollen.

Nach den heutigen Vorträgen sowohl, wie nach den früheren Verhandlungen unseres Vereins über diese Sache, sind alle einschlägigen Verhältnisse völlig genügend erörtert und aufgeklärt worden, und ich glaube darum, daß es nun an der Zeit ist, daß die akademischen Erörterungen zu Ende geführt werden und praktisch vorgegangen wird, und zwar in der Art, daß von seiten der oberen Forstbehörde Vorträge an die beteiligten Ministerien erstattet werden, damit diese Frage in Fluß kommt und die schwere Last, die es den Oberförstern fast nicht mehr möglich macht, die Verantwortung für den guten Zustand der anvertrauten Waldungen weiter zu übernehmen, endlich einmal beseitigt oder doch wesentlich erleichtert wird. (Zustimmung.)

Vorsitzender: Gestatten Sie Ihrem Vorsitzenden nach bisheriger Übung die Hauptgesichtspunkte und Ergebnisse unserer Beratung zusammenzufassen.

Bis in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts bewegte sich der Forstbetrieb in den einfachsten Verhältnissen. Die Wirtschaft bestand in der Hauptsache aus der mit reichlich vorhandenen, billigen Kräften betriebenen Holzernte, die in

einfachster Weise vollzogen und verwertet wurde. Der Betriebsleiter, der Oberförster, war in der Lage, die mehr oder minder extensiv betriebene Wirtschaft bis in alle Einzelheiten, soweit nötig, zu leiten und den Vollzug zu überwachen.

Der ihm beigegebene Waldhüter war ein wirtschaftlich noch sehr unbedeutender Faktor und sein Amt wurde in der Regel, wie das des Polizeidieners und Totengräbers, als eine Versorgung für die Ärmsten der Armen in der Gemeinde angesehen. Der „arme, aber ehrliche Waldhüter" mit einer gewissen Neigung für geistige Getränke ist eine charakteristische Figur der deutschen Volkssage.

Wie die Landwirtschaft, hat aber auch die Waldwirtschaft inzwischen ganz gewaltige Fortschritte gemacht.

Das Wirtschaftserzeugnis hat an Masse und Wert erheblich zugenommen, die Anforderungen an dessen genaue Zurichtung und Sortierung nach Gebrauchszwecken sind viel komplizierter geworden.

Dazu hat sich ein intensiver Kulturbetrieb, Wegbau und eine eingehende Waldpflege gereiht. Die Arbeiterverhältnisse sind erheblich schwieriger, die Löhne höher geworden und dazu ist noch die Wolke von sozialpolitischen Gesetzen gekommen. Und heute stellen die Gemeinde- und Körperschaftswaldungen und der hier in Betracht kommende Teil der Privatwaldungen in Baden nach der neuen Steuereinschätzung ein Kapital von etwa 400 Millionen Mark mit einem jährlichen Reinertrag von 9—10 Millionen Mark dar.

Die Aufgaben des Oberförsters in diesen Waldungen haben sich so wesentlich verschoben und ausgedehnt, daß er zu deren richtigen Bewältigung eines unbedingt zuverlässigen, tüchtigen und sachverständigen Unterpersonals bedarf und so auch der Waldeigentümer zur Besorgung der ihm zufallenden Verwaltungsangelegenheiten. Zu dieser Stellung eines Wirtschaftsunterbeamten, die in ganz besonderem Maß eine Ver-

trauensstellung wurde, ist nun der frühere einfache, bedeutungslose Waldhüter eben notgedrungen und folgerichtig hineingewachsen. Man kann dazu nur noch durchaus zuverlässige, intelligente und mit Elementarkenntnissen wohl ausgestattete Personen brauchen.

Die materielle Ausstattung der Waldhüterstellen hat aber in den meisten Fällen mit diesen erhöhten Anforderungen weitaus nicht gleichen Schritt gehalten, und heute noch stehen die Dienstbezüge wohl der meisten Waldhüter unter dem Lohn eines tüchtigen Waldarbeiters, der nichts zur Verfügung zu stellen hat als seine Arbeitskraft, und dem sonst keinerlei Pflicht und Verantwortung obliegt. Auch für die Zeit des Alters und der Arbeitsunfähigkeit genießt ersterer in keiner Weise irgend eine Bevorzugung vor dem Arbeiter, ja in den Städten mit Städteordnung und Arbeiterpension wird er sogar hinter den Arbeiter grundsätzlich zurückgestellt.

Hier ist ein grelles Mißverhältnis zwischen geforderter Arbeitsleistung und Entlohnung, dessen Beseitigung sowohl im Interesse des Waldeigentümers wie der Forstverwaltung und auch aus allgemeinen sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Erwägungen gefordert werden muß.

Daß diese Ausgleichung ausschließlich durch freiwillige Entschließungen der Waldeigentümer herbeigeführt werden könnte, erscheint bei der vielfach noch sehr mangelnden Einsicht und den schwierigen, oft von persönlichen Interessen beeinflußten Verhältnissen in den Gemeinden im allgemeinen ausgeschlossen. Ohne entsprechende Bezahlung kann aber auf die Dauer auch kein gutes Personal erhalten werden, ohne gutes Personal aber auch keine gute Verwaltung und Bewirtschaftung.

Daß die zwischen geforderter Leistung und bewilligter Gegenleistung bestehende Unbilligkeit auch im Kreise der Waldhüter selbst lebhaft empfunden wird, beweist die im vorigen

Jahr geplante, infolge widriger Umstände aber nicht zur Ausführung gekommene Eingabe einer größeren Anzahl von Waldhütern aus dem Odenwald an die Landstände wegen Verbesserung ihrer Lage und die neuerdings in Donaueschingen erfolgte Gründung des Vereins der Jagd- und Forstbediensteten in Baden, der wohl das gleiche Ziel im Auge haben dürfte. Und die politische Klugheit gebietet, daß man an die Beseitigung derartiger, offen zu Tag liegender Mißstände herantritt, ehe der notleidende Berufstand sich auf den Weg gemeinsamer Agitation zur Erkämpfung seiner berechtigten Forderungen gedrängt sieht.

Der Staat hat die Waldungen gesetzlich in Beförsterung und damit auch die Verantwortung für einen guten forstlichen Betrieb übernommen. Er wird also auch dafür sorgen müssen, daß das zu dieser Beförsterung erforderliche Personal — und dazu gehört der tüchtige Waldhüter in erster Linie — durch angemessene Bezahlung und Versorgung erhalten und neu herangezogen wird.

Daß man dies auf dem Wege der Gesetzgebung kann, hat unser Nachbarland Hessen bewiesen, und daß das dortige Gesetz im allgemeinen zur Zufriedenheit wirkt, haben wir heute aus berufenem Munde gehört.

Die Verhältnisse in Baden und Hessen in forstlicher Beziehung sind, auch was die Verteilung des Waldbesitzes anlangt, im wesentlichen gleich; es ist also anzunehmen, daß auch bei uns eine gesetzliche Regelung auf ähnlicher Grundlage durchzuführen wäre, wobei man ja nach den hessischen Erfahrungen einige Schwerfälligkeiten des dortigen Gesetzes vermeiden könnte. Und für Baden kann es keine Bedenken haben, auch einmal etwas nach dem Vorbild eines anderen Staates durchzuführen; denn nur durch Heranziehung und Ausbauung zweckmäßiger Einrichtungen der Nachbarstaaten in Anpassung an unsere Verhältnisse können wir unsere Einrichtungen auf solcher Höhe halten, daß unser Land als

Musterstaat anerkannt bleibt und nach allen Seiten wieder anregend wirkt.

Wir, der badische Forstverein, können keinen vollen Gesetzesentwurf ausarbeiten; das kann nicht unsere Aufgabe sein. Wir können nur die Sachlage feststellen, auf die zu Tage getretenen Bedürfnisse hinweisen und schließlich den Weg zeigen, den wir zur Förderung der von uns vertretenen Interessen für gangbar halten, und das Ergebnis unserer Beratung dann den maßgebenden Behörden und der Öffentlichkeit unterbreiten und diese für unsere Ziele zu gewinnen suchen. Diesen Standpunkt scheint uns auch die von den Herren Berichterstattern vorgeschlagene Entschließung, wie sie auf der zweiten Seite der Beilage des Landesausschußberichtes enthalten ist, einzunehmen. Sie ist so allgemein gehalten, daß wir sie annehmen können. Sie lautet:

„Der Forstverein erachtet es für nötig, daß die Dienst-
„bezüge der Personen, welche die Waldhut
„in den Gemeinde- und Körperschaftswaldungen,
„in den mit diesen gemeinsam gehüteten Domänenwaldungen
„und in den Privatwaldungen, soweit sie nicht den Stan-
„des- und Grundherren und den diesen gleichgestellten,
„größeren Privatwaldbesitzern gehören,
„besorgen,
„gesetzlich geregelt werden."

„Der Forstverein hält es ferner für nötig, daß über
„die Ausbildung der unter staatlicher Autorität anzustellenden
„Forstwarte eine neue Verordnung erlassen wird."

Hier ist nur die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung betont. Darüber, wie diese stattfinden soll, enthalten wir uns jeder Äußerung und jeden Wunsches.

Das ist Sache der Regierung, die die Angelegenheit von ihrem höheren Gesichtspunkte aus im Zusammenhang mit dem gesamten Staatsleben übersieht und darnach regeln muß.

Es wird sich nun fragen, was mit dieser Resolution, falls sie angenommen wird, zu geschehen hat.

Sollen wir uns, wie früher, damit bescheiden, daß wir sie in unserem Vereinsheft niederlegen und mit diesem verschicken?

Nach unsern bisherigen Erfahrungen sind solche Resolutionen mehr oder minder dem Papierkorb verfallen.

Wollen wir diese Resolution den gleichen Weg wandern lassen oder wollen wir sie den beteiligten höchsten Staatsbehörden in besonderer Vorlage zur amtlichen Kenntnis bringen und das Weitere dann deren Erwägungen überlassen?

Zunächst frage ich also: Soll eine Resolution überhaupt gefaßt werden?

Oberförster Eberbach (Bonndorf): Meine Herren! Ich bin selbstverständlich der Ansicht, daß man die Sache nicht im Sand verlaufen läßt, daß man die Resolution der Regierung zur Kenntnis bringt, und wenn es möglich ist, das Material, welches heute als Grundlage für die Verhandlungen vorgebracht wurde, der Resolution anschließt. Ich stelle also den Antrag, daß wir diese Resolution fassen und in geeigneter Weise den in Betracht kommenden Staatsstellen zusenden. (Zustimmung.)

Oberförster Krautinger: Ich möchte beantragen, daß man nicht nur der Großh. Regierung, sondern auch den beiden Ständekammern das vorliegende Material übergibt und ferner, daß der Druckbericht über die heutigen Verhandlungen auch den größeren waldbesitzenden Gemeinden und Körperschaften zugesandt wird, damit die Interessenten genau erfahren, was die badischen Forstbeamten über diese Frage denken und was schon hierwegen in andern Ländern getan worden ist. Denn das allgemeine Interesse über diese Sache muß im Lande erweckt werden, und dann ist auch zu hoffen, daß unsere Bestrebungen Erfolg haben werden. (Zustimmung.)

Vorsitzender: Man könnte in die Resolution noch einfügen: „unter Wahrung des Selbstverwaltungsrechtes der Wald-

eigentümer"; das muß hinzugesetzt werden, damit man nicht glauben kann, man wolle bei diesem Anlaß den politischen Standpunkt der Staatsomnipotenz verfechten. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich, sich zu erheben. (Einstimmig angenommen.)

Es wird eben darauf aufmerksam gemacht, daß das Wort „gehütet" die Sache nicht ganz richtig bezeichnet. Die redaktionelle Änderung des Wortes „gehütet" soll vorbehalten bleiben.

Jetzt ist der Antrag Krautinger zu erledigen, wie wir die Resolution weiter behandeln sollen. Ich würde vorschlagen:

Der Vorsitzende wird beauftragt, der Großh. Regierung diese Entschlüsse unter Anschließung des Vereinsheftes und des gesamten Materials zu unterbreiten und das Heft sonstigen, im öffentlichen Leben stehenden, einflußreichen Persönlichkeiten zuzusenden. Man kann ferner einen Sonderabdruck unserer Verhandlungen in weiteren Kreisen verbreiten. So, glaube ich, können von seiten des Vereins alle Schritte zur Förderung der von uns vertretenen Interessen getan werden, ohne daß man eine Eingabe an die Landstände macht. Ich glaube, man sollte auf diese Weise die öffentliche Meinung gewinnen. (Angenommen.)

Ich behalte mir vor, Ihnen die endgültige Fassung der Resolution am Schluß der Sitzung zur Abstimmung zu unterbreiten. (Siehe S. 88 des Berichtes.)

Nach einer Pause von fünf Minuten beginnen die Verhandlungen wieder mit Punkt 8 der Tagesordnung.

VIII. Mitteilungen über bemerkenswerte Wahrnehmungen und Erfahrungen im forstlichen Betrieb, insbesondere auch Besprechung der bei der Begehung besichtigten Waldbilder.

Vorsitzender: Herr Forstmeister Könige war so freundlich, ein kurzes Referat zu übernehmen über die wirtschaftlichen Verhältnisse im hiesigen Bezirk, wie wir sie gestern gesehen haben und heute mittag nochmals sehen werden.

Forstmeister Könige (Lahr):

„Die Behandlung der Eiche im Hochwaldbetrieb und deren Verhalten in Bezug auf die Erziehung zu Starkholz im Überhalt (als Waldrechter) im Forstbezirk Lahr".

Ob die Erhaltung der Eiche bis zu deren Erstarkung zu den wertvolleren Nutzholzsortimenten I., II., III. Klasse im Interesse der Waldeigentümer liegt, ist zunächst eine Finanzfrage, während das volkswirtschaftliche Interesse, welches zu vertreten in erster Reihe der Staat berufen ist, verlangt, daß die für die Industrie notwendigen Sortimente im Lande erzogen werden, wo es möglich ist. Die Entscheidung dieser Frage ist heute nicht meine Aufgabe, sie ist jedoch so mit der Erziehung der Eiche zu Starkholz verknüpft, daß die Hauptfaktoren, welche mit entscheidend sind, bis zu welchem Alter ein Überhalt stattfinden muß, kurz besprochen werden sollen.

Die Standortsverhältnisse des Forstbezirks Lahr in Bezug auf das Gedeihen der Eiche in den besten Lagen und das derzeitige Auftreten derselben lassen einen günstigen Erfolg mit Sicherheit erwarten. Nach den Vorschriften bei der ersten Einrichtung der Waldungen und deren Wiederholung in den Jahren 1839—1856 wurde grundsätzlich nur auf Brennholz gewirtschaftet; die Eiche sollte nicht besonders berücksichtigt, doch untergeordnet belassen und als Brennholz genutzt werden unter besonderer Hinweisung, daß in der Industriestadt Lahr der Bedarf an Brennholz ein großer sei. Als Nutzholz sollte nur die Tanne in verlängertem Umtrieb bis zu 120 Jahr in Betracht kommen. Die allgemeine Umtriebszeit war zu 90—100 Jahr angenommen. Im Jahr 1856 wurde erstmals ausgesprochen, daß gesunde 100jährige Eichen übergehalten und, wenn nötig, aufgeastet werden sollen. Der erste Überhalt datiert somit aus dieser Zeit, also seit etwa 50 Jahren, und die zurzeit vorhandenen ältesten Waldrechter entsprechen auch

(z. B. auch im Domänenwald „Sulzberg" Abteilung 17 u. 18) diesem Alter von 150 Jahren. Die Preise für Eichennutzholz betrugen in den Jahren 1830—1860 durchschnittlich 15 M. pro Festmeter (Buchenbrennholz 7—10 M. pro Festmeter bzw. 5—8 M. 1 Ster; Eichenbrennholz 4—7 M. pro Festmeter bzw. 3—5 M. 1 Ster). Von da an stiegen dieselben in dem Jahrzehnt 1860—1870 auf 30 M., 1870—1890 auf 32 M., 1890—1900 auf 45 M. und betragen heute in I. Klasse 67 M., II. Klasse 47 M., III. Klasse 35 M., durchschnittlich rund 50 M., während die IV. Klasse 25—30 M. erzielt.

Das anhaltende Steigen dieser immer mehr begehrten Starkholzsortimente, während die schwachen nur beschränkten Absatz fanden, oft gar nicht absetzbar waren, wies immer mehr auf verlängerten Überhalt der zahlreich in Mischung mit der Buche, seltener Tanne, vorhandenen 100jährigen, nur das Sortiment IV. Klasse bildenden, wenig begehrten Eichen hin. Im Jahr 1869 wurde dann bei Aufstellung der Statistik der Grundsatz ausgesprochen, gesunde Eichen an Wegen einzeln oder in Gruppen in verlängertem oder doppeltem Umtrieb als Waldrechter überzuhalten und dieselben bei den letzten Durchforstungen durch Freihauen auf den Freistand vorzubereiten.

Es sei hier als nicht uninteressant erwähnt, daß zur gleichen Zeit, im Jahre 1868, der Gemeinderat von Lahr beantragte, einen beträchtlichen Teil des Stadtwaldes, wo Eichen vorkamen, in Eichenschälwald umzuwandeln. Der Vertreter der Stadt Lahr sprach 10 Jahre später bei der Forstversammlung in Lahr im Jahre 1877 nochmals diesen Wunsch öffentlich aus, dessen Erfüllung früher nur daran gescheitert war, daß der damalige Bezirksforsteivorstand diesen Antrag, welcher von zwei jungen, vom Gemeinderat aufgestellten forsttechnischen Gutachtern befürwortet war, entschieden und mit Unterstützung des Referenten, Herrn Forstrat Wagner, entgegen getreten war und zum Glück der Gegenwart obgesiegt hatte. Die damalige

Erwiderung des Herrn Forstrats Wagner ist auch heute noch mit Vergnügen zu lesen auf S. 55 der gedruckten Verhandlung der Forstversammlung in Lahr im Jahr 1877, und sie trifft das Richtige, wenn sie ausspricht, daß wir die Aufgabe haben, die Eichenhochwaldungen im Lande zu erhalten, wo es möglich ist, und daß der Forstbezirk Lahr mit die schönsten Eichen im Lande zu erziehen geeignet sei.

Seit dem Jahr 1870 wurden dann immer mehr 100-jährige Eichen in den Verjüngungsschlägen zum Zweck des längeren Überhaltens belassen, welche sich, weil noch nicht auf den Freistand vorbereitet, je nach dem Grad der Freistellung bald mit Klebästen überzogen, während nach etwa fünf Jahren die Bekronung licht und gelblich, die Wipfel und die Seitenäste von oben bzw. von den Spitzen nach einwärts dürr wurden. Dies Übel nahm von Jahr zu Jahr zu, so daß ein vollständiges Absterben zu befürchten war.

Um diesem zu begegnen, wurden die Klebäste alle drei Jahre mit der Säge abgenommen bis auf etwa 2—3 m unterhalb des alten Kronenansatzes (der ersten Vergabelung) in der Hoffnung, daß durch die belassenen Klebäste eine neue sog. künstliche Krone sich bilden und der Nutzholzstamm, welcher bei Belassung sämtlicher Klebäste als solcher sich minderwertig auswächst, erhalten werde. Diese Hoffnung ist aber nur zum geringeren Teil in Erfüllung gegangen; das entstandene Waldbild war einem Leichenfeld ähnlich — Hirschhörner, wo man hinsah. Dazu kamen noch infolge des harten Winters 1879/1880 (20° C.) eine große Zahl Frostrisse vor, bei etwa 10% der Überhälter. Da der Unterstand von Buchen und Tannen bereits eine Höhe von 2—10 m erreicht hatte, war der Aushieb dieser Waldrechter nur teilweise noch ohne zu großen Schaden möglich.

Eine Aufnahme dieser Überhälter im Jahre 1892 ergab eine Masse von 10000 Fstm., von welchen etwa 10% frost-

rissig und 15% sonst als abgängig angesprochen wurden. Der Aushieb dieser wurde angeordnet und, um einen Käufer zu finden, haben sich die Gemeinden mit dem Ärar zu einer gemeinsamen Submissionsabgabe auf dem Stock vereinigt. Das Forstamt besorgte den Verkauf durch Ausschreiben von 600 Fstm. als erste Rate; das Höchstangebot machte die bekannte Firma Himmelsbach mit 31 M. für III. Klasse, 25 M. für IV. Klasse; sie verarbeitete sämtliches Holz zu Schwellen an Ort und Stelle im Walde. Diese Abgabe wurde in den folgenden Jahren 1892—1894 als Handabgabe an dieselbe Firma fortgesetzt, nach welcher Zeit die abgängigen Eichen ausgehauen waren mit einem Ergebnis von beiläufig 2000 Fstm.

Nur eine am meisten beteiligte Gemeinde vertrat damals die Ansicht, daß sie diese Überhälter nicht für abgängig halte, und versagte zu deren Aushieb ihre Zustimmung. Auch sie kam aber einige Jahre später zur Einsicht und verkaufte ebenfalls aus der Hand noch bis zum Jahr 1903, im ganzen für etwa 17 000 M., zu Schwellenholz, nachdem das Ärar und die übrigen Gemeinden bereits vom Jahre 1894 an im Versteigerungswege bessere Preise erzielten.

Hier dürfte vielleicht zu erwähnen sein, daß der Herr Abgeordnete für Lahr-Land im Landtag 1904 den Wunsch aussprach, man möge den Gemeinden in der Behandlung bzw. Nutzung der Gemeindewaldungen mehr Freiheit lassen und die Aufsichtsbehörde solle nur dann einschreiten, wenn tatsächlich Mißgriffe gemacht würden. Der Herr Abgeordnete bedachte wohl nicht, daß Mißgriffe in der Waldwirtschaft nicht wie in der Landwirtschaft in einigen Jahren wieder verbessert werden können, sondern daß Jahrzehnte, oft ein halbes Jahrhundert dazu erforderlich sind.

Bei dem Aushieb der notorisch nicht länger haltbaren Waldrechter zeigte sich, daß alle mit Frostrissen behafteten Stämme, auch wenn der Riß überwachsen war, in diesem

Teil zu Nutzholz unbrauchbar sind, zum Teil nur noch zu Schwellen verwendet werden können, daß solche Risse bei jeder strengeren Kälte immer wieder weiterreißen. Nach so vollzogener Sichtung blieben immer noch etwa 8000 Fstm. Waldrechter übrig, welche ohne größeren Schaden am Unterholz nicht mehr genutzt werden konnten, auch nicht sollten, weil man deren weitere Erhaltung und Erstarkung für möglich hielt.

Über deren Zuwachsverhältnisse und weiteres Verhalten wurden nun seit dem Jahre 1888 eingehende Untersuchungen vorgenommen und bis zur Stunde fortgesetzt durch periodische Messung nach je fünf Jahren und zwar meinerseits durch Messung an ausgesuchten, numerierten Einzelstämmen und auf Ersuchen von Oberforstrat Schuberg durch die forstliche Versuchsanstalt an der technischen Hochschule in Karlsruhe durch Anlage von ständigen Versuchsflächen. Zugleich wurden auch Versuchsflächen angelegt zu Ermittlungen über das Verhalten der Eiche im Stangenholzalter in Mischung mit Buche und Tanne.

So habe ich im Oktober 1891 44 Stück durchschnittlich 100jährige Waldrechter, wovon 29 Stück bereits mit 3—4 m hohem Jungwuchs von Buchen und Tannen unterstanden und 15 Stück erst ein Jahr zuvor mit 4jährigen Tannen unterpflanzt waren, ausgesucht, numeriert, beschrieben und bei 1,3 m gemessen. 16 Stück von diesen wurden „abgeworfen“ (in der Krone gekürzt) je neben einem möglichst gleich beschaffenen Vergleichsstamm, der unberührt blieb. Die damals bis auf einige Zugäste in der Krone ganz abgeworfenen 16 Stämme trieben im Frühjahr 1892 alle gut aus, wurden aber im Jahre 1894 infolge des trockenen Jahres 1893 zu 60 % dürr, während von den nicht abgeworfenen nur 2 % abstanden. Von den 15 Stück, welche erst 1892 unterbaut wurden, also noch keine Wurzeldeckung hatten, sind allein 8 Stück dürr geworden. Da aber in den folgenden Jahren

die erhaltenen abgeworfenen Stämme lebhaft weiter trieben und gegenüber den andern dunklere und vollere Belaubung zeigten, so ermunterte dies zur Fortsetzung des Abwerfens weiterer im Abgang scheinender Exemplare, so daß diese Maßregel von da an zur jährlichen Vorschrift wurde und heute von den 10000 vorhandenen Waldrechtern beiläufig 12 % = 1200 Stück abgeworfen sind, welche sich vor allen andern vorteilhaft auszeichnen.

Die Messungen an den heute noch übrigen Versuchsbäumen, — 10 abgeworfen und 13 nicht abgeworfen — jetzt 110jährigen Eichen in den Jahren 1891, 1896, 1901 und 1904 ergeben einen Jahreszuwachs an den nicht abgeworfenen von 1,1 %, während die abgeworfenen nach den ersten fünf Jahren keinen Zuwachs nachweisen, es bis jetzt aber auf durchschnittlich ½ % gebracht haben. Und das Gesamtbild läßt wohl den Schluß zu, daß die abgeworfenen Stämme sich weiter gut entwickeln und in dem Abwerfen ein Mittel gefunden ist, den Nutzstamm noch bis zur Erreichung eines wertvollen Starkholzsortimentes zu erhalten, und daß derselbe nach Ausbildung der neuen Krone über 1 % Zuwachs erreicht. Das Abwerfen selbst geschieht mit der Säge durch Kürzen der Wipfel und astdürren Kronenteile. Die Klebäste am Stammteil werden je nach dem mehr oder weniger starken Kürzen der Krone auf 2—3 m belassen, die übrigen Klebäste werden alle drei Jahre mit der Säge in den Wintermonaten entfernt. Die Stummeln der gekürzten Äste zeigen bis jetzt, nach 14 Jahren, keine Fäulnis, sondern sind knochenhart und weiß, zur Hälfte überwachsen. Die neuen Triebe an diesen, etwa 20 cm unter dem Abschnitt beginnend, haben eine Länge von 2—3 m.

Ein solcher 100jähriger Überhälter hat eine Länge von 24 m und bei 1,3 m Höhe einen Durchmesser von 39 cm mit und 36 cm ohne Rinde.

Die Länge des Nutzschaftes ist 12 m, das Verhältnis

zwischen Schaft und Krone wie 1 : 0,5, der Gesamtinhalt des Baumes 1,70 Fstm., davon sind

Nutzstammholz . . .	66 %	(davon 11 % Rinde)
Scheitholz	14 %	
Prügel	9 %	
Reis	11 %	

deren Wert wird veranschlagt:

1,00 Fstm.	IV. Klasse Nutzholz	à 30 M.	=	30 M.
0,24 „	Scheitholz	à 13 „	=	3 „
0,15 „	Prügel	à 12 „	=	2 „
0,19 „	Reis	à 5 „	=	1 „
0,12 „	wertlose Rinde			—
		zusammen		36 M.

Bei 1 % Zuwachs wird der Nutzholzteil nach 50 Jahren 1,5 Fstm. Inhalt haben bei einem mittleren Durchmesser von etwa 47 cm, somit ein Stammsortiment III. Klasse mit einem Wert von mindestens 45 M. pro Festmeter ergeben. Der Nutzbaumteil erhält somit bis dorthin einen Wert von $1{,}5 \times 45 = 67{,}5$ M., und der ganze Stamm mit 80 % Nutz- u. 20 % Brennholz einen solchen von 80 M. Der Wertzuwachs in 50 Jahren beträgt hiernach 80 — 36 = 44 M. oder pro Jahr ca. 90 Pfg. = einem Zinsfuß von $2^1/_2$ %.

Daß diese Rechnung richtig ist, beweisen die stattgehabten Nutzungen und die Messungen an den vorhandenen 150jährigen Eichen, welche öfters noch in die zweite Sortimentsklasse mit 50 cm Durchmesser fallen. Hält der Waldrechter aber bis zu 180 Jahren aus, wo er erste Sortimentsklasse Nutzholz mit einem Wert von 60 M. pro Festmeter liefert, so berechnet sich der Wert eines solchen Baumes bei nur 1 % Zuwachs auf 144 M., was gleichbedeutend wäre mit einem jährlichen Wertzuwachs von 1 M. 35 Pfg., das ist bei einem Baum, der jetzt zu 36 M. gewertet ist = 4 %. Ein frühzeitig zum

Freistand erzogener Überhälter weist aber einen Zuwachs von 1,5 % nach; die Preissteigerung für I. Klasse Eichenstarkholzsortiment, das zurzeit schon mit bis 91 M. bezahlt wird, dürfte aber sicher bis zur seinerzeitigen Nutzung auf über 60 M. pro Festmeter zu veranschlagen sein. Dann würde sich obige Rechnung noch um 50 bis 100 % günstiger für den Waldbesitzer stellen.

Die zurzeit vorhandenen 10000 Eichenwaldrechter von 100—150 Jahren haben somit heute einen Wert von mindestens 400000 M. und nach 50 Jahren von 800000 M., wobei das Domänenärar mit ca. 900 Stück im Wert von 36000 M. bzw. 72000 M., die Stadt Lahr gleichwie die Gemeinde Friesenheim mit je 2500 Stück im Wert von 100000 M. bzw. 200000 M., die Gemeinden Oberschopfheim und Sulz mit je 1200 Stück im Wert von 48000 M. bzw. 96000 M. beteiligt sind. Nach 30 weiteren Jahren aber, also nach 80 Jahren, wären diese 10000 Waldrechter mit einem Wert von 144 M. per Stück, im ganzen also mit einem Wert von 1½ Millionen, zu verzeichnen. Das sind sehr beachtenswerte Summen, welche den Waldbesitzern als Reserven anwachsen. Bei dem heutigen Stand der Eichenstarkholzpreise, und in Berücksichtigung, daß die Einfuhr aus dem Ausland eher ab- als zunehmen wird, der Bedarf bzw. Verbrauch an Eichenstarkholz sich aber noch steigern dürfte, bieten sich dem Waldbesitzer, der diese Sortimente liefern kann, die glänzendsten Aussichten für jetzt und in Zukunft. Ich will noch erwähnen, daß ich im Jahre 1885 im Domänenwald „Mührig“ (Forstbezirk Renchen) 180jährige Eichennutzholzstämme mit durchschnittlich 5 Fstm. für 50 M. pro Festmeter versteigerte. Das gleiche Sortiment notiert heute dort pro Festmeter 91 M., während Stämme mit 2—3 Fstm. Inhalt allerorts Preise von 60—70 M. pro Festmeter verzeichnen. Für 300jährige Spessarteichen, die besonders gesucht sind, werden 100—110 M. und mehr pro Festmeter bezahlt.

Soviel über den finanziellen Teil und die geschichtliche Entwicklung des jetzigen Bestandsbildes.

Die Ergebnisse der von der forstlichen Versuchsanstalt angestellten Untersuchungen sind bis heute folgende:

Diese Anstalt hat nach drei Richtungen Versuchsflächen angelegt:

1. Zum Zweck der Erforschung des Wuchses und des Verhaltens der Eichenüberhälter, welche schon über 20 Jahre im Freistand stehen, dicht unterwachsen sind mit aus natürlicher Verjüngung entstandenem 4 m hohem Jungwuchs von Tannen und Buchen.

   A. In dem Stadtwald von Lahr zwei Flächen von je 0,5 ha, 400 m über dem Meere, Überhälter: 88 Jahre alt, vielfach gipfeldürr, Höhe: 24 m, Durchmesser bei 1,30 m: 35 cm, Stammzahl: 121 pro Hektar, Grundflächensumme: 11,5 qm pro Hektar. Zuwachs an den Überhältern 1888—1894: 2,3 %, 1894—1901: 1,5 %. Unterstand Buchen und Tannen.

   B. In den Gemeindewaldungen Friesenheim und Oberweier vier Flächen, je 0,25 ha, 260 m über dem Meere. Überhälter: 74 Jahre alt, noch nicht gipfeldürr, aber schlecht bekront, weil noch zu dicht stehend, und mit 15—35jährigem Tannenanflug dicht unterstanden. Höhe: 22 m, Durchmesser: 25 cm. Stammzahl: 216 pro Hektar, Grundflächensumme: 11,9 qm pro Hektar. Zuwachs an den Überhältern 1889—1894: 7,4 Fstm. pro Hektar oder 5,4 % der Masse, 1894—1900: 5,9 Fstm. pro Hektar oder 3,4 % der Masse, durchschnittlich in zehn Jahren: 6,6 Fstm. pro Hektar oder 4,4 % der Masse.

2. Zur Erforschung des Wuchses und des Verhaltens der Eiche im Mischbestand nach Freihieb aus dem Vollen in älteren Beständen:

Zwei Flächen im Domänenwald „Burghard", Abt. 4, je 0,5 ha, 300 m über dem Meere. Alter 86 Jahre. Bestand: 50 % Eichen und 50 % Buchen, geschlossen. Stammzahl: Eichen 208 mit 186 Fstm. pro Hektar, Buchen 250 mit 218 Fstm. pro Hektar, zusammen 728 Stämme mit 404 Fstm. pro Hektar; davon wurden 1889 ausgehauen 62 Eichen mit 36 Fstm., 382 Buchen mit 133 Fstm., zusammen 444 Stämme mit 169 Fstm., somit 41,8 % der Masse. Dem gelichteten Bestand verblieben 146 Eichen mit 150 Fstm., 138 Buchen mit 85 Fstm., zusammen 284 Stämme mit 235 Fstm. Der Zuwachs in den sechs Jahren 1889—1895 beträgt 12,5 Fstm. pro Hektar oder 5,2 % der Masse; der Zuwachs von 1895 bis 1901 10,3 Fstm. pro Hektar oder 3,3 % der Masse. Der Durchschnittszuwachs berechnet sich bei dem heutigen Alter von 98 Jahren auf 5,5 Fstm. pro Hektar.

3. Für Beobachtung des Verhaltens der Eiche im Mischbestand im Stangenholzalter nach Freihieb:

In den Gemeindewaldungen Heiligenzell und Lahr, 230—400 m über dem Meere, fünf Flächen von je 0,25 ha und eine Fläche von 0,5 ha:

A. Zwei Flächen: Mischbestand von Eichen 54 %, Buchen 18 %, Tannen 28 %; Alter 59 Jahre, geschlossen. Mittlere Bestandshöhe 22 m, Stammgrundfläche 29 qm, Stammzahl 1564. Zuwachs in sieben Jahren pro Jahr und Hektar 14,5 Fstm. = 4,5 % der Masse.

B. Vier Flächen: Mischbestand von Eichen 30 %, Buchen 70 %, Alter 48 Jahre, geschlossen, mittlere Bestandshöhe 15 m, Stammgrundfläche 26 qm, Stammzahl 2200. Zuwachs 1891—1896 und 1896—1901 je 12 Fstm. pro Hektar.

Dies sind die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen, welche noch längere Zeit fortgesetzt werden müssen, um ein zu-

verlässiges Material über die Erziehung der Eiche zu Starkholz zu erhalten.

Über die bisherige Behandlung der Eiche von Jugend an habe ich zu bemerken:

Nach den Lehren unserer Autoren, Burckhardt in seinem Buch: „Säen und Pflanzen" aus den 1880er Jahren, und Kraft, aus seinen Beiträgen zur Durchforstungs- und Lichtungsfrage vom Jahre 1889, auf welche ich verweise, soll die Eiche, richtig erzogen, wie dort angegeben wird, später den Freistand ertragen ohne Gipfeldürre zu zeigen und ohne übermäßig Klebäste zu bilden, und bis in das hohe Alter von mehreren 100 Jahren ein freudiges, gesundes Wachstum zeigen. Nach diesen Lehren wird denn auch seit 15 Jahren hier verfahren, wie es in dem unserer Versammlung beigegebenen Führer ausführlicher behandelt und beschrieben ist, so daß hier nur noch weniges zur Begründung beizufügen erübrigt.

Im Mittelwald, wo die Eiche im Freistand erwächst, zeigt sie bis in das Alter von 200 Jahren, soweit ich sie beobachten konnte, eine gesunde Krone. Im Jahr 1885 habe ich im Forstbezirk Renchen in den Mittelwaldungen des Domänenwaldes „Mührig" und im Gemeindewald Urloffen Aufnahmen über die Sortimentsverhältnisse von 80—190jährigen Eichen auf Alluvialboden vorgenommen. Die Ergebnisse im Vergleich zu den hiesigen Hochwaldeichen (dort Stiel-, hier Traubeneiche) sind folgende:

Die Mittelwaldeichen haben im Alter von 100—190 Jahren eine Höhe von 24 m, gleichwie die Hochwaldeichen. Die Durchmesser im Mittelwald: 100jährig 66 cm, 180—190jährig 98 cm, im Hochwald: 100jährig 36 cm. Längeverhältnis des Schafts zur Krone: Mittelwald 1 : 0,66, Hochwald 1 : 0,50. Nutzholzprozent: Mittelwald 100jährig 44, 180—190jährig 56, Hochwald 100jährig 66. Kronenmasse: Mittelwald 100jährig 60 %, Hochwald 100jährig 34 % der Baummasse.

Die Durchmesser der Kronen: Mittelwald über 10 m, Hochwald weit weniger.

Während also Mittel- und Hochwaldeiche gleiche Höhe haben, besitzt erstere eine erheblich stärkere Krone, kürzeren Schaft und geringeres Nutzholzprozent. Daraus möge geschlossen werden, daß der Schaft zu Gunsten der Kronenausbildung verkürzt werden muß, um das Verhältnis herzustellen, wie es im Mittelwald die gesunden, im Freistand erwachsenen Eichen aufweisen.

Nach meinen Untersuchungen an zahlreichen Eichenoberhölzern im Mittelwald geben diese durchschnittlich 52 % Nutzholz, davon 12 % Rinde, 28 % Scheit-, 8 % Prügel-, 12 % Reisholz, und haben

im Alter von:	eine Gesamtmasse von:	davon Nutzholz ohne Rinde:
100 Jahren	6,5 Fstm.	2,0 Fstm.
180 „	11,8 „	5,5 „
190 „	14,8 „	7,0 „

Zuwachs von 100. bis 190. Jahre 2 %.

Die Hochwaldeichenüberhälter ergeben 66 % Nutzholz, davon 11 % Rinde, 14 % Scheit-, 9 % Prügel-, 11 % Reisholz und haben eine Nutzholzmasse 100jährig von 1,00 Fstm. ohne Rinde bei einem 1,2—3,4 %igen Zuwachs je nach Lage und Freistand.

Nun komme ich zum Schluß und stelle folgende Leitsätze zur Diskussion, welche nach meiner Erfahrung bei der Erziehung der Eiche zu Starkholz im Hochwaldbetrieb im Forstbezirk Lahr und ähnlichen Standortsverhältnissen zu beachten sind:

1. Die Mischung der Eiche mit Buchen und Tannen (auch Stroben) ist von Jugend auf zu begünstigen.
2. Bei künstlichem Anbau ist die Saat der Pflanzung vorzuziehen, weil erstere engeren Stand ermöglicht.

3. Nur auf I. und II. Bodenklasse ist anzubauen und zwar, wenn der Boden nicht rein und mürbe, nur nach vorausgegangener guter Bodenvorbereitung.
4. Oberholz über Jungeichen ist zu entfernen; die Eiche erfordert zum guten Gedeihen vollständig freien Kopf.
5. Pflanzungen sind so eng als möglich zu machen, 1 : 0,5 m oder 0,8 : 0,5 m und möglichst wenig zu beschneiden (aufzumuntern); nur starke Vergabelungen (bis zu 2 cm dick), Bodenkriecher, erfrorene Gipfel, geile Triebe sind zu beseitigen. Saaten reinigen sich in der Regel besser von selbst.
6. Bei eintretender Bodenverwilderung ist die Kultur in 4—5 Jahren durchzuhacken; wo Wildverbiß zu befürchten, sind Horste sofort mit einem Hag von 1,70 m Höhe einzufriedigen.
7. Durchforstungen sind bis zum 60. Jahr nur leicht (nach dem ersten Grad etwa) auszuführen und damit stets Aushiebe von Protzen zu verbinden.
8. Vom 60. Jahr an, in welcher Zeit die Ausformung des Nutzstammteiles bis zur Höhe von ca. 12 m (Gabelansatz) bei einer Baumhöhe von über 20 m sich vollzogen hat, ist das Hauptgewicht auf die nunmehr zu erziehende Krone zu richten. Dies geschieht in Mischbeständen durch allmähliche Entfernung der drängenden, mit- und vorherrschenden Nachbarn unter sorglicher Schonung des unterständigen Nebenbestandes, welcher zur Deckung des Stammes, zur Verhinderung der Klebastbildung und als Schutz des Wurzelraumes erforderlich ist. In reinen Eichenhorsten wird mit der stärkeren Durchforstung auf den Einbau von Buchen oder Tannen Bedacht genommen werden müssen, wenn diese sich nicht schon von selbst einstellen.
9. Auf diese Weise behandelte Eichen sollen bei dem späteren Freistand eine Kronenlänge von etwa 0,6 der Schaftlänge

und einen Kronendurchmesser von 10 m haben; Klebäste dürfen nicht reichlich erscheinen.

10. Klebäste sind alle drei Jahre zur Zeit der Saftstockung zu entfernen. Zweifelhafte Bäume wären nachzuhauen, oder es ist mit ihnen der Versuch des Abwerfens zu machen.

11. In Mischbeständen wird das Ringeln der zu Nutzholz tauglichen, sorgfältig ausgesuchten Stämme mit weißer oder roter Ölfarbe als Kennzeichen zur leichteren Auffindung und Beobachtung empfohlen.

12. Mehr als 80 bis höchstens 100 Stück pro Hektar sollten als Waldrechter nicht belassen werden (bei einem Kronendurchmesser von 10 m decken schon 100 Stück die ganze Fläche).

13. Es entsteht auf diese Weise ein sog. zweihiebiger Hochwald, Eichen im Oberstand in verlängertem bis 200jährigem Umtrieb; Tannen oder Buchen oder diese beiden Holzarten gemischt im Unter- und Zwischenstand mit doppeltem oder dreifachem Umtrieb (60—100 Jahre). (Solche Waldbilder finden sich auf größeren Flächen bereits vor. In den vier Versuchsflächen in den Gemeindewaldungen von Oberweier und Friesenheim mit reinem Tannenunterstand stellt sich der Zuwachs der 84jährigen Eichen bei einer Stammzahl von 216 Stück pro Hektar auf 6 Fstm. in den letzten fünf Jahren. Der Unterstand ist 30—40jährig, locker bis normal geschlossen und 3—5 m hoch.)

14. In dem in den Kronenraum der Eichen sich drängenden Unterstand ist zu plentern, so daß die Eichenkronen immer möglichst frei bleiben. Der 80—100jährige Zwischenstand von Tannen und Buchen wird mit den 180—200jährigen Eichen gehauen, wobei sich vorfindender Eichenaufschlag zuerst geräumt bzw. freigehauen wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Nach den Erläuterungen des gestern von uns Gesehenen und den daran angeknüpften, interessanten Ausführungen des Herrn Vorredners möchte ich die Herren auffordern, etwaige Bedenken oder Kritiken, die Sie an der Wirtschaft zu machen haben, hier zu äußern oder eigene Erfahrungen mitzuteilen. (Es meldet sich niemand zum Wort.) Die Verhandlungen haben schon lange gedauert und wir müssen sie schließen. Wir haben ja nach dem Festessen nochmals Gelegenheit, weitere Einzelheiten dieser Wirtschaft zu sehen und an Ort und Stelle unsere Meinungen auszutauschen.

Ich glaube namens der Versammlung dem Herrn Forstmeister Könige herzlichen Dank aussprechen zu dürfen für seine Ausführungen. Wenn diese Mitteilungen im Berichtheft gedruckt vorliegen, wird sich erst zeigen, wie anregend zu wirken sie vermögen.

Es wäre zum Schluß noch mitzuteilen, daß nach Beschluß der gestrigen Versammlung telegraphisch ein Begrüßungs- und Huldigungstelegramm an Seine Königliche Hoheit den Großherzog abgeschickt worden ist*).

Ferner sind telegraphische Begrüßungen erfolgt an Seine Exzellenz Geheimrat Becker, Präsident des Finanzministeriums, an Seine Exzellenz Geheimrat Dr. Reinhard, Forst- und Domänendirektor, Herrn Oberforstrat Schweickhard, Herrn Forstrat v. Teuffel.

Wir haben angenommen, daß die heutige Versammlung damit einverstanden sein wird.

---

*) Auf dieses Telegramm ist folgende Antwort eingelaufen, die bei der Tagung selbst nicht mehr bekannt gegeben werden konnte:

„Ich danke den zur 47. Versammlung des badischen Forstvereins vereinigten Forstbeamten für die mir gewidmete Begrüßung und den Ausdruck treuer Gesinnung.

Friedrich, Großherzog."

Ich habe nunmehr noch die redigierte Resolution in der Waldhüterfrage zu verlesen, da kleine Änderungen darin vorgenommen worden sind.

Sie lautet:

„Der Forstverein erachtet es für nötig, daß die Dienst„bezüge der Personen, welche die Waldhut

„in den Gemeinde- und Körperschaftswaldungen,

„in den mit diesen gemeinsam gewarteten Domänen„waldungen

„und in den Privatwaldungen, soweit sie nicht den „Standes- und Grundherren und den diesen gleichgestellten, „größeren Privatwaldbesitzern gehören,

„besorgen, unter tunlichster Wahrung des Selbstverwaltungs„rechtes der Waldeigentümer gesetzlich geregelt werden."

Der Vorsitzende wird beauftragt, einen Sonderabdruck der heutigen Verhandlungen über die Waldhüterfrage zu veranstalten und diesen mit der gefaßten Resolution und dem sonstigen gesammelten Material der Großh. Regierung zu unterbreiten.

Ferner sind die Verhandlungen sonstigen, im öffentlichen Leben stehenden, einflußreichen Persönlichkeiten zu übermitteln, um so deren Interesse für die Frage anzuregen.

(Die Resolution wird in dieser Fassung einstimmig angenommen.)

Wir sind hiermit am Ende unserer Verhandlungen angelangt. Ich schließe sie mit dem Wunsche eines fröhlichen Nachfestes, eines guten Verlaufs des geselligen Teils und mit dem Wunsch auf zahlreiches Wiedersehen im nächsten Jahr zu Karlsruhe.

Bericht

über die

Waldbegehungen am 22. und 23. Mai 1905.

(Erstattet von Oberförster Paravicini, St. Blasien.)

Noch ehe wir in Dinglingen die badische Hauptbahn verlassen, winkt uns schon aus der Ferne das liebliche Lahr, das in diesem Jahre die 47. Versammlung des badischen Forstvereins beherbergen sollte.

Aus dem fruchtbaren Acker- und Wiesengelände im Talausgang, steigen zu beiden Seiten der Schutter lichtgrüne Rebhügel auf mit dem Schutterlindenberg, dem Wahrzeichen der Stadt im Vordergrund. Höher und höher staffeln sich die Schwarzwaldvorberge, linker Hand grüßt der Altvater, rechter Hand schauen Ernet, Burghard und Hohberg als die westlichen Ausläufer des Rauhkastens und des Hünersedels in das Tal und umrahmen mit wechselndem Waldgrün das schöne Stadtbild. Den Hintergrund begrenzt in blauer Ferne malerisch die trotzige Bergfeste Hohengeroldseck und mahnt uns zugleich an die Geschichte der früheren Gebieter der Herren dieses Stammes.

Lage und Umgebung von Lahr, sowie die Stadt selbst, bieten eine Fülle von Reizen, die bei jedem Versammlungsteilnehmer lebhaft in Empfindung traten.

Das bewies auch die Waldbegehung des 22. Mai, die von herrlicher Witterung begünstigt, um 1 Uhr mittags ihren Anfang nahm. Die Wanderung galt zunächst dem Domänenwalddistrikt „Burghard—Sulzberg“ und den Lahrer Stadtwalddistrikten „Ernet“ und „Hohberg“, Waldgebiete, die schon vom Rheintale aus dem Auge sichtbar werden.

Die Waldbegehungen zeigten sich durch „Führer“ und Handriß gut vorbereitet. Besonders dankbar wurde begrüßt, daß durch die vorausgehende Exkursion den Teilnehmern Gelegenheit gegeben war, über die waldbaulichen Fragen, die am nächsten Tag durch den Wirtschafter, Forstmeister Könige, zur Besprechung kamen, sich an Ort und Stelle an der Hand gedruckter Leitsätze im voraus zu unterrichten, und daß es ermöglicht wurde, wenigstens einen kleinen Teil des in Betracht kommenden Wirtschaftsgebietes vor den Verhandlungen kennen zu lernen. Die Leitsätze hatten zum Gegenstand: „Die Behandlung der Eiche im Hochwaldbetrieb, zum Zweck der Erziehung zu Starkholz im Forstbezirk Lahr und für ähnliche Standortsverhältnisse.“

Zunächst einige allgemeine Angaben über den Forstbezirk Lahr.

Er umfaßt 7682 ha Gesamtwaldfläche; hiervon stehen 4239 ha, und zwar 703 ha Domänenwald, 2668 ha Gemeindewald und 868 ha Körperschaftswald in Bewirtschaftung des Forstamtes, 3443 ha Privatwald, lediglich unter dessen forstpolizeilicher Aufsicht.

Von der Gesamtfläche werden 6777 ha (89% der Fläche) als Hochwald, 78 ha (1%) als Mittelwald und 827 ha (10%) als Niederwald, hiervon 446 ha als Eichenschälwald, 381 ha als Buschwald bewirtschaftet.

Von einer Meereshöhe von 158 m im Rheintal und 180 m bei Lahr allmählich aufsteigend, erreichen die Waldungen auf dem Rauhkasten mit 640 m die höchste Erhebung. Das

Begehungsgebiet für den 22. und 23. Mai lag zwischen 180 und 350 m Meereshöhe.

Während in dem hinteren Schutter- und Kinzigtal der Wald meist auf den Trümmern von Porphyr und Gneis stockt, bildet in dem vorderen Teil des Bezirks, mit Ausnahme der Rheintalmittelwaldungen, auf etwa 70 % der Gesamtfläche, Buntsandstein die Unterlage, meist überdeckt von lehmigem Sand. Die Buntsandsteinformation tritt durch die flachen Bergkuppen und langgestreckten Rücken mit mäßig steilen Hängen, sowie durch zahlreiche Trockentäler charakteristisch in die Erscheinung.

Der Standort ist durchschnittlich ziemlich gut bis gut, nur auf den Südwesthängen, wo häufig das Unterlagegestein zu Tage tritt, mittelmäßig. Die Steinbrüche auf dem westlichen Rücken im Buntsandsteingebiet bringen häufigen Wechsel in das Waldgrün an den Hängen und die roten Bruchflächen fallen schon von ferne, jedoch nicht immer angenehm, ins Auge.

Der mittleren Höhenlage der Waldungen von etwa 400 m entsprechend ist das Klima, bei einer jährlichen Niederschlagsmenge von etwa 800 mm, mild und den Hauptholzarten zusagend.

Gegenüber der Buche und Eiche ist die Tanne durch häufigeren und besseren Samenertrag begünstigt.

An der Bestockung der Gesamtfläche der Hochwaldungen, die für die Begehung ausschließlich in Betracht kamen, sind von den Hauptholzarten Buche mit 60 %, Tanne mit 20 %, Fichte mit 10 %, Forle mit 5 % und Eiche (meist Traubeneiche) mit 5 % beteiligt.

Den Buchenbeständen, die nur ortsweise rein auftreten, ist meist die Eiche mit 5—30 % der Stammzahl beigemischt. Die besten Standorte an den unteren Feldrändern gegen das Rheintal auf Diluviallehm wurden noch in der Mitte des vorigen Jahrhunderts von der Eiche in fast reinen Beständen

eingenommen. Auf dem durch fortgesetzten Streuentzug, sowie durch Bestandesverlichtung bei fehlendem Bodenschutz verhärteten Boden hat sich an ihrer Stelle, von den Berglehnen her, die genügsamere Tanne angesiedelt; jetzt findet sich hier die Eiche nur noch als Überhälter oder in Mischung mit Tanne und Buche. Die Eiche ist bei 25—30 m Höhe auf den besten Standorten mit der Buche gleichwüchsig, auf den geringeren ist ihr die Buche überlegen.

In den mittleren und höheren Lagen gesellt sich dem Laubwalde in stärkerem Maße die Tanne bei. Auf den besseren Bodenklassen ist sie hier noch mit Buche und Eiche, auf den geringeren südlichen und westlichen Hängen mit der weniger anspruchsvollen Forle gemischt. Fichten sind künstlich eingebracht und als Althölzer nur in unteren, feuchten Lagen einzeln und truppweise zu finden; im übrigen tritt die Fichte in einigen bis 50jährigen Beständen rein auf und im Buchengrundbestand, in Gruppen als Lückenbüßerin eingepflanzt, soll sie hier zugleich Nutzholzausbeute und Rente erhöhen. In höherem Alter leidet sie anscheinend durch Rotfäule. Der Ahorn findet sich auf dem Urgebirgsboden, insbesondere auf Steinrasseln, in sehr willkommener Einmischung. Birke, Erle und Aspe sind nur in den Privatwaldungen von Bedeutung.

Wie die Fichte in den Jungbeständen, sind Tanne, Esche, Ahorn, Roteiche, Kastanie, Wegmoutskiefer (Strobe), heimische und japanische Lärche, Douglasfichte, Balsamtanne und Cypresse in den letzten Jahrzehnten bei der Bestandesverjüngung künstlich eingemischt.

Die Umtriebszeit der Hochwaldungen ist, mit wenigen Ausnahmen, auf 100 bis 120 Jahre bemessen. In standortgemäßer Lage werden Eichen, seltener auch Forlen, in einem zweiten, bzw. verlängerten Umtrieb zur Erziehung von Starkholz übergehalten. Für die Hauptholzart Buche, Tanne und

Eiche ist die Naturverjüngung in einem Verjüngungszeitraum von etwa 20 Jahren die Regel und die Erziehung nutzholzreicher Mischbestände Wirtschaftsgrundsatz. Daher nach Vorschrift der Einrichtungswerke: Verminderung der Buche zu Gunsten der beiden letztgenannten Holzarten auf 20% in den Domänenwaldungen und etwa 50% in den Gemeindewaldungen.

Nach diesen Vorbemerkungen zur Waldbegehung selbst. Die Wanderung führt auf etwa 8 km Strecke zunächst in den Domänenwalddistrikt I „Burghard—Sulzberg" (330 ha) und durch dazwischen gelagerte Abteilungen des 136 ha großen Distriktes, „Ernet", des Lahrer Stadtwaldes.

Beim Eintritt in den Domänenwald werden wir am Rand der Abteilung 1 auf eine frisch gefällte Eiche aufmerksam gemacht. (Gesamtlänge 23 m, Kronenhöhe 7 m, Schaftlänge 16 m, Mitteldurchmesser 30 cm, Stockdurchmesser 45 cm, Alter 120 Jahre.)

Die Eichenkrone wurde vor 14 Jahren vollständig entfernt — „abgeworfen". Während der Stamm in den letzten 5 Jahren mit der alten Bekronung eine Durchmesserzunahme in der Schaftmitte von jährlich 5 mm aufwies, ist während der folgenden 12 Jahre, des Zeitraums der Neubildung der Krone, der Durchmesserzuwachs im Jahresdurchschnitt auf 2,3 mm, d. h. um mehr als die Hälfte zurückgegangen; erst in den letzten 2 Jahren wurde die frühere Durchmesserzunahme von je 5 mm wieder erreicht.

Wir sehen hieraus die einschneidende Wirkung der Kronenabnahme auf den Zuwachsgang, sind aber gleichzeitig erstaunt über die Regenerationskraft der Eiche, die eine gesunde Krone von etwa 6 m Durchmesser innerhalb 14 Jahren vollständig neu gebildet und die frühere Zuwachsleistung wieder erreicht hat. Astwunden bis zu 12 cm Durchmesser waren vollkommen überwallt. Faulstellen, die man etwa vermuten könnte, sind

nirgends vorhanden. Auch sämtliche noch stehende, gleich behandelte Eichenüberhälter zeigen gutes Aussehen und, wenn auch kleine, doch kugelförmig abgewölbte, gesunde und üppige Kronen.

Der Wirtschafter gibt zu dem Gesehenen folgende Erläuterung:

Tadellos gesunde, zu Nutzholz taugliche, etwa 100jährige Eichen, werden in einem zweiten, bzw. einem verlängerten Umtrieb, wie wir schon oben erwähnt, übergehalten. Zum Freistand nicht vorbereitete und infolge der früheren gedrängten Stellung nicht genügend bekronte Stämme, die sich mit Klebästen überziehen, werden alle drei Jahre mittels der Säge aufgeastet, bis der Unterstand so hoch ist, daß er den Nutzholzstamm deckt und die Bildung weiterer Klebäste verhindert. Dies erfordert durchschnittlich einen Zeitraum von 40 Jahren. Stellt sich bei diesen Waldrechtern starke Gipfeldürre ein, was oft der Fall ist, so wird die Bekronung in der Art abgeworfen, daß alle dürren Äste (Hirschhörner) und ein Teil der dürrspitzigen Seitenbeastung mit der Säge entfernt werden. Hin und wieder fällt die ganze Krone der Säge zum Opfer und die Eiche steht kahl wie ein Mastbaum, falls sie nicht schon Wasserreiser gebildet hat. Zum Ersatz und zur Bildung einer neuen künstlichen Krone bleiben in der Regel die Klebäste am Nutzholzstamm auf 2—3 m unterhalb des alten Kronenansatzes von der Säge verschont.

Dieses Astungsverfahren, das im Vorwinter (Oktober und November) oder im Vorfrühjahr (Februar bis März) zur Zeit der Saftruhe ausgeführt wird, ist seit 15 Jahren in Anwendung. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß diese Maßregel nur Notbehelf ist, zum Zweck der Erhaltung der zum Freistand nicht erzogenen Eichen, die ohne diese Fürsorge vielfach eindürren. Selten ist dies bei einem „abgeworfenen" Stamm der Fall. Zum Freistand vorbereitete, gut bekronte

Eichen zeigen weder Hirschhörner noch sonstige Zeichen des Wachstumsrückganges und des Zerfalles, bedürfen daher dieser Astungen nicht.

Zur Geschichte dieser Eichenastung teilen wir mit:

Seitens des Wirtschafters war in den Stadtwaldungen von Lahr etwa ums Jahr 1888 der Aushieb zahlreich vorhandener Eichenüberhälter mit halbdürrer Bekronung und allen Anzeichen baldigen Absterbens beabsichtigt. Die Stadtverwaltung erhob Einspruch gegen diese Maßregel. Gutachten Sachverständiger wurden erhoben und man entschied sich zu dem Versuch (wenn ich nicht irre, auf Vorschlag des † Dr. Beinling, damals Assistent am Botanischen Institut der Technischen Hochschule in Karlsruhe) durch Abwerfen der eindürrenden Kronen, wie man dies bei Alleebäumen schon früher erprobt hatte, das Absterben der Eichenwaldrechter aufzuhalten.

Es ist sehr zu begrüßen, wenn die bemerkenswerten Ausführungen des Herrn Forstmeisters Könige über die Geschichte des Überhaltbetriebes im Forstbezirke Lahr und dessen Grundsätze über Nachzucht der Eiche und deren Erziehung zu Starkholz durch Drucklegung einem größeren Leserkreis zugänglich gemacht werden.

Der Wirtschafter ist, wie wir auf den Verjüngungsflächen mit Interesse wahrnahmen, nicht nur bestrebt, die aus den Räumungsbeständen ausgewählten Alteichen, soweit möglich, selbst unter Anwendung der oben behandelten, künstlichen Hilfsmittel, so lange zu erhalten, bis sie als Starkholz technisch und finanziell wertvoll werden, auch die Jungeichen in den Stangenholzorten werden etwa vom 60. Jahre ab, nach beendigtem Hauptlängenwachstum, für die Starkholzzucht vorbereitet. Zu Nutzholz taugliche und für die Starkholzerziehung geeignete Stämme werden, wo immer sie eingesprengt sich finden, durch Kronenfreihieb begünstigt, während der lebensfähige Unter- und Zwischenstand zur Deckung des Nutzstamm-

teiles und zugleich als Bodenschutz belassen wird. Also Ausbildung der „Individualwirtschaft".

In den Durchforstungsabteilungen machen sich die bevorzugten Stämme durch die weißen oder roten Ölfarbringe in Brusthöhe, jedoch in einer für den Forstästhetiker nicht zudringlichen Weise, bemerkbar. Schade, daß die in früheren Jahrzehnten nach der alten Schablone, meist nach Anweisung des Hutpersonals, ausgeführten Durchforstungen, die alles wegnahmen, was „den Kopf nicht oben" hatte, nicht an allen Orten des Begehungsgebietes die Durchführung des Grundsatzes „Belassung des lebensfähigen Unterstandes" beim Eichenfreihieb ermöglichte.

Außer der sachverständigen Pflege der natürlich vorhandenen Eichen in allen Altersstufen, wird der künstlichen Verbreitung, dieser vielgepriesenen, dem Boden, dem Klima und der Landschaft angemessenen Holzart besondere Fürsorge zu teil.

In den besuchten Verjüngungsorten findet vor allem der Eicheneinbau, wie er in den Leitsätzen kurz dargestellt ist, Aufmerksamkeit und Beifall. Unstreitig darf der derzeitige Wirtschafter das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß er mit jugendfrischer Energie und gutem Erfolg gerade diesen Zweig des Waldbaues, namentlich gegenüber der noch mancherorts üblichen einseitigen Begünstigung der Fichte, unter Anwendung alter und neuer, Erfolg versprechender Methoden im Bezirk wieder zur vollen Geltung gebracht hat.

Bevor wir beim „Burghardseck" am Waldrand entlang weiter wandern, machen wir dem am Waldtrauf (mit einem Kostenaufwand von 16000 M.) im schmucken Landhausstil neuerbauten, schön gelegenen Forstwartshaus einen kurzen Besuch.

Die nahe gelegenen Abteilungen 1 und 2 geben ein charakteristisches Bild einer nach modernen Grundsätzen durchgeführten, zum Teil noch im Gang befindlichen Verjüngung eines Buchen-

altbestandes mit untergeordneter Eichenbeimischung. In dem 5—45jährigen, durch gleichmäßige Schirmverjüngung entstandenen Buchengrundbestand mit natürlicher und künstlicher Eichenbeimischung sind die im allgemeinen Teil schon genannten Mischholzarten meist in Gruppen eingepflanzt, die Eichen auch auf Riefen gesät. Darüber stehen, wie auf fast allen ähnlich behandelten Flächen, die wir besuchen, in räumlicher Verteilung (etwa 5—20 Stück auf 1 ha) 100—120jährige Eichenüberhälter, meist mit der ursprünglichen Bekronung, teilweise aber wegen beginnender Zopftrocknis „abgeworfen".

Der zweihiebige Hochwald mit den Eichen im Oberstand, der Buche und Tanne und den Mischhölzern im Unter- und Zwischenstand ist hier wie an zahlreichen andern Orten des Begehungsgebietes mit schönem Erfolg eingeleitet.

Wir überschreiten auf wohlgepflegten Gehwegen einen tief eingeschnittenen Dobel, den Burghardsgraben, und kommen vom „Burghard" in den Lahrer Stadtwalddistrikt „Ernet". Durch jüngere, infolge früherer Schneedruckbeschädigungen femelartige Nadelholz- und Laubholzpartien gelangen wir am Westhang zu einer 2,5 ha großen Fläche eines Eichenschälwaldschlages aus dem Jahre 1869 von forstgeschichtlichem Interesse. Er ist zum Glück das einzige Opfer der damals auf die ausgedehntere Einführung des Eichenschälbetriebes in diesen Waldungen gerichteten Bestrebung der Stadtverwaltung von Lahr.

Das Schützenhaus lassen wir rechts seitwärts liegen und durch die Ernethalde, meist durch schöne Verjüngungen der Buche mit sorgfältig behandelten, künstlichen Mischungen, teils durch angehend haubare Laubholzorte allmählich aufwärts steigend, gewinnen wir die Ernethöhe mit entzückender Fernsicht westwärts über Lahr und das Rheintal hinweg auf den Wasgau.

Die Unterhaltung des Hauptabfuhrweges, dem wir folgen, ist hier, wie in den übrigen Waldungen der Vorberge, infolge Mangels an brauchbaren Schottersteinen schwierig und teuer.

Auf der höchsten Erhebung des Ernetrückens verlassen wir den Stadtwald und treten wieder in den Domänenwald „Burghard—Sulzberg" ein. Ein alter Markstein, hier an der Grenze des Lahrer Gebietes, gibt Zeugnis von der früheren Herrschaft des Hauses Nassau—Weilburg. Zu beiden Seiten des Weges 100jährige Buchen mit etwas Eichen und Tannen, dann jüngere Orte mit einzelnen bis 140jährigen Eichenwaldrechtern. Durchforstung mit Eichenfreihieb und Einleitung der Verjüngung in den ältesten Beständen, ist die herrschende Wirtschaftsvorschrift.

Am äußersten, südwestlichen Rücken des Höhenzuges angelangt, bietet sich uns ein bisher nicht gesehenes Bild. Zwischen lichtstehenden Forlen durchblickend, sehen wir das liebliche Sulzer Tal und, im Frühlingsschmuck blühender Obstbäume halb versteckt, das Dorf.

Die vielgeschmähten 1886er Schneedruckbeschädigungen haben, durch richtige Maßnahmen der Wirtschaft unterstützt, für den Bestand, vor dem wir stehen, mittelbar nur Gutes gewirkt. Die jetzt 66jährigen Forlen wurden durchhauen und die als Überhälter belassenen Stämme mit Tannen, Fichten und Eichen unterbaut. Der Berghang ist nun wieder mit dem jetzt etwa 20jährigen, von jüngerem Forlenanflug durchsprengten Jungwuchs nach forstlichem Begriffe schön und zweckmäßig bestockt.

Von dem Gesehenen vollauf befriedigt, traten die Versammlungsteilnehmer durch das Sulzer Tal den Rückweg nach Lahr an.

Die zweite Waldbegehung war für den Nachmittag des folgenden Tages vorgesehen. Wagen brachten die Teilnehmer durch die Oststadt nach dem Stadtwalddistrikt IV „Hohberg" (100 ha), der sich dem „Burghard" östlich anlagert.

Unser erster Besuch gilt der städtischen Saatschule, die der Obhut des Oberwaldhüters untersteht und hinsichtlich ihrer Einrichtung und Pflege nichts zu wünschen übrig läßt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

An idyllischen Waldpartien vorbei führt die Wanderung über „Waldfrieden", dem Festplatz der Lahrer, durch die im untern Teil femelartig behandelten, sonst in schlagweisem Betrieb über 100jährigen Altbestände von Forlen, Buchen, Fichten und Tannen. Zunächst ist das Nadelholz, späterhin die Buche mit mäßiger Eichenbeimischung vorherrschend.

Auf dem Rückweg von der Hohberghöhe überqueren wir das enge Waldtal und wenden uns dem Osthang des Burghards zu. Wir bewundern hier die schlankwüchsigen, meist noch geschlossenen Buchenaltbestände und nehmen für heute Abschied von diesem schönen Wirtschaftsgebiet links der Schutter.

Der Besuch des Altvaterbergs auf der andern Talseite, der, mit anmutigen Landhäusern bebaut, vom Reichswaisenhaus gekrönt, mit dem Wald im Hintergrund, vom Panoramaweg des Burghard gesehen, einen ungemein freundlichen Anblick gewährt, war den Teilnehmern der Nacherkursion des folgenden Tages nach Hohengeroldseck vorbehalten.

Auch diese Wanderung, deren Beschreibung zu weit führen würde, war in ihrem Verlauf lehrreich und befriedigend und bildete einen würdigen Beschluß der Lahrer Tage, die jedem Versammlungsteilnehmer in schönster Erinnerung verbleiben werden.

Verzeichnis

der

Teilnehmer an der 47. Versammlung des Badischen Forstvereins in Lahr.

(* Mitglieder des Vereins. ** Ehrenmitglieder.)

1. Altfelix, Dr., Oberbürgermeister in Lahr.
2. Barth, Dr., Gr. Oberförster in Neustadt.*
3. Bodmann, Frhr. v., Gr. Forstmeister in Lahr.*
4. Clemm, Dr., Geh. Regierungsrat in Lahr.
5. Ebert, Dr., Gr. Forstmeister in Gernsbach.*
6. Fieser, städt. Oberförster in Freiburg.*
7. Fischer, Gr. Forstmeister in Kippenheim.*
8. Frech, Kgl. Hauptmann in Lahr.
9. Ganz, Gr. Oberkirchenrat in Karlsruhe.
10. Göler, Frhr. v., Forstpraktikant in Gernsbach.*
11. Gund, Gr. Forstassessor in Wolfach.*
12. Häfele, Gr. Oberförster in Kork.*
13. Hamm, Gr. Forstmeister in Karlsruhe.*
14. Haßler, Forstpraktikant in Lahr.*
15. Hausrath, Dr., Professor in Karlsruhe.*
16. Hieronimus, Forstpraktikant in Neustadt.*
17. Höring, Stadtrat in Lahr.

18. Hof, Gr. Forstmeister in Emmendingen.*
19. Jäger, Gr. Oberförster in Donaueschingen.*
20. Ihrig, Forstpraktikant in Ettenheim.*
21. Kaufmann, Fabrikant, Vorstand der Sektion Lahr des Bad. Schwarzwaldvereins in Lahr.
22. Kaupp, Gr. Forstassessor in Freiburg.*
23. Kettner, Gr. Oberförster in Gerlachsheim.*
24. Killius, Gr. Oberförster in Villingen.*
25. Könige, Gr. Forstmeister in Lahr.*
26. Könige, Gr. Forstrat in Heidelberg.*
27. Kopp, Forstpraktikant in Ottenhöfen.*
28. Krauß, Forstpraktikant in Oberweiler.*
29. Krautinger, Gr. Oberförster in Säckingen.*
30. Krieger, Gr. Oberförster in Boxberg.*
31. Krutina, städt. Oberförster in Heidelberg.*
32. Kuentzer, Kgl. Oberleutnant in Lahr.
33. Kurz, Gr. Forstassessor in Offenburg.*
34. Langenbach, Gr. Forstmeister in Ettenheim.*
35. Lent, Kgl. Forstmeister in Sigmaringen.
36. Mangler, Gr. Forstmeister in Buchen.*
37. Mayerhöffer, Geh. Oberforstrat in Karlsruhe.*
38. Merhart v., Gr. Hofjägermeister in Karlsruhe.
39. Müller, Gr. Forstmeister in Freiburg.*
40. Müller, Gr. Oberförster in Ottenhöfen.*
41. Neukirch, städt. Oberförster in Villingen.*
42. Paravicini, Gr. Oberförster in St. Blasien.*
43. Rebmann, Kais. Forstmeister in Straßburg.**
44. Reinhard, Gr. Oberförster in Wolfach.*
45. Restle, Forstpraktikant in Gengenbach.*
46. Rettich, Gr. Forstassessor in Blumberg.*
47. Rinck, Frh. v., Forstpraktikant in Sulzburg.*
48. Rothmann, Forsttaxator in Ottenhöfen.*
49. Schäfer, Forstpraktikant in Emmendingen.*

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

50. Schweickhardt, Frhr. v., Gr. Oberförster in Langensteinbach.*
51. Sexauer, Gr. Oberförster in Peterstal.*
52. Seyb, Forstpraktikant in Waldkirch.*
53. Seyfried, Gr. Kreisschulrat in Lahr.
54. Spiegel, Frhr. v., Kgl. Forstassessor in Sigmaringen.
55. Spitzmüller, Gr. Forstassessor in Bruchsal.*
56. Stephani, Gr. Oberförster in Forbach.*
57. Stösser, Geh. Kommerzienrat in Lahr.
58. Stoltz, Forstpraktikant in Zell a. H.*
59. Stürmer, Gr. Forstmeister in Offenburg.*
60. Stürmer, Forstkandidat in Offenburg.
61. Thaler, Geh. Oberforstrat in Darmstadt.
62. Vogt, Forstpraktikant in Kandern.*
63. Wagner, Gr. Forstassessor in Heidelberg.*
64. Wankel, Gr. Oberförster in Geisingen.*
65. Widmann, Gr. Forstmeister in Ettlingen.*
66. Wild, Kais. Forstmeister in Zabern.
67. Wittich, Stadtrat in Lahr.
68. Wittmer, Gr. Forstrat in Karlsruhe.*
69. Woll, Gr. Oberförster in Zell a. H.*

Verzeichnis

der

Mitglieder des Badischen Forstvereins nach dem Stand vom September 1905.

(Die mit * bezeichneten sind Ehrenmitglieder.)

---

1. Achenbach, Forstmeister in Steinbach bei Bühl.
2. Alber, Forstmeister in Altbreisach.
3. Arker, f. f. Oberforstrat a. D. in Karlsruhe.
4. Arnoldi, f. lein. Oberförster in Mosbach.
5. Autenrieth, Otto, Oberförster a. D. in Walldürn.
6. Autenrieth, Karl, Oberförster in Peterstal.
7. Barth, Dr., Oberförster in Neustadt.
8. Battlehner, Oberförster in Ühlingen.
9. Bauer, Gg., Forstmeister in Kenzingen.
10. Bauer, Wilhelm, Oberförster in Überlingen.
11. Baum, Forstmeister a. D. in Straßburg i. E.*
12. Baumann, Forstmeister in Eppingen.
13. Becker, Kreisoberförster in Koberg bei Mölln, Herzogtum Lauenburg.
14. Bell, Forstmeister in Sinsheim a. E.
15. Bisinger, Oberförster in Donaueschingen.
16. Bodman, Max v., Forstmeister a. D. in Baden.

17. Bodman, Richard v., Forstmeister in Lahr.
18. Brenneisen, markgr. bad. Revierförster in Owingen (Post Überlingen).
19. Bucher, Oberförster a. D. in Karlsruhe.
20. Bürgin, Vermessungsinspektor in Karlsruhe.
21. Buol-Berenberg v., Forstmeister in Schwetzingen.
22. Burger, Forstpraktikant in Karlsruhe.
23. Cadenbach, Oberförster in Thiengen.
24. Coaz, Dr., eidgen. Oberforstinspektor in Bern.*
25. Daumiller, Oberförster in Stockach.
26. Degenfeld v., Grundherr in Schloß Neuhaus bei Ehrstätt (Post Grombach).
27. Dießlin, Forstmeister in Schönau (Wiesental).
28. Diemer, Oberförster in Gengenbach.
29. Dittmann, Forstpraktikant in Stockach.
30. Dorner, Forstpraktikant in Ühlingen.
31. Douglas, Graf, Robert in Langenstein (Post Eigeltingen).
32. Eberbach, Oberförster in Bonndorf.
33. Ebert, Dr., Forstmeister in Gernsbach.
34. Eichhorn, Dr., Oberförster in St. Märgen.
35. Eichrodt, Forstmeister in Weinheim.
36. Einwald, Forstpraktikant in Donaueschingen.
37. Engesser, Forstpraktikant in Kirchzarten.
38. Ens, Forstrat in Karlsruhe.
39. Eschborn, f. f. Forstmeister a. D. in Freiburg.
40. Faber, Forstmeister in Karlsruhe.
41. Fahleberg, f. lein. Domänendirektor in Amorbach.*
42. Faudi, Forstpraktikant in Karlsruhe.
43. Feist, Oberförster in St. Leon.
44. Fels, Forstrat in Karlsruhe.
45. Fentzling, Oberförster in Meßkirch.
46. Fichtl, Forsttaxator in Karlsruhe.

47. Fieser, städt. Oberförster in Freiburg.
48. Fischer, Forstmeister in Kippenheim.
49. Fischer, gräfl. Douglasscher Oberförster in Stockach.
50. Flachsland, Forstmeister a. D. in Lörrach.
51. Föckler, f. f. Forstmeister in Lenzkirch.
52. Föhlisch, Geh. Oberforstrat a. D. in Karlsruhe.
53. Frank, Forstassessor in Triberg.
54. Freiberger, Oberförster in Kandern.
55. Freyler, Oberförster in Engen.
56. Friderich, Oberförster in Forbach.
57. Fritschi, Forstmeister a. D. in Freiburg.
58. Fürstenwerth, Forstmeister in Rastatt.
59. Fürstenwerth, Forstpraktikant in Karlsruhe.
60. Ganter, Forstpraktikant in Bonndorf.
61. Gayer, f. f. Oberförster in Meßkirch.
62. Gebhard, Forstpraktikant in Karlsruhe.
63. Gerber, Dr., Forstpraktikant in Pforzheim.
64. Giß, Forstpraktikant in Staufen.
65. Glaubitz v., Forstmeister in Bühl.
66. Göler v., Forstmeister a. D. in Karlsruhe.
67. Göler v., Forstpraktikant in Gernsbach.
68. Greiner, Forstmeister in Lörrach.
69. Gretsch, Forstrat in Karlsruhe.
70. Gund, Forstassessor in Freiburg.
71. Günther, Oberförster in Walldürn.
72. Gutmann, Forstmeister in Staufen.
73. Häfele, Oberförster in Kork.
74. Hambrecht, Forstpraktikant in Schopfheim.
75. Hamm, J., Forstmeister in Karlsruhe.
76. Hamm, W., Forstassessor in Ettlingen.
77. Hartnagel, Forsttaxator in Karlsruhe.
78. Hartweg, Forstpraktikant in Lörrach.
79. Haßler, Forstpraktikant in Lahr.

80. Hausrath, Dr., Professor in Karlsruhe.
81. Heinefetter, Oberförster a. D. in Baden-Baden.
82. Held, Forstmeister a. D. in Karlsruhe.
83. Helbing, Forsttaxator in Karlsruhe.
84. Hertig, Oberförster in Hardheim.
85. Heuß, Forstmeister in Wiesloch.
86. Hieronimus, Forstpraktikant in Neustadt.
87. Hiß, Forstassessor in Forbach.
88. Hof, Forstmeister in Emmendingen.
89. Hübsch, Forstmeister in Konstanz.
90. Huy, Forsttaxator in Karlsruhe.
91. Jäger, Oberförster in Donaueschingen.
92. Ihrig, Forstpraktikant in Ettenheim.
93. Jörger, Oberförster in Odenheim.
94. Junghanns, Forstpraktikant in Baden-Baden.
95. Kaiser, f. f. Oberförster in Thiergarten bei Sigmaringen.
96. Kalame, Forstmeister in Neckargemünd.
97. Kaupp, Forstassessor in Thiengen.
98. Keller, Forstmeister in Oberweiler.
99. Kettner, Oberförster in Gerlachsheim.
100. Kienle v., f. löwensteinscher Forstrat in Wertheim.
101. Kienle v., Forstpraktikant in Thiengen.
102. Killius, Oberförster in Villingen.
103. Kirchgeßner, Forstmeister in Eberbach.
104. Klehe, Forstrat in St. Blasien.
105. Kneitl, f. f. Oberförster in Heiligenberg.
106. Knierer, Forstassessor in Neckargemünd.
107. Köhler, Forstmeister in Bretten.
108. König, Oberförster in Thiengen.
109. Könige, K., Forstmeister in Lahr.
110. Könige, W., Forstrat in Heidelberg.
111. Kopp, Forstassessor in Ottenhöfen.
112. Korn, Forstmeister in Mosbach.

113. Krauß, Forstassessor in Oberweiler.
114. Krautinger, Forstmeister in Staufen.
115. Krieg, Forsttaxator in Karlsruhe.
116. Krieger, A., Oberförster in Stühlingen.
117. Krieger, O., Oberförster in Boxberg.
118. Krutina, städt. Oberförster in Heidelberg.
119. Kurtz, Forstmeister in Waldkirch.
120. Kurz, Forstassessor in Offenburg.
121. Lambinus, Oberförster in Furtwangen.
122. Lang, Oberförster in Durlach.
123. Langenbach, Forstmeister in Ettenheim.
124. Lewald, Geheimerat in Karlsruhe.*
125. Lindner, f. f. Oberforstrat in Donaueschingen.
126. Litsch, Oberförster in Markdorf.
127. Litschgi v., markgr. bad. Oberförster in Salem.
128. Louis, A., städt. Forstmeister in Baden-Baden.
129. Louis, F., Forstassessor in St. Blasien.
130. Lünzmann, Forstassessor in Pforzheim.
131. Malsch, Forstpraktikant in Karlsruhe.
132. Mangler, Forstmeister in Buchen.
133. Mayer, freih. von Bodmanscher Domänenrat in Bodman.
134. Mayerhöffer, Geh. Oberforstrat in Karlsruhe.
135. Meister, Forstmeister in Forsthaus Sihlwald bei Zürich.*
136. Menzer, Forstmeister in Radolfzell.
137. Menzingen, P. v., in Menzingen.
138. Miltner, f. f. Forsttaxator in Donaueschingen.
139. Merhart v., Hofjägermeister in Karlsruhe.
140. Mühlhäußer, Oberförster in Schopfheim.
141. Müller, J., Oberförster in Ottenhöfen.
142. Müller, K., Forstmeister a. D. in Heidelberg.
143. Müller, L., Forstmeister in Freiburg.
144. Müller, U., Dr., Professor in Karlsruhe.

145. Naegele, Forstpraktikant in Pforzheim.
146. Neukirch, städt. Oberförster in Villingen.
147. Nüßle, A., Forstmeister in Mannheim.
148. Nüßle, E., Forstpraktikant in Karlsruhe.
149. Nüßle, K., Forstpraktikant in Karlsruhe.
150. Ostner, Forsttaxator in Karlsruhe.
151. Paravicini, Oberförster in St. Blasien.
152. Pfefferkorn, Dr., Forstpraktikant in Kandern.
153. Platz, Forstmeister in Wertheim.
154. Plönnies v., f. lein. Forstrat in Amorbach.*
155. Rau, Forstmeister in Pforzheim.
156. Rebmann, E., kaiserl. Forstmeister in Straßburg.*
157. Rebmann, V., Forstmeister in Lörrach.
158. Reichle, f. f. Oberförster in Friedenweiler.
159. Reinhard, Oberförster in Wolfach.
160. Restle, Forstpraktikant in Gengenbach.
161. Rettich, Oberförster in Schluchsee.
162. Reuter, Oberförster in Adelsheim.
163. Riedmatter, Forstmeister in Kirchzarten.
164. Rinck v., Forstpraktikant in Sulzburg.
165. Rochlitz, Forstpraktikant in Karlsruhe.
166. Roth, Forstmeister in Neckargemünd.
167. Rothmann, Forsttaxator in Karlsruhe.
168. Sachs, Forstpraktikant in Karlsruhe.
169. Salzgeber, Forsttaxator in Karlsruhe.
170. Schäfer, Forstpraktikant in Karlsruhe.
171. Schaier, Forstpraktikant in Villingen.
172. Schauenburg v., Dr., Forstpraktikant in Freiburg.
173. Schimpf, Forstmeister in Bruchsal.
174. Schlecht, Oberförster in Pfullendorf.
175. Schwarz, Forstmeister in Rheinbischofsheim.
176. Schweickert, Oberförster in Stein (Amt Bretten).
177. Schweickhard, Oberforstrat in Karlsruhe.

178. Schweickhardt v., Oberförster in Langensteinbach.
179. Seidel, Forstmeister a. D. in Freiburg.
180. Seidel, Oberförster in Löffingen.
181. Senges, Forstpraktikant in Neckarbischofsheim.
182. Sexauer, Forstmeister in Forbach.
183. Seyb, Forstassessor in Waldkirch.
184. Siefert, Oberforstrat, Professor in Karlsruhe.
185. Sonntag, E., Fabrikant in Waldkirch.
186. Spitzmüller, Oberförster in Säckingen.
187. Sprenger, Geh. Oberregierungsrat in Karlsruhe.
188. Steidel, Forstassessor in Unterschwarzach.
189. Stephani, Oberförster in Forbach.
190. Stetten v., Forstmeister in Baden-Baden.
191. Stoll, Forsttaxator in Karlsruhe.
192. Stoltz, Forstpraktikant in Bühl.
193. Stürmer, Forstmeister in Offenburg.
194. Teuffel v., Forstrat in Freiburg.
195. Thilo, Forstrat in Karlsruhe.
196. Thoma, Oberförster in Tauberbischofsheim.
197. Thurneisen, Fabrikant in Maulburg.
198. Uexküll-Gyllenband, Graf v., königl. württ. Oberforstrat a. D. in Kirchheim u. T.*
199. Vogt, E., Forstpraktikant in Forbach.
200. Vogt, J. G., Forstmeister in Philippsburg.
201. Waag, Forstmeister in Renchen.
202. v. Waencker, Forstmeister in Ettlingen.
203. Wagner, Ludwig, Forstassessor in Heidelberg.
204. Wagner, Dr., f. f. Oberförster in Bachzimmern.
205. Walli, Forstmeister in Bruchsal.
206. Walli, Forstpraktikant in Karlsruhe.
207. Wankel, Oberförster in Geisingen.
208. Weise, königl. Oberforstmeister und Akademiedirektor in H. Münden.*

209. Weismann, Forstmeister in Pforzheim.
210. Wendt, Oberförster in Todtnau.
211. Widmann, Forstmeister in Ettlingen.
212. Wimmer, Forstpraktikant in Karlsruhe.
213. Wiser, Graf v., Forstmeister in Friedrichstal.
214. Wittemann, Forstmeister in Durlach.
215. Wittig, f. lein. Forstmeister in Amorbach.
216. Wittmer, Forstrat in Karlsruhe.
217. Woll, Oberförster in Zell a. H.
218. Würth, Oberförster a. D. in Überlingen.
219. Zipperlin, Forstmeister in Rastatt.
220. Zircher, Forstmeister in Gernsbach.
221. Der Schwarzwaldverein, vertreten durch seinen Präsidenten I. Bürgermeister Dr. Thoma in Freiburg.

Landesbibliothek Karlsruhe

Für die im **Frühjahr 1906 in Karlsruhe** abzuhaltende

48. Vereinsversammlung

sind folgende

Verhandlungsgegenstände in der öffentlichen Sitzung

vorgesehen:

1. Die Bedeutung der Weichhölzer für die badische Forstwirtschaft.
2. Mitteilungen über beachtenswerte Vorkommnisse und Erfahrungen im forstlichen Betrieb.

N 157

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

44 31616 9 031

BLB Karlsruhe